

# Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

## Welt im Wandel

ab Seite 8



© ÖGB-Verlag/Paul Sturm

**Interview:**  
**Risiko bei den Entsenderländern**

EU-Kommissar László Andor im Interview zur Arbeitsmarktöffnung

8

**Schwerpunkt:**  
**Hotel Mama**

Viele junge Menschen können sich keine eigene Wohnung mehr leisten

16

**Gesellschaftspolitik:**  
**Einkommenstransparenz**

Was Gehaltsangaben in Stellenausschreibungen bringen

42





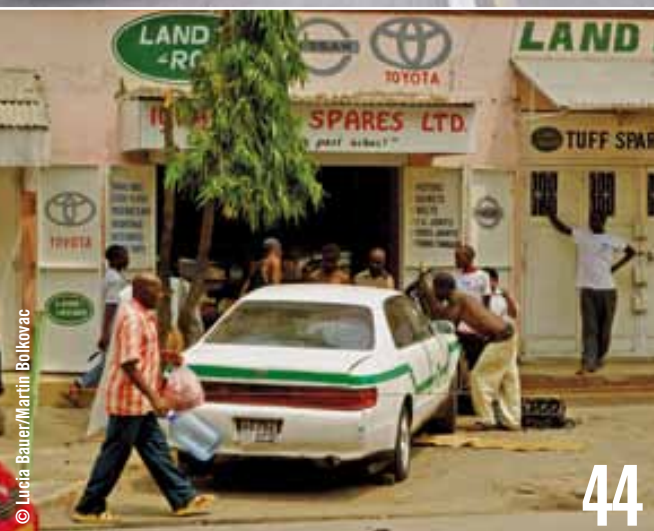
8



20



22



44

## Schwerpunkt:

### Global Culture 12

Wir alle sind Teil globaler Prozesse und Zusammenhänge, die so gut wie keinen Bereich unseres Lebens unbeeinflusst lassen.

### Familie 2.0 14

Die klassische Kleinfamilie wird immer seltener. Höchste Zeit, die Familienpolitik anzupassen.

### Die Jugend von heute 16

Hotel Mama! Verweigert eine ganze Generation das Erwachsenwerden oder lässt man sie nicht?

### Weltwirtschaften 18

Univ.-Doz. Dr. Hans Krawarik über die Wettbewerbsfähigkeit von Wirtschaftsräumen.

### Energie mit Zukunft? 20

AKW-Super-GAU in Japan, Klimawandel, CO2-Problematik und steigender Strombedarf! Geht uns die Energie aus?

### Konstante Mobilität 22

Virus Auto? Mit jedem Auto sinkt das Mobilitätspotenzial anderer VerkehrsteilnehmerInnen.

### Infoflut oder Infomüll? 24

Die Unterdrückung der JournalistInnen, die GewinnerInnen der Globalisierung, der Kapitalismus und das Internet.

### Politisch verlorene Jugend ...? 26

Was sind die Gründe dafür, dass das politische Desinteresse der Jugendlichen so erschreckend hoch ist?

### Wenn Frauen sich ändern, ändert sich alles! 28

Frauen spielen im Wandel der arabischen Welt eine maßgebliche Rolle. Besonders soziale Medien ermöglichen eine Führungsrolle.

### Hilfslosigkeit im Überfluss 30

Die Hilfsindustrie boome, meldet der deutsche „Stern“. Helfen sei ein Geschäft – und was für eins.

### Betriebsrat in Europa 32

Über 15.000 BetriebsrätInnen in EBRs stellen sich stetig neuen Anforderungen im Dialog und Umgang mit neuen Technologien.

### Weißer Weste gesucht 34

Sind Transparenz, Nachhaltigkeit und Bio kurzlebige Trends, oder können KonsumentInnen auf positive Veränderungen hoffen?

**Billig mit Folgen** 36  
Plastik, Wundermaterial von einst, erweist sich immer öfter als Bedrohung für Gesundheit und Umwelt.

**Fürchtet euch nicht** 38  
Die Konferenzreihe zur Arbeitsmarktöffnung macht deutlich: bei BetriebsrätInnen bestehen Interesse und Informationsbedarf.

**Zahlen, Daten, Fakten** 40

### Interview:

**„Bedarf an mehr Mobilität“** 8  
Der EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration László Andor kam zur Abschlusskonferenz „Arbeitsmarktöffnung“.

### Gesellschaftspolitik:

**Gleichstellung light** 42

### Internationales:

**Tansania: Demokratie und Armut** 44

### Standards:

**Standpunkt: Meine kleine Welt** 4

**Veranstaltung: Konferenzen Arbeitsmarktöffnung 2011** 5

**Aus AK & Gewerkschaften** 6/7

**Historie: FreiheitskämpferInnen** 11

**Man kann nicht alles wissen** 46  
Erklärungen aller grün-markierten Worte.

[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.



Dieser Code kann mit einem internet-fähigen Kamera-Handy abfotografiert werden. Ein »Reader« entschlüsselt den Code und führt Sie auf die gewünschte Website. Die Reader-Software erhalten Sie zum Beispiel hier: [www.beetagg.com/downloadreader](http://www.beetagg.com/downloadreader)

## Stete Veränderung

Redaktion intern

„Ganz oben steht wahrscheinlich die Globalisierung, die eine Menge umfasst, wie die freie Kommunikation auf der ganzen Welt, die Bewegung von Gütern, Dienstleistungen und Menschen und als Teil davon die Integration von West- und Ost-Europa“, antwortete László Andor, der EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration im Interview mit der „A&W“ 6/2011 zum Schwerpunktthema „Welt im Wandel“ auf die Frage nach den größten Veränderungen der letzten 20 Jahre. Globale Zusammenhänge beeinflussen mehr denn je unser aller Leben, die Mc-

Donaldisierung der Gesellschaft schreitet voran, sie bieten aber auch die Chance zu internationaler Solidarität (S. 12) Aber nicht nur Arbeits- und Konsumwelt haben sich verändert, auch die Familie. Und während sich das Familienrecht neuen Familienformen anpassen sollte (S. 14), bleibt vielen jungen Menschen aus wirtschaftlichen Gründen keine andere Wahl, als zurück ins Hotel Mama zu ziehen (S. 16). Unser Klima ist in Gefahr, Energiewirtschaft (S. 20), Mobilität (S. 22) und Umweltverschmutzung (S. 36) tragen das

Ihrige dazu bei. Moderne Kommunikationstechnologien sorgen da (S. 24) und dort (S. 28) für mehr Transparenz. Wir haben auch einen Blick auf einen anderen Erdteil geworfen – nach Tansania, lesen Sie mehr auf Seite 44. Besuchen Sie uns auch im Internet: Auf der Homepage [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at) haben Sie die Möglichkeit, Artikel zu kommentieren und E-Cards zu versenden. Wir freuen uns übrigens stets über Kritik und Anregung: [aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)  
Für das Redaktionskomitee  
Katharina Klee

Katharina Klee  
Chefredakteurin



## Standpunkt

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm

# Meine kleine Welt

**S**ommerzeit – Urlaubszeit und allerorten werden Reisepläne geschmiedet. Ob man nach Griechenland wieder fahren könne, fragen sich jene, die letztes Jahr die Benzinknappheit miterlebt haben und werfen schnell alle Bedenken über Bord: Schließlich könnten die im Krisenland das Geld gut brauchen und da oder dort wurden sogar die Preise gesenkt.

### Reisen für Mutige

Auch Ägypten und Tunesien sind vielen eine postrevolutionäre Reise wert und abseits der Hauptstädte weitgehend ungefährlich, versichern die Reiseveranstalter. Da versprechen Jemen und Syrien schon mehr Abenteuer für Mutige und wem das nicht reicht, der kann es ja mit Libyen probieren. Nur Japan wird so gar nicht nachgefragt, aber das war auch vor der Katastrophe von Fukushima kein Reiseziel für die breite Masse – dafür werden die Malediven wieder gerne gebucht, die Spuren des Tsunami heilen aus.

Doch man muss nicht hinaus in die Welt, um zu spüren, wie klein sie geworden ist; es reicht, wie schon Martin Luther King 1967 erkannte, ein Blick in den Alltag: „Noch bevor du am Morgen dein Frühstück aufgegessen hast, warst du schon auf die Hälfte der Welt ange-

wiesen.“ Wie recht er hat, denn das Baumwoll-T-Shirt, das ich als Nachthemd benutze, hat einen weiten Weg genommen bis zu mir nach Wien. Es kommt aus der Türkei, mein Kaffee wurde in Äthiopien gepflückt, die Orangen für den Orangensaft in Brasilien, meine Zahnpasta wurde in Deutschland zusammengerührt. Brot und Eier sind aus heimischer Produktion. Und das Kleid, das ich heute anziehe, kommt aus – zumindest fairer Produktion – in Mauritius.

Anders sieht es wohl mit den fast schon unentbehrlichen Morgenbegleitern aus, die mich mit der Welt verbinden. Mein Netbook ist „Made in China“ – Einzelteile könnten von den Philippinen, aus Taiwan oder Mexiko kommen. Die für einen Computer verwendeten Rohstoffe werden oft im globalen Süden abgebaut. Unter welchen Bedingungen all das passiert, will ich gar nicht wissen, doch die Internetrecherche verrät die erschreckenden Fakten. Um meinen ständigen Begleiter – das Handy, das mir Welt und Weltall ins Google-Format umwandelt, ist es nicht viel besser sondern eher schlechter bestellt. Nicht nur auf meinem Frühstückstisch finde ich jede Menge Plastik, das aus wertvollen Erdölressourcen gewonnen wird und langsam aber sicher den Planeten vermüllt. Dazu die Energiereserven, die für den Trans-

port und die Produktion von all dem verwendet werden und als Rechtfertigung für so manches AKW dienen.

### Wert, dafür zu kämpfen

Wie recht er behalten würde, hat Martin Luther King vor 44 Jahren wohl nicht geahnt, auch nicht wie klein unsere Welt im Vergleich zu damals werden würde. Das Internet verbindet mich nicht nur mit FreundInnen und Bekannten aus aller Welt – es gibt mir auch Zugang zu mehr Information. Dort erfahre ich, abseits der üblichen Medien, was die Menschen in Nordafrika bewegt und auf die Straße treibt, dort bekomme ich Fakten zu den Arbeits- und Lebensbedingungen, unter denen die Produkte meines täglichen Bedarfs und Luxus' hergestellt werden und im besten Fall erfahre ich dort auch, was ich tun kann, wenn ich eine fairere Welt will. Und Wissen ist Macht – zu all dem Wissen kommt die Möglichkeit der Vernetzung mit anderen KonsumentInnen, mit BetriebsrätInnen. Denn nur gemeinsam können wir Schritt für Schritt etwas ändern – und das werden wir müssen, denn in unserer kleiner gewordenen Welt zahlen wir letztendlich alle für die Folgen unseres Handelns und wie sagte schon Ernest Hemingway: „Die Welt ist ein schöner Ort und wert, dass man um sie kämpft.“



# Arbeitsmarktöffnung

**Vier Konferenzen in ganz Österreich informierten interessierte BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen über Chancen und Risiken.**

**Rund um die** Arbeitsmarktöffnung am 1. Mai 2011 gab es jede Menge Sorgen und Bedenken. Seit diesem Tag können BürgerInnen der EU 8 - Tschechien, der Slowakei, Slowenien, Ungarn, Polen, Estland, Lettland und Litauen - auch in Österreich und Deutschland ohne Einschränkungen arbeiten. Eine bundesweite Konferenzreihe für BetriebsrätInnen, beginnend mit 13. Mai in Linz, konnte populistischer Panikmache entgegenwirken und bot jede Menge Information zu den aktuellen rechtlichen Grundlagen,

politisch gesetzten Maßnahmen und konkreten Handlungsempfehlungen auf betrieblicher Ebene.

Mehr als 900 KollegInnen kamen zu den vier Konferenzen, etliche hatten bereits im Vorfeld auf der Homepage [www.arbeitsmarktoeffnung.at](http://www.arbeitsmarktoeffnung.at) ihre Fragen und Anliegen zum Thema eingebracht. Im Zentrum des Interesses standen die Einhaltung des Gesetzes gegen Lohn- und Sozialdumping und die Tätigkeit der kontrollierenden Organe. Mit ExpertInnen des Sozialministeriums, von

ÖGB, AK, Gewerkschaften, Finanzpolizei und Gebietskrankenkassen konnten sie diese Fragen dann in jeweils drei Themenworkshops diskutieren.

Im Rahmen der Konferenzen wurden auch Best-Practice-Beispiele grenzüberschreitender Zusammenarbeit präsentiert.

An der Abschlusskonferenz in Wien nahm neben Bundesminister Rudolf Hundstorfer, BAK-Präsident Herbert Tumpel, ÖGB-Präsident Erich Foglar, auch EU-Kommissar László Andor teil.



13. Mai 2011, Linz: Die Auftaktveranstaltung der Konferenzreihe fand im Neuen Rathaus in Linz statt. Workshop 1 befasste sich mit der Anerkennung ausländischer Ausbildungen.



23. Mai 2011, Salzburg: Auch in West-Österreich wurde die Konferenzreihe begeistert aufgenommen – hier kamen besonders viele KollegInnen aus dem Tourismus, um sich zu informieren.



8. Juni 2011, Graz: Workshop 2 zum Thema „Arbeitskräfteüberlassung“, geleitet von Leiharbeitsexperten René Schindler (PRO-GE), kam hier besonders gut an.



20. Juni 2011, Wien: v.l. Vorsitzender Rudolf Kaske, BAK-Präsident Herbert Tumpel, EU-Kommissar László Andor, Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer, ÖGB-Präsident Foglar, Bela Balogh (ungar. Gew. VASAS).

## IMPRESSUM

**Redaktion »Arbeit&Wirtschaft«:**

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien  
Tel.: (01) 534 44-39263 Dw., Fax: (01) 534 44-100222 Dw.  
Katharina Klee (Chefredakteurin): 39269 Dw.  
Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw. (bis 14.00 Uhr)

**E-Mail:** sonja.adler@oegb.at

**Internet:** [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

**Abonnementverwaltung und Adressänderung:**

Karin Stieber, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien  
Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.  
E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

**Redaktionskomitee:**

Arthur Ficzo (Vorsitz), Nani Kauer (Stellvertretender Vorsitz),  
Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Adolf Buxbaum,  
Lucia Bauer, Thomas Fessler, Andreas Gjecaj, Elisabeth  
Glantschnig, Katharina Klee (Chefredakteurin), Karl Kollmann,  
Georg Kovarik, Barbara Lavaud, Sabine Letz, Pia Lichtblau,  
Klaus Mulley, Ruth Naderer, Brigitte Pellar, Elke Radhuber,  
Alexander Schneider, Georg Sever, Paul Sturm, Erik Türk,  
Christina Wieser

**Redaktionsmitglieder:**

Katharina Klee (Chefredakteurin),  
Sonja Adler (Sekretariat),  
Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

**MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:**

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, Daniela Almer,  
Lucia Bauer, Mario Becksteiner, Martin Bolkovac, Martha Eckl,  
Astrid Fadler, Volker Frey, Dagmar Gordon, Wilfried Leisch,  
Nani Kauer, Karl Kollmann, Wilfried Leisch, Pia Lichtblau,  
Andrea Ludwiger, Gabriele Müller, Brigitte Pellar,  
Sybille Pirklbauer, Lisa Seidl, Paul Sturm, Thomas Varkonyi

**Herausgeber:**

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien,  
Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer  
Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

**Medieninhaber:**

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,  
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1,  
Tel.: (01) 662 32 96-39744 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.  
E-Mail: [Renate.Wimmer@oegbverlag.at](mailto:Renate.Wimmer@oegbverlag.at),  
Internet: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

**Hersteller:** Verlag des ÖGB GmbH

**Verlagsort:** Wien

**Herstellungsort:** Wien

**Preise (inkl. MwSt.):**

Einzelnummer: € 2,-; Jahresabonnement Inland € 20,-;  
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und  
Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.  
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien,  
Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw.,  
E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift »Arbeit&Wirtschaft« wiedergegebenen  
Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung  
von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt  
die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die  
Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung  
aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer  
Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren  
geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt einge-  
sandte Manuskripte.

Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der  
Redaktion und mit Quellenangabe.

ÖGJ:

# Fun, Sport & Action



## 46. Jugendsporttag der ÖGJ Wien am 30. Juni 2011.

**Am 30. Juni 2011** findet im Wiener Sportzentrum WAT der jährliche Jugendsporttag der Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) statt. Jede Menge Spaß und Action sind garantiert, wenn mehrere Tausend Lehrlinge, SchülerInnen und interessierte Jugendliche in den verschiedensten Disziplinen gegeneinander antreten. Auf viele sportliche Highlights dürft ihr euch auch heuer wieder freuen – vom Fußballturnier über American Football, Beachvolleyball bis hin zu Slacklinen und Speed Stacking ist für alle etwas dabei.

Die Details zum ÖGJ-Jugendsporttag 2011: Wann? 30. Juni 2011, von

8.00 bis 16.00 Uhr. Wo? Sportzentrum WAT, Hopsagasse 5, 1200 Wien.

Anmeldung? Die Anmeldung für Einzelpersonen erfolgt direkt vor Ort. Ab 8 Uhr bekommt ihr die TeilnehmerInnenpässe. Bei Absolvierung von mind. fünf Stationen stellt die ÖGJ ab 15.30 Uhr gegen Abgabe der TeilnehmerInnenpässe Besuchsbestätigungen aus, wenn diese zur Vorlage in deinem Betrieb oder in deiner Schule benötigt werden. Kosten? Die Teilnahme ist kostenlos!

Mehr Infos gibt es unter [www.jugendsporttag.at](http://www.jugendsporttag.at)

vida:

# Öffentliche Dienste für alle sichern

## Durch faire Steuerpolitik! vida unterstützt globale Gewerkschaftskampagne.

**Wo in der** heutigen Welt finden wir Frieden und eine bessere Gleichstellung zwischen Männern und Frauen? In Ländern, in denen starke öffentliche Dienste für eine gerechte Umverteilung des Wohlstandes sorgen, Demokratie schützen und den Menschen Sicherheit, Gerechtigkeit und menschenwürdiges Arbeiten bieten. Und dort, wo der Staat die Menschen im Stich gelassen hat, stehen ArbeitnehmerInnen der öffentlichen Dienste an vorderster Front friedlicher Revolutionen, in denen demokratischer Wandel gefordert wird. Wir könnten ohne private Banker leben. Aber wie sollen wir ohne öffentlich bezahlte KrankenpflegerInnen, LehrerInnen und die MitarbeiterInnen der Entsorgungs- und Notdienste überleben? Aber gerade wenn die Menschen diese Dienstleistungen am nötigsten brauchen – nämlich im Sog der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, werden in Ländern überall auf der Welt öffentliche Dienste drastisch zusammengestrichen.

Der Globale Gewerkschaftsrat, der von den internationalen gebildet wird, Gewerkschaften des öffentlichen und

privaten Sektors, Kommunalverwaltungen und zivilgesellschaftliche Gruppen setzen sich im Rahmen der Kampagne „Hochwertige öffentliche Dienste – Jetzt handeln!“ dafür ein, qualitativ hochwertige öffentliche Dienste zu verteidigen und voranzubringen. Denn Investitionen in hochwertige öffentliche Dienste, unterstützt durch eine faire Steuerpolitik, sind ein wichtiger Schlüssel zur Überwindung der Wirtschaftskrise!

### Kampagne für öffentliche Dienste

Die Kampagne startet mit 23. Juni 2011, dem Internationalen Tag des öffentlichen Dienstes. Als Kernelement der Initiative dient die sogenannte Genfer Charta für qualitativ hochwertige öffentliche Dienste. In ihr finden BürgerInnen, ArbeitnehmerInnen, gewählte VertreterInnen, Arbeitgeber und zivilgesellschaftliche Organisationen Anleitung und Anregung.

Informieren Sie sich über die Hintergründe, Ziele und Aktivitäten der Kampagne auf der eigens installierten Website [www.qpsactionnow.org](http://www.qpsactionnow.org)

**Arbeiterkammer:**

## „Lass dich nicht zur Schnecke machen“

Eine neue Kampagne informiert über ArbeitnehmerInnen-Rechte.

Über zwei Mio. Mal suchten im Jahr 2010 österreichweit ArbeitnehmerInnen Beratung in den Arbeiterkammern. Allein in arbeits-, sozial- und insolvenzrechtlichen Angelegenheiten waren es über 1,4 Mio.

Die aktuelle Kampagne der Arbeiterkammer soll einerseits über ArbeitnehmerInnen-Rechte informieren, aber auch Mut machen. Denn wer sich nicht „zur Schnecke machen“ lässt, geht auch mit gestärktem Rücken und mehr Selbstvertrauen durchs Berufsleben: Gerechtigkeit muss sein!

Die AK-Webseite bietet nicht nur Infos zur Kampagne, sondern auch eine „Ich lass mich nicht zur Schnecke machen“-E-Card zum Verschicken. Laufend erweitert werden während der Kampagne Angebote, die den ArbeitnehmerInnen ihre Rechte am Arbeitsplatz näherbringen, zum Beispiel das Wissensquiz „Das kleine 1x1 des Ar-

beitsrechtes“, Infos zu den nachgefragtesten Themen in der Beratung und Filmclips zu ausgewählten Fragen des Arbeitsrechts. Daneben gibt es zahlreiche Hilfestellungen, damit ArbeitnehmerInnen zu ihrem Recht kommen, etwa die virtuelle Arbeitsrechts-Beraterin Metis, den elektronischen Zeitspeicher zur Dokumentation der Arbeitszeit oder Musterbriefe.

Auf [www.facebook.com/Arbeiterkammer](http://www.facebook.com/Arbeiterkammer) kann die AK-

Community bei kniffligen Arbeitsrechtsfällen mitraten und bestimmen,

welche Themen die nächsten Arbeitsrechtsclips behandeln sollen.



**GBH:**

## „BAU auf A!“ schützt Menschen, Arbeitsplätze, Umwelt!

Drei Ziele der Bewusstseinsinitiative unterstreichen die Qualitätsmarke „Austria“!

- » „BAU auf A!“ steht für umweltbewusstes und gesundes Bauen
- » „BAU auf A!“ steht für Qualität österreichischer Dienstleistungen und Produkte
- » „BAU auf A!“ steht für Auftragsvergaben an heimische Unternehmen!

Zur Sicherung eines fairen Wettbewerbes und zum Schutz der Konsumenten startet die GBH gemeinsam mit den Bausozialpartnern und GLOBAL 2000 die Bewusstseinsinitiative „BAU auf A!“

In wirtschaftlich angespannten Zeiten gilt es zur Sicherung der heimischen Unternehmen und Arbeitsplätze Aufträge „österreichisch“ zu vergeben. Die gesetzlichen Voraussetzungen

dafür wurden von der Politik geschaffen. Aufträge bis zu 1 Mio. Euro können regional vergeben werden. Billige und unmoralische Angebote von ausländischen Firmen sind nicht mit der österreichischen Qualität und Gewährleistung vergleichbar. Die Gefahr ist groß, dass bei eventuell später auftretenden Bauschäden Gewährleistung und Schadenersatz an der österreichischen Grenze endet. Schlussendlich entscheidet aber noch immer der Auftraggeber in Österreich, wer einen Auftrag erhält.

„BAU auf A!“ schützt auch unsere Kinder und Umwelt!

Unsere Bauinvestitionen bestehen fast zur Hälfte aus Baustoffen. Zum Schutz unserer Umwelt sind dazu kurze Transportwege und eine umweltge-

rechte Herstellung wichtig. So schützen wir unsere Umwelt und die Menschen, welche diese bebauen bzw. dort wohnen oder arbeiten. Ausschlaggebend dafür sind: Erstens der umweltschonende Produktionsablauf und zweitens die Länge der Transportwege von Baustoffen und Personenverkehr.

Abg. z. NR Josef Muchitsch, GBH: „Mit den drei Zielen unserer Bewusstseinsinitiative ‚BAU auf A!‘ schaffen und finanzieren wir Werte für die Zukunft unserer Kinder, schützen unsere Umwelt, stärken die heimische Wirtschaft mit deren Arbeitsplätzen und sichern durch anfallende Steuern bzw. Abgaben unser Sozial- und Wirtschaftssystem.“

Nähere Infos  
[www.bau-holz.at](http://www.bau-holz.at)



# „Bedarf an mehr Mobilität“

*Der EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration László Andor kam zur Abschlussveranstaltung der Konferenzreihe „Arbeitsmarktöffnung“.*

## ZUR PERSON

László Andor



Geboren am 3. Juni 1966 in Zalaegerszeg

Er ist ein ungarischer Ökonom und seit 2010 EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration.

Andor studierte Wirtschaftswissenschaften an verschiedenen ungarischen und europäischen Hochschulen.

Er ist außerordentlicher Professor an der Budapester Universität für Wirtschaftswissenschaften und Öffentliche Verwaltung.

Von 2005 bis 2010 saß er im Verwaltungsrat der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.

Er gehörte auch zum Beraterstab der Regierung unter Ministerpräsident Gyurcsány.

**Arbeit&Wirtschaft: Kommissar Laszlo Andor, Sie besuchen Österreich anlässlich der 4. und letzten Arbeitsmarktöffnungskonferenz, die von der Europapartnerschaft in Zusammenarbeit mit dem ÖGB, den Gewerkschaften und der Arbeiterkammer unter Projektleitung des BMASK veranstaltet worden ist – eine sinnvolle Maßnahme zum aktuellen Zeitpunkt?**

**László Andor:** Ja, Österreich und Deutschland sind nun auch für interessierte ArbeitnehmerInnen aus den EU 8 – Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien und Ungarn – offen. Ich glaube, dass Bewusstsein und Verständnis für die Arbeitnehmerfreizügigkeit in der Europäischen Union (EU) sehr wichtig ist. Es gab ei-

nige Bedenken im Vorfeld und ich glaube, derartige Prozesse der Beratung, Analyse, Information und des Dialogs haben diese Sorgen verringert und den Blick für die Chancen geöffnet.

***Bedenken und Sorgen wurden ja von den rechtsgerichteten Parteien in Deutschland und Österreich instrumentalisiert ...***

Bedenken können ihre Wurzeln überall haben und sind manchmal nur im Mangel an Information begründet. Das heißt, wir müssen die Menschen mit Informationen und Analysen versorgen und zum Gespräch mit ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen bereit sein. Aber es ist natürlich wahr, dass bestimmte Gruppierungen diese Sorgen und Bedenken zu ihrem politischen Vorteil ausnutzen und so versuchen, die Errungenschaften der EU zurückzudrehen.

Meiner Meinung nach ist das nicht zu akzeptieren. Ich glaube, es ist sehr wichtig, das Gespräch mit jenen zu suchen, die auf die eine oder andere Art Schwierigkeiten sehen. Es ist nicht nur unser Job Grenzen aufzuheben, sondern auch jenen zu helfen, die damit Probleme haben. Wir müssen aber gleichzeitig den demagogischen Strömungen entgegenreten, die die Sorgen um die sozialen Bedingungen ausnutzen.

***War Ihrer Ansicht nach die siebenjährige Übergangsfrist notwendig und sinnvoll?***

Ich denke, dass diese sieben Jahre aus einer fast übertriebenen Angst entstanden

sind, die nicht wirklich begründet war. Wie auch immer, ich glaube auch, dass Übergangssituationen geregelt gehören. Wenn ein Land oder mehrere eine stufenweise Annäherung an eine Öffnung vorziehen, sollte man das als ein Recht ansehen. Die Frage ist, auf welche vernünftigen Fristen man sich einigen kann. Es gibt nun eine Art standardisierter Praxis, die für die EU 8 genutzt wurde und nun weiter für Rumänien, Bulgarien und Kroatien, das hoffentlich 2013 beitrifft, angewendet werden kann. Aber diese Regeln erlauben auch eine beschleunigte Öffnung – das hängt von den Entscheidungen der Mitgliedstaaten ab.

***Helmut Kretzl (SN): Was sind die Wirtschaftsvorteile der Öffnung? Timo Baas, ein deutscher Arbeitsmarktforscher, sagt, dass der positive Netto-Effekt in den nächsten zehn Jahren 900 Mio. Euro betragen wird, halten Sie das für realistisch?***

Das könnte sogar unterschätzt sein – das lässt sich aber nur sehr schwer berechnen. Die Europäische Kommission hat sich aber die wirtschaftlichen Auswirkungen auf jene Länder, die ihren Arbeitsmarkt vor Österreich geöffnet haben, sehr genau angesehen. Dort gab es keine zusätzliche Arbeitslosigkeit, die Menschen kamen, um zu arbeiten und die Sozialstandards und Löhne wurden nicht untergraben. Da waren die Lohnsteigerungen geringer, aber auch die Preissteigerungen.

***SN: Haben Deutschland und Österreich, weil sie sieben Jahre mit der Ar-***



**Wir werden in Zukunft eine größere Durchmischung der Arbeitskräfte am europäischen Markt erleben und wir müssen sehen, wie das erleichtert werden kann, damit alle Seiten davon profitieren.**



***beitsmarkttöffnung gewartet haben, vielleicht nur die zweite Wahl an Arbeitskräften aus den EU 8 bekommen?***

Ja, das könnte sein. Wir haben zwar keine Beweise, aber es ist möglich, dass Großbritannien, Irland und andere Länder, die ihre Arbeitsmärkte viel früher geöffnet haben, qualifiziertere Arbeitskräfte bekommen haben. Aber nun steckt Irland z. B. in der Rezession und viele Leute verlassen das Land wieder und suchen nach Chancen in Österreich oder Deutschland – vorausgesetzt sie sprechen Deutsch.

***Ihr Heimatland Ungarn gehört ja zu den EU 8 – wie sehen Sie die Stimmung und die Reaktion dort?***

Ich habe natürlich jetzt einigen Enthusiasmus beobachten können, schon als Ungarn 2004 der EU beigetreten ist und ich hoffe, es wird auch einigen Enthusiasmus geben, wenn Ungarn der Euro-Zone beitrifft, denn das ist ein weiterer wichtiger Schritt für die Integration in die EU und ihre Errungenschaften. Das ist sehr wichtig für die einzelnen ArbeitnehmerInnen.

Gleichzeitig gab es natürlich auch eine Einschätzung der Risiken – besonders bestimmte Berufsgruppen betreffend. Manche Berufsgruppen sind mobiler nach außen und ganz oben auf dieser Liste stehen die medizinischen Berufe. Wenn ArbeiterInnen in anderen Ländern arbeiten, ist das nicht so ein Risiko für einen Staat, da profitieren alle irgendwie davon. Wenn aber zu viel ÄrztInnen und geschulte Pflegekräfte das Land verlassen, ist das schlecht.

Ich habe daher mit dem Gesundheitsstaatssekretär in Ungarn gesprochen und wir waren uns einig, dass die Arbeitnehmerfreizügigkeit eine gute Sache ist. Er muss aber Strategien entwickeln, um die Heimat für Gesundheitspersonal attraktiver zu gestalten um sie zu halten. Abwanderung von Schlüsselkräften ist in allen EU 8 ein Problem. Der Großteil der Risiken der Arbeitsmarkttöffnung liegt nicht bei den Ländern, die Arbeitskräfte aufnehmen sondern bei denen, die sie verlieren.

***Der sogenannte „Brain Drain“ – die Abwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften – also ...***

Genau, akademisches Personal oder qualifizierte Fachkräfte arbeiten dann im Ausland oft in Positionen, die nicht ihrer Ausbildung entsprechen, z. B. ÄrztInnen als Pflegepersonal. Das ist eine Verschwendung der Investitionen, die in die Ausbildung gesteckt wurden. Das heißt, wir müssen weiter über die Arbeitnehmerfreizügigkeit diskutieren.

***Was denken Sie über unser Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping?***

Ich habe mit Sozialminister Rudolf Hundstorfer, BAK-Präsident Herbert Tumpel und ÖGB-Präsident Erich Foglar darüber gesprochen. Wir waren uns einig, dass die Europäische Kommission sich das genau ansehen muss, weil es sich hier um ein Recht handelt. Es muss natürlich von den RechtsexpertInnen überprüft werden, ob das Gesetz auch dem EU-Recht entspricht.

***Welche Rolle können und sollen BetriebsrätInnen und Gewerkschaften in diesem Prozess spielen?***

Ich glaube, es ist sehr wichtig, dass man ein allgemeines Verständnis der ArbeitnehmerInnen für Trends des Arbeitsmarktes und ein Bewusstsein für die Erhaltung sozialer Rechte entwickelt.

Wir werden oft gefragt, wie wir in dieser schwierigen Zeit nach der Krise und der EU-Erweiterung soziale Rechte sichern wollen. Wir bekennen uns in allen unseren Dokumenten – vor allem in der Europa 2020 Strategie – ganz klar zu Investitionen in menschliche Ressourcen. Das ist unserer Meinung nach die Basis für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft. Und wir müssen uns um mehr Integration bemühen; Integration in verschiedenster Form. Ich denke da an Altersgruppen, Gender, nationale Diversity und mehr.

Wir werden dabei einige Schwierigkeiten zu meistern haben, z. B. die nationalen Ansprüche an die Systeme sozialer Sicherheit. Wir werden in Zukunft eine größere Durchmischung der Arbeitskräfte am europäischen Markt erleben und wir müssen sehen, wie das erleichtert werden kann, damit alle Seiten davon profitieren.

***Und welche Rolle spielen die Euro-Betriebsräte in der Europäischen Arbeitswelt?***

Das ist natürlich eine Frage des Verstehens. Wir haben in der EU 27 verschiedene Traditionen von ArbeitnehmerInnen-ArbeitgeberInnen-Beziehun-

gen, Sozialsystemen und es existiert große Vielfalt, was die berufliche Ausbildung und Berufe an und für sich betrifft. Es besteht also Bedarf, dass die ArbeitnehmerInnenvertretungen zusammen arbeiten – an Kommunikation und einem glatten Funktionieren des Arbeitsmarkts mit dem Bewusstsein, dass die ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit uns allen nutzt.

***Sie sind auch Kommissar für Integration – sehen Sie da Probleme durch die Arbeitsmarktöffnung?***

Das Hauptaugenmerk meiner Aufgaben liegt bei der Integration von Menschen, die von außerhalb der EU kommen. Aber es ist wahr, dass man sich – vielleicht auch durch Einfluss einzelner EU-Mitgliedsstaaten – auch Gedanken über Volksgruppen einzelner EU-Staaten machen muss. Ich möchte da die Roma-Frage ansprechen. Die Integration der Roma war aufgrund der Größe dieser Minderheit in erster Linie ein Thema von sechs bis sieben Mitgliedstaaten. Aber in letzter Zeit hat sich diese Frage – auch aufgrund der Öffnung – zu einem europäischen Thema entwickelt. Es ist ein Anliegen der EU, die Roma besser zu integrieren. Anfang des Jahres haben wir ein europäisches Rahmenwerk dafür entwickelt, das von allen Mitgliedstaaten angewendet werden soll, auch von Österreich.

***SN: In den Diskussionen vor der Arbeitsmarktöffnung wurde auch die niedrige Mobilität angesprochen. Viele wollen gar nicht ins Ausland gehen. Wie sehen Sie das? In den USA z. B. sind die Menschen viel mobiler als in Europa.***

Im Vergleich zu den USA gibt es tatsächlich in der EU weit weniger Mobilität. Aber Europa ist nicht Amerika – wir haben zwei Dutzend verschiedene Sprachen und das spielt eine wichtige Rolle. Dadurch erhält sich eine gewisse Diversität und eine Trennung der Arbeitsmärkte. Ich habe gerade von Minister Hundstorfer erfahren, dass die meisten EU-Arbeitskräfte in Österreich aus Deutschland kommen. Ihr habt eine gemeinsame Sprache und im Vergleich zu den direkten Nachbarländern Ungarn, Slowakei oder Slowenien kommen hier wohl mehr

Menschen aus den weiter entfernten Regionen Deutschlands.

***SN: Sehen Sie darin ein Problem?***

Ja tatsächlich, ich glaube, dass im Sinne der EU-Wirtschaft Platz für und Bedarf an mehr Mobilität ist – gerade was die Jugend angeht. Ich bin überzeugt davon, dass wir mehr Mobilität bei den Studierenden bräuchten. Diese sollte die Basis für mehr Arbeitskräfte-Mobilität bilden. Darin steckt ein großes Potential für die europäische Wirtschaft. In Deutschland gibt es derzeit eine Mio. freier Stellen, wenn es nicht mehr Mobilität gibt, wird es dort auch aufgrund der demographischen Entwicklung Probleme geben. Wir sehen uns die demographischen Trends in der EU auch auf Basis des Arbeitsmarkts sehr genau an und das entspricht unserer Annäherung an Europa 2020. Wir haben da das Programm „Youth on the move“. Das alles erfordert viele Entwicklungsschritte im Fremdsprachenunterricht, in der Anerkennung von Qualifikationen und vielem mehr.

***SN: Die Lohnunterschiede in der EU werden immer geringer – werden sie bald in etwa dasselbe Niveau erreichen?***

Nicht so schnell – ich glaube das klappt erst auf lange Sicht. In den letzten paar Jahren haben wir beobachten können, dass dieses Langzeitziel auch immer wieder Rückschläge erleidet. Die Lohnunterschiede an und für sich beeinflussen die Migrationsflüsse nicht so sehr. Migration braucht sogenannte Zug-Faktoren – wie das höhere Einkommen – und Stoß-Faktoren – wie Probleme in der direkten Umgebung. Wenn also in einem Land mit geringerem Einkommen viele gute Jobs und Möglichkeiten vorhanden sind, bietet ein höheres Einkommen nicht unbedingt einen Anreiz auszuwandern. Wenn im Gegensatz dazu das Einkommen hoch ist, der Arbeitnehmerschutz aber nieder, es keinen sozialen Dialog gibt, gehen viele, vor allem diejenigen, die produktiv sind und Karriere machen möchten.

***Unser aktuelles Heft hat das Schwerpunktthema „Welt im Wandel“ – was sind für Sie persönlich die größten Ver-***

***änderungen der letzten 20 Jahre in Ihrer Heimat, in Europa, in der Welt?***

Ganz oben steht wahrscheinlich die Globalisierung, die eine Menge umfasst, wie die freie Kommunikation auf der ganzen Welt, die Bewegung von Gütern, Dienstleistungen und Menschen und als Teil davon die Integration von West- und Ost-Europa. Die hat das Gesicht dieser Region stark verändert. Ich glaube, dass Österreich sehr stark gerade davon profitiert hat – ich komme aus einem Land, wo der Bankensektor einige prominente Österreicherische Mitspieler hat. Das betrifft diese ganze Region, auch in der Bauwirtschaft und im Tourismus. Dieser Wechsel hat viele neue Gelegenheiten geschaffen.

Aber es ist auch so, dass sich manche Änderungen unerwartet entwickelt haben, schlechtes Management und Profiteure haben dafür gesorgt, dass die Kosten höher als gerechtfertigt waren.

Nach der Krise müssen wir sehen, wie diese internationalen Verbindungen verbessert werden können. Wir müssen die Errungenschaften bewahren und die Kosten niedrig halten und das Wirtschaftssystem wieder in eine Balance bringen.

***Sind oder waren Sie selbst je Gewerkschaftsmitglied?***

Ja – ich habe sogar nach dem Studium in einem Forschungsinstitut der ungarischen Gewerkschaft gearbeitet. Das war mein erster Job, 1989 bis Ende 1991 war ich dort angestellt, dann bin ich als Professor an die Universität gewechselt.

***Wir danken für das Gespräch.***

***Das Interview wurde am 20. Juni 2011 von Katharina Klee (A&W) gemeinsam mit Mag. Helmut Kretzl (Salzburger Nachrichten) geführt.***

Internet:

Homepage von EU-Kommissar László Andor  
[ec.europa.eu/commission\\_2010-2014/andor](http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/andor)

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



# FreiheitskämpferInnen

*Die Gewerkschaftsbewegung in Nordafrika und ihre Bedeutung im Kampf für Freiheit und Demokratie.*

Die Staaten Nordafrikas, in denen Ende 2010 die erste demokratisch-soziale Revolution des 21. Jahrhunderts begann, waren bis nach dem Zweiten Weltkrieg Kolonien der europäischen Großmächte. Die einheimischen ArbeitnehmerInnen durften sich lange nicht gewerkschaftlich organisieren, aber auch für die in den Kolonien tätigen europäischen ArbeitnehmerInnen war das nicht leicht. Trotzdem ließen sich solidarische Zusammenschlüsse schon vor über hundert Jahren nicht ganz verhindern.

In Algerien und Ägypten entstanden die ältesten Organisationen kurz vor 1900.

In Algerien gründeten französische Buchdrucker die erste Gewerkschaft, einheimische algerische ArbeiterInnen und Angestellte konnten sich erst viel später zusammenschließen. In Ägypten waren dagegen einheimische Tabak-, Hafen- und StraßenarbeiterInnen die PionierInnen. Nach dem Ersten Weltkrieg entstanden auch in Tunesien Gewerkschaften.

In den nordafrikanischen Freiheitskämpfen nach dem Zweiten Weltkrieg spielte die Gewerkschaftsbewegung – so wie auch 2011 – oft eine bedeutende Rolle. In Tunesien trug die Einheitsgewerkschaft UGTT 1956 maßgeblich zur Befreiung von der französischen Kolonialmacht bei. Im Gegensatz zu den Schwesterorganisationen in den Nachbarstaaten bewahrte die UGTT zumindest teilweise ihre Unabhängigkeit, als sich die Revolutionsregierung in Richtung Diktatur entwickelte, und nahm dafür Behinderung ihrer Arbeit und immer wieder auch Verfolgung in Kauf. 2011 erreichte ein Generalstreik das Ende der Diktatur in Tunesien.



© Hossam al-Hamalawy

**Streikende ägyptische TextilarbeiterInnen im Februar 2011.**

**In den neuen unabhängigen Gewerkschaften Nordafrikas sind Frauen stark vertreten – so wie viele von ihnen in den 1950er-Jahren mutig gegen die Kolonialmächte kämpften.**

Libyen kennt kaum eine demokratische Gewerkschaftstradition. In Marokko, noch mehr aber in Algerien und in Ägypten wurden die früher revolutionären Gewerkschaften weitgehend zu Instrumenten der Diktaturregimes und taten nichts gegen die Unterdrückung von ArbeitnehmerInnenrechten. In Ägypten und Algerien bildeten sich in Opposition dazu unabhängige Gewerkschaftsbewegungen – und diese stehen mit den Jugendlichen an der Spitze der neuen Demokratiebewegung. Für Algerien ist die größte unabhängige Gewerkschaft

Nordafrikas, die ägyptische, das Vorbild. Sie organisierte sich bereits gesamtstaatlich als „Verband der ägyptischen Gewerkschaften“ (FETU) und fordert das Recht auf Arbeit und Arbeitslosenunterstützung, einen Mindestlohn, von dem man leben kann, das Recht aller ägyptischen BürgerInnen auf soziale Sicherheit und das gesetzliche Recht, sich in freien Gewerkschaften ohne Einschränkung zu organisieren.

Brigitte Pellar  
brigitte.pellar@aon.at



# Global Culture

*Wir alle sind in globale Kontexte eingebunden und damit Teil globaler Prozesse und Zusammenhänge, die so gut wie keinen Bereich unseres Lebens unbeeinflusst lassen.*

Autorin: Pia Lichtblau

weltumspannend arbeiten – ÖGB

Schon entschieden, wohin der heurige Sommerurlaub gehen soll? Kenia, Malediven oder doch eher Thailand? Wissen Sie, woher der Kaffee stammt, den Sie morgens zum Frühstück genießen? Wo der Computer produziert wurde, an dem Sie tagsüber Ihre Arbeit verrichten? Und auf welchen Finanzmärkten Ihr Ersparnis veranlagt wird, von dem Sie annehmen, es läge sicher auf Ihrem Sparbuch?

## Frühstück dank der halben Welt

„Noch bevor du am Morgen dein Frühstück aufgegessen hast, warst du schon auf die Hälfte der Welt angewiesen“, schrieb **Martin Luther King** bereits 1967 in seiner „Weihnachtspredigt für den Frieden“. Besser kann eine simple Tatsache kaum zusammengefasst werden: Wir alle sind in globale Kontexte eingebunden und damit Teil globaler Prozesse und Zusammenhänge, die so gut wie keinen Bereich unseres Lebens unbeeinflusst lassen und unter dem Begriff „Globalisierung“ zusammengefasst werden. Durch die rasante Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte unterscheidet sich das Leben, das wir heute führen, deutlich von jenem, das etwa unsere Elterngeneration vorgefunden hat.

Um beim Tourismus zu bleiben: 1950 waren insgesamt 25,3 Mio. TouristInnen weltweit unterwegs. Gemeinsam gaben sie knapp mehr als zwei Mrd. US-Dollar für ihre Reisen aus. Die Zahl der Reisenden hat seither sprunghaft zuge-

nommen und 2008 ihren bisherigen Höhepunkt erreicht: 919 Mio. Menschen waren weltweit unterwegs, die Ausgaben sind auf 941 Mrd. US-Dollar angestiegen. Und auch, wenn in dieser von der Welt-Tourismus-Organisation erstellten Statistik auch Dienstreisen, Familienbesuche etc. enthalten sind: Mehr als die Hälfte aller Reisen wird für Urlaube angetreten. Aber nicht nur Menschen, auch Waren werden täglich per Flugzeug durch die Welt befördert. Rund 68.000 Tonnen werden Tag für Tag grenzüberschreitend befördert. Was nur einen kleinen Teil der Warentransporte darstellt, da lediglich sehr kapitalintensive, kurzlebige oder verderbliche Güter per Luftfracht transportiert werden. Bezogen auf das Gewicht werden mehr als 80 Prozent der Waren von Schiffen ans Ziel gebracht – dies ist zwar langsamer, aber wesentlich billiger als die Luftfracht. So liegt der Anteil der Transportkosten beispielsweise bei Kaffee bei nur einem Prozent vom Kaufpreis.

Sinkende Rohölpreise und technologische Weiterentwicklungen im Bereich der Seefracht brachten eine Kostensenkung mit sich und ermöglichten so die Entwicklung eines weltumspannenden Transportnetzes, das gemeinsam mit einem globalen Kommunikationsnetz – Kommunikationskosten gehen durch Internet und E-Mail mittlerweile gegen null – die Grundvoraussetzung für die Entwicklung neuer globaler Vermarktungs- und Absatzstrategien darstellt.

So eröffnet uns Globalisierung ungeahnte Möglichkeiten – uns, wohlgemerkt, die wir in sogenannten „entwickelten“ Teilen der Welt leben. Der

grenzüberschreitende Handel hat sich seit 1950 vervielfacht: Sagenhafte 2.820 Prozent mehr Waren wurden 2007 über Grenzen hinweg gehandelt. Sowohl Ursprung als auch Ziel dieses Handels waren und sind die „entwickelten“ Regionen unserer Welt: Nordamerika, Europa und Asien – neben Japan werden in letzter Zeit China und Indien immer wichtigere Player am globalen Markt.

## McDonaldisierung

Die Auswirkungen davon können wir täglich beobachten: Einerseits nimmt die Vielfalt der angebotenen Waren immer mehr zu, und wir finden im heimischen Supermarktregal exotische Früchte wie **Pitahayas**, Mangos oder Litschis. Andererseits wird das Konsumangebot weltweit immer einheitlicher, sodass sich eine Einkaufsstraße in Rio oder Sidney kaum mehr von der Wiener Mariahilfer Straße unterscheidet. Musik, Mode und Essen – der Einfluss globaler Konzerne ist nicht mehr wegzudenken.

Der seit 1994 auch in Österreich aktive Konzern Hennes & Mauritz ist 1947 in Schweden gegründet worden – mittlerweile stellen 2.200 Filialen in 40 Staaten weltweit sicher, dass wir auch im Urlaubsland trendige Mode zu günstigen Preisen erwerben können.

Das klassische Beispiel zur Illustration der Vereinheitlichung der Welt ist aber der Fast-Food-Bereich. 64 Mio. Menschen auf der ganzen Welt essen durchschnittlich pro Tag bei McDonalds – knapp ein Promille der gesamten Weltbevölkerung. Die wohl bekannteste Fast-Food-Kette der Welt mit gegenwärtig

mehr als 32.000 Lokalen in 117 Ländern ist spätestens seit dem Erscheinen des Buches „Die McDonaldisierung der Gesellschaft“ zum Symbol für Globalisierung geworden. Der amerikanische Soziologe George Ritzer beschreibt darin einen Prozess, in dem Gesellschaften zunehmend effizient, kalkulierbar, voraus- sag- und kontrollierbar – und damit entsprechend der Logik eines Fast-Food-Restaurants – organisiert werden.

## Weltsprache Englisch

Auf den ersten Blick bringt Globalisierung also eine weltweite Angleichung des Konsumverhaltens und anderer Elemente des Alltagslebens mit sich, sodass regionale Traditionen durch eine globale Einheitskultur verdrängt werden, die sich am dominanten westlichen Lebensstil orientiert. Dies geht einher mit einer Vereinheitlichung der Sprache, die das Englische zur Weltsprache werden lässt. Auch wenn Hochchinesisch, das von 850 Mio. Menschen gesprochen wird, die meistgesprochene Muttersprache der Welt ist, übertrifft Englisch hinsichtlich seiner globalen Bedeutung sie bei weitem, obwohl es nur von etwa 500 Mio. Menschen als erste oder zweite Sprache verwendet wird. Geografisch betrachtet ist Englisch in 59 Ländern die offizielle Sprache, zusätzlich ist es Amtssprache in wichtigen internationalen Organisationen wie der UNO, der Europäischen Union oder der NATO. Von heute noch über 6.500 gesprochenen Sprachen weltweit werden, SprachwissenschaftlerInnen zufolge, nur zehn Prozent das nächste Jahrhundert überleben.

Dieser These der kulturellen Dominanz des Westens kann aber die Beobachtung entgegengestellt werden, dass Elemente fremder Kulturen sich zwar global ausbreiten, regional jedoch in durchaus unterschiedlichen Ausprägungen auftreten bzw. den lokalen Gegebenheiten angepasst werden. Um beim Beispiel McDonalds zu bleiben: Während die Burger in unseren Breiten zum überwiegenden Teil aus Rindfleisch hergestellt werden, sucht man solche in indischen Lokalen vergeblich. Und um den jüdischen Traditionen zu entsprechen bieten israelische Lokale koscheres Fast-Food an. Insofern werden lokale Besonderheiten vor dem Hintergrund

© Markus Zahradnik



**„Noch bevor du am Morgen dein Frühstück aufgegessen hast, warst du schon auf die Hälfte der Welt angewiesen“, schrieb Martin Luther King bereits 1967 in seiner „Weihnachtspredigt für den Frieden“.**

der Globalisierung nicht eliminiert, sondern in manchen Fällen sogar geschärft und betont.

## Interkultureller Austausch

Wie die wirtschaftliche und politische kann auch die kulturelle Globalisierung nicht per se positiv oder negativ beurteilt werden. Sie ist vielmehr ein vielschichtiger Prozess, der neben Risiken auch Chancen und Möglichkeiten birgt. Dass der Welthandel in seiner gegenwärtigen Ausgestaltung Entwicklungsländer benachteiligt und ihre weitere Ausbeutung begünstigt, liegt an der politischen Ausgestaltung des Welthandelssystems im Rahmen von Welthandelsorganisation und zahllosen bilateralen Freihandelsabkommen. Gleichzeitig ermöglichen aber die mittlerweile erschwinglichen Kommunikations-, Transport- und Reisekosten einen verstärkten interkulturellen Austausch, aus dem gegenseitiges Verständnis und Solidarität erwachsen kann.

Die Formierung und Zusammenarbeit einer globalen Zivilgesellschaft basiert auf der Kommunikation via Internet, Mobiltelefonie und E-Mail und der Möglichkeit, von Zeit zu Zeit im Rahmen von Weltsozialforen oder Protestkundgebungen zusammenzutreffen, um sich auszutauschen. Interkultureller Dialog, die Bereitschaft, eigene Vorurteile und Denkblockaden zu hinterfragen und aufzubrechen, um tatsächlich in Austausch mit dem Anderen zu treten, wird mehr und mehr zur Schlüsselqualifikation, um bestehende Machtkonstellationen aufzubrechen und so irgendwann Chancengleichheit für Menschen, Ideen und Waren weltweit herzustellen. Möglichkeiten dazu hat jeder von uns – fangen Sie am besten gleich damit an. Und genießen Sie Ihren Sommerurlaub.

Internet:

Menschenwürdige Arbeit für  
menschenswürdiges Leben:  
[www.fairearbeit.at](http://www.fairearbeit.at)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[pia.lichtblau@oegb.at](mailto:pia.lichtblau@oegb.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Familie 2.0

*Vater-Mutter-Kinder – die klassische Kleinfamilie wird immer seltener.  
Höchste Zeit, dass Familienpolitik neue Formen des Zusammenlebens berücksichtigt.*

Autorin: Sybille Pirklbauer

Abteilung Frauen und Familie der AK Wien

**V**ater, Mutter, Kind. Dazu ein Haus mit Schrägdach, Rauchfang, davor ein Baum und dahinter blauer Himmel. Das Familienbild in unseren Köpfen ist oft noch stark von der Idylle aus Kinderbüchern geprägt. Dass die Wirklichkeit eine andere ist, wissen die meisten aus Erfahrung. Der Trend zur Ehe ist beständig im Abnehmen, und Kinder wachsen in unterschiedlichsten Zusammenhängen auf. So ist etwa bereits jede zehnte Familie „Patchwork“, das heißt, die Kinder stammen aus einer früheren Beziehung einer (oder beider) PartnerInnen. Weitere geschätzte 5.000 Kinder leben in „Regenbogenfamilien“, also mit gleichgeschlechtlichen Eltern, oft stammen diese Kinder aus früheren Beziehungen. Familienformen sind also sehr viel bunter geworden.

## Abschied von der Klein-Familie

Die zunehmende Auflösung der traditionellen Klein-Familie muss einen dabei nicht traurig machen. Unsere Gesellschaft bietet in einem bisher nicht gekannten Ausmaß die Möglichkeit, das eigene Leben individuell zu gestalten. Zudem hat der steigende Wohlstand und die immer höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen dazu geführt, dass Paare nicht aus rein wirtschaftlichen Gründen zusammenbleiben oder bleiben müssen. Diese neuen Freiheiten werden genutzt, das zeigen auch die Zahlen: Lebten 1971

noch 30 Prozent der Männer und 27 Prozent der Frauen in einer Ehe mit Kindern, so gingen diese Anteile bis 2010 um mehr als ein Fünftel zurück. Es ist eben viel normaler geworden, ohne Trauschein zusammenzuleben oder aber auch, sich zu trennen und eine neue Beziehung zu finden. So entstehen neue Familienformen.

## Seit 2010 eingetragene Partnerschaft

So schnell sich die Wirklichkeit verändert, so schleppend werden die rechtlichen Rahmenbedingungen an die neuen Gegebenheiten angepasst. Nach vielen Jahren der Diskussion wurde erst 2010 die Möglichkeit der „eingetragenen Partnerschaft“ geschaffen. Damit wird es den schätzungsweise fünf bis zehn Prozent der Bevölkerung, die gleichgeschlechtlich orientiert sind, endlich ermöglicht, ihre Beziehung auch rechtlich absichern zu lassen. Übermäßig fortschrittlich ist das Gesetz jedoch nicht: Weder dürfen Lesben und Schwule eine Ehe eingehen, noch können sich heterosexuelle Paare für eine **eingetragene Partnerschaft** entscheiden. Die gemeinsame Adoption von Kindern ist auch eingetragenen PartnerInnen weiterhin verwehrt.

Umgekehrt ist die Diskussion über den Anspruch auf Pflegeurlaub für Stiefeltern der erste zögerliche Ansatz, auch den LebenspartnerInnen von Eltern Rechte zu gewähren. Denn obwohl sie häufig mit den Kindern im gleichen Haushalt leben und damit im Alltag gefordert sind, Betreuungsaufgaben zu übernehmen und Zuwendung geben, haben sie bislang keinerlei recht-

lichen Ansprüche, die ihnen die Übernahme von Verantwortung erleichtern würden.

Die fehlenden Rechte abseits von Ehe und leiblicher Elternschaft machen vielfältige Probleme, nicht zuletzt an der Schnittstelle zwischen Familie und Beruf. Ist die Vereinbarkeit beider Welten an sich oft schwierig, wird die Aufgabe ohne Ansprüche auf Karenz, Pflegeurlaub, Elternteilzeit, Kinderbetreuungsgeld usw. umso schwieriger. So können Stiefeltern oder gleichgeschlechtliche PartnerInnen auch beim besten Willen ihren Beitrag zur Betreuung nur eingeschränkt leisten, wenn etwa der Betrieb ihnen keine Reduktion der Arbeitszeit gewährt. Einen rechtlichen Anspruch darauf gibt es für sie nämlich nicht. Da ist schon der Alltag nicht einfach, wenn zusätzliche Schwierigkeiten wie eine Krankheit dazukommen, wirds dann wirklich turbulent.

## Wo Menschen füreinander da sind

Das müsste nicht so sein. Aber durch die starren Strukturen entspricht das österreichische Familienrecht immer weniger dem gelebten Alltag vieler Familien. Anstatt mündigen Menschen rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten zu geben, die ihren Bedürfnissen entsprechen, werden Rechte nur eingeschränkt zugestanden. Dabei könnten viele Probleme gelöst werden, wenn die Gestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen dem einfachen Grundsatz folgt: Familie ist, wo Menschen füreinander da sind. Wer Verantwortung für andere übernimmt, soll auch



**Der rechtliche Rahmen soll es demnach Frauen und Männern ermöglichen, ihre Form von „Familie“ so zu definieren, wie es ihren Vorstellungen und Bedürfnissen entspricht – sei es als Ein-Eltern-, neue Form der Groß-Familie oder in ganz anderen Konstellationen.**



Rechte bekommen – egal in welcher Form des Zusammenlebens.

Soll dieser Grundsatz zum Leben erweckt werden, braucht es eine völlig andere Betrachtungsweise des Familienbegriffs. Das könnte etwa so ausschauen: Familie bedeutet, dass Menschen – für eine bestimmte Lebensphase oder auf Dauer, allein oder in einer Gemeinschaft – Verantwortung für andere Menschen übernehmen. Es soll allen ermöglicht werden, diese Verantwortung, vor allem für andere Generationen (Kinder und Ältere), auch tatsächlich zu leben – und zwar unabhängig von Haushalt und Verwandtschaft, der sexuellen Orientierung und Identität, aber auch von sozialer und ethnischer Herkunft.

### **Familie, die wir meinen**

Der rechtliche Rahmen soll es demnach Frauen und Männern ermöglichen, ihre Form von „Familie“ so zu definieren, wie es ihren Vorstellungen und Bedürfnissen entspricht – sei es als Ein-Eltern- oder als neue Form der Groß-Familie oder in ganz anderen Konstellationen. Damit muss auch eine Umgestaltung der sozialen Systeme einhergehen, damit sichergestellt wird, dass die Existenz unabhängig von der gewählten Lebensform abgesichert ist. So sollte etwa der Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld auch Personen zustehen, die das Kind betreuen, jedoch nicht leiblich mit ihm verwandt sind. Wird das jetzt schon in der Charta der Menschenrechte verankerte Recht auf Familienleben ernst genommen, wird außerdem kein Weg an einer Um-

gestaltung des sogenannten „Fremdenrechts“ vorbeiführen.

Familienpolitik muss aber auch auf die Übergänge zwischen verschiedenen Konstellationen Rücksicht nehmen. Denn die Übernahme von Verantwortung beinhaltet auch im Falle der Trennung, die für alle Beteiligten bestmöglich zu gestalten. Dazu gehört, dass Kinder auch weiterhin ein Recht auf für sie wichtige Bezugspersonen haben und auch die finanzielle Absicherung aller Familienmitglieder. In diesem Sinne ist Familienpolitik auch die Gestaltung von Veränderungsprozessen, wo auch Unterstützungsangebote wie Mediation gefragt sind.

Will man diesen Zielsetzungen näherkommen, muss sowohl das Familien- als auch das Arbeits- und Sozialrecht völlig neu diskutiert werden. So könnten die bestehenden Rechtsinstitute wie Ehe und eingetragene Partnerschaften zu neuen Formen von „Partnerschafts- und Familienverträgen“ weiterentwickelt werden, die allen Menschen unabhängig von der sexuellen Orientierung und Identität offenstehen. Diese bedürfen auch eines neuen Zugangs zu Fragen wie Unterhalt und Obsorge im Falle der Trennung, die auf das Wohlergehen aller Beteiligten und den Schutz der Schwächsten ausgerichtet sind.

### **Schutz der Schwächsten**

Es mag irritieren, sich solche Pakte auch für NachbarInnen oder mehr als zwei erwachsene Menschen vorzustellen, aber bei Licht betrachtet spricht nichts dage-

gen, das ebenso zuzulassen. Wenn Familie heißt, dass Menschen füreinander da sind, ist es letztlich Sache der daran Beteiligten, für wen und in welcher Form sie Verantwortung übernehmen wollen. Der Schutz der Schwächsten muss dabei ebenso gewährleistet sein wie individuelle Rechte auf soziale Absicherung und soziale Dienstleistungen, also qualitative Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtung sowie professionelle Pflege. Diese Dienstleistungen sind gerade für verletzte Gruppen wie Alleinerziehende unverzichtbar. Echte Freiheit braucht eben auch existenzielle Sicherheit, um wirklich gelebt werden zu können.

### **Ein neuer Anlauf**

Von all dem ist die österreichische Wirklichkeit noch Lichtjahre entfernt, aber das soll kein Hindernis sein, erste Schritte zu tun. Frauenministerin Heinesch-Hosek unternimmt derzeit wieder einen Anlauf für den einen oder anderen Modernisierungsschritt im Familienrecht. Dafür kann man ihr nur viel Erfolg wünschen.

Internet:

Familienrecht in Österreich  
[tinyurl.com/5reogtb](http://tinyurl.com/5reogtb)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[sybille.pirklbauer@akwien.at](mailto:sybille.pirklbauer@akwien.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Die Jugend von heute

*Mit fast 30 noch zu Hause im Hotel Mama und keinen fixen Job – verweigert eine ganze Generation das Erwachsenwerden oder lässt man sie nicht?*

Autorin: Astrid Fadler  
Freie Journalistin

**T**ime to leave home – schon 2007 thematisierte ein witzig-anzüglicher TV-Spot einer Möbelkette den Trend, dass Jugendliche immer länger zu Hause wohnen bleiben. Uner-schwingliche Preise für Esstisch, Sesseln und Kästen dürften allerdings kaum der Grund dafür sein, dass etwa der typische Italiener erst mit 31 sein Elternhaus verlässt.

Deutsche werden durchschnittlich mit rund 25 und die Finnen „schon“ mit 23 Jahren flügge. Frauen sind bei der Nestflucht meist etwas früher dran.

Die Generation Y – so bezeichnen Soziologen/-innen und TrendforscherInnen die nach 1980 Geborenen – ist mit Handy und Internet aufgewachsen und gilt als weltoffen und multikulturell. Wie passt da die Vorliebe für das Hotel Mama ins Bild? Das Phänomen hat wohl mehrere Ursachen, manche davon sind im Prinzip erfreulich.

Erstens: Die Kluft zwischen den Generationen ist deutlich kleiner geworden. Die meisten jungen Leute haben nicht mehr das Bedürfnis, ihr Elternhaus so rasch wie nur möglich zu verlassen, vielleicht unter anderem auch deshalb, weil sich viele infolge hoher Scheidungsraten nicht mehr mit beiden Elternteilen gleichzeitig matchen müssen beziehungsweise mitunter zwischen zwei „Elternhäusern“ wählen können.

Zweitens: Auslandssemester und -praktika erfordern eine Flexibilität, die für junge Menschen mit fixen Mietkos-

ten (oder gar einer eigenen Familie) nicht zu erreichen ist. Laut aktueller **Eurobarometer**-Umfrage waren etwa 28 Prozent der 15- bis 35-jährigen ÖsterreicherInnen schon zu Studien- oder Trainingszwecken im Ausland. Wobei im Übrigen Geldmangel der häufigste Grund ist, nicht ins Ausland zu gehen: 33 Prozent der jungen EuropäerInnen gaben an, sich einen Studienaufenthalt im Ausland nicht leisten zu können. Europaweit sind 53 Prozent der Befragten durchaus gerne bereit, im Ausland zu arbeiten.

## Boomerang-Kids

Drittens erschweren steigende Kosten fürs Wohnen das Ausziehen; mit den durchaus üblichen 1.000 Euro Monatseinkommen bei Praktika und befristeten Dienstverträgen können selbst Gebildete vor allem in Großstädten nicht weit springen.

Nur 40 Prozent der unter 35-jährigen SpanierInnen wohnen nicht mehr bei den Eltern, davon ist mehr als die Hälfte über 29. Das bedeutet, dass der weitaus überwiegende Teil der SpanierInnen unter 30 noch oder wieder zu Hause wohnt. Boomerang-Kids nennen die Briten das Phänomen, dass viele junge Menschen im Fall finanzieller Engpässe wieder zurück zu den Eltern ziehen.

Dass SüdländerInnen länger zu Hause wohnen als etwa SkandinavierInnen hat schon länger Tradition. In den vergangenen Jahren sind die Quoten allerdings überall gestiegen, das Verhältnis ist annähernd gleich geblie-

ben. Die Unterschiede dürften nicht nur mit der für südliche Länder typischen katholischen Lebensplanung zusammenhängen, bei der man(n) direkt vom mütterlichen Herd zum Kochtopf der Gattin wechselt. Überall dort, wo Hausherrn bei der Mietengestaltung ziemlich freie Hand haben, aber auch in ländlichen Gebieten, ist die Tendenz zum Eigenheim verständlicherweise größer – und das ist natürlich teurer als eine Mietwohnung. Last but not least wird in manchen nördlichen Staaten die „Nestflucht“ in Form von Mietzuschüssen, Ausbildungsförderungen, Darlehen und Ähnliches staatlich gefördert.

Viertens sorgt natürlich auch die längere Ausbildungsdauer dafür, dass immer mehr junge Menschen immer später ausziehen. Seit 1981 hat sich die Zahl der MaturantInnen in Österreich verdoppelt, die AkademikerInnenquote beträgt rund 18 Prozent.

Fünftens: Leider sind diese AkademikerInnen zum Teil schlecht bezahlt, nicht wenige leben von einem befristeten Dienstverhältnis zum nächsten, von Gelegenheitsjobs oder beginnen notgedrungen eine zweite Ausbildung. Wer denkt schon an Familiengründung, wenn er/sie noch im Kinderzimmer wohnt oder sich bestenfalls einen Platz in einer WG leisten kann?

## Lost Generation?

Fast auf der ganzen Welt hatte die Wirtschaftskrise für junge Menschen besonders dramatische Folgen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist deutlich stärker gestie-

**Die Generation Y – so bezeichnen Soziologen/-innen und TrendforscherInnen die nach 1980 Geborenen – ist mit Handy und Internet aufgewachsen und gilt als weltoffen und multikulturell. Wie passt da die Vorliebe für das Hotel Mama ins Bild?**



gen als jene der anderen Altersgruppen. In Spanien ist fast jede/r zweite Jugendliche (44,6 Prozent) ohne Job! Angesichts solcher Lebensbedingungen ist es kein Wunder, wenn Betroffene auf die Straße gehen. Auch in vielen anderen Ländern sind die Jugendarbeitslosigkeitsquoten besorgniserregend hoch: Griechenland 36,1 Prozent, Slowakei 35,2 Prozent, Italien 28,6 Prozent, Schweden 24,1 Prozent.

Österreich steht mit offiziellen 9,4 Prozent hinter den Niederlanden und Deutschland noch relativ gut da, allerdings zählen Jugendliche in Schulen nicht als arbeitslos. In Spanien war 2009 das Risiko der Arbeitslosigkeit für Jugendliche doppelt so hoch wie für Erwachsene. SpanierInnen unter 30 arbeiteten mehr als zweimal häufiger mit befristeten Verträgen (54,8 Prozent) als ältere ArbeitnehmerInnen (25 Prozent).

### AkademikerInnen starten

Im Gegensatz zu den SpanierInnen scheinen die österreichischen Jugendlichen nach wie vor daran zu glauben, dass sie, „mithilfe individueller Problemlösungsstrategien Probleme am Arbeitsmarkt bewältigen können“, so Bernhard Heinzlmaier, Vorsitzender des Instituts für Jugendkulturforschung. Global betrachtet könnte man durchaus besorgt sein, denn schließlich bedeutet die Tatsache, dass sich der reguläre Berufseinstieg für AkademikerInnen mit entsprechender Bezahlung immer weiter nach hinten verschiebt, auch, dass die Familiengründung immer später erfolgt oder

womöglich ganz wegfällt. Letztendlich würde sich in einigen Jahrzehnten die Zahl armer und armutsgefährdeter PensionistInnen deutlich erhöhen, nicht nur durch (weibliche) AkademikerInnen, die nicht ausreichend Versicherungsjahre zusammenbekommen, sondern auch weil aus jungen Arbeitslosen meist prekäre ArbeitnehmerInnen und später vermehrte PensionistInnen werden.

### Made in Japan

Die Probleme der jungen Generation beschränken sich keineswegs nur auf Europa oder die westlichen Industriestaaten. In Japan etwa landen junge Menschen, die sich den herkömmlichen Traditionen nicht unterordnen möchten, immer häufiger auch trotz guter Schulbildung auf der Straße.

Schon Ende der 1980er-Jahre gab es jugendliche AussteigerInnen, die sich der bisher üblichen Reihenfolge Ausbildung und sofort danach lebenslange Zugehörigkeit zu einem Unternehmen verweigerten. Unter den sogenannten **Freeters** befanden sich auch viele AkademikerInnen. Die großen Konzerne verstanden geschickt, das anfangs coole Image dieser Gruppe zu nutzen und heuerten Freeters als geringfügig Beschäftigte oder mit Werkvertrag an.

Mittlerweile gibt es immer mehr Nachtwächter, Reinigungskräfte, Hostessen in Lokalen etc., die prekär beschäftigt sind. Nach wie vor gilt es in Japan aber als Schande, nicht zu einer Firma zu gehören. So nützen die Unternehmen die Scham und das schlechte Image der Freeters aus, um deren Ho-

norare sukzessive zu reduzieren. ZeitarbeiterInnen und prekär Beschäftigte haben keine Rechte, ja, sie dürfen zum Teil nicht einmal die Papierkörbe der jeweiligen Arbeitgeber benützen.

### Leben im Internet-Café

Wer sich nicht mehr als Parasiten-Single bezeichnen und von den Eltern durchfüttern lassen will, übernachtet in Internet-Cafés oder in einem Kabinen-Kino, wo es häufig verbilligte Nachttarife gibt.

Ausgerechnet die verheerenden Schäden durch das Erdbeben und den Tsunami haben dem Leben dieser jungen Menschen wieder Sinn verliehen. So mancher musiziert oder malt und sammelt Geld für die Opfer, manche nutzen ihre Internet-Kenntnisse, um Vermisste zu finden, oder sind als freiwillige HelferInnen in die Krisenregion gereist.

Ganz ähnlich wie die DemonstrantInnen in Madrid haben sie nach langer Zeit endlich wieder einmal das Gefühl, etwas Sinnvolles zu tun und können die Sorge um ihre berufliche Zukunft vorübergehend vergessen.

Internet:

Institut für Jugendkulturforschung  
[www.jugendkultur.at](http://www.jugendkultur.at)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[afadler@aon.at](mailto:afadler@aon.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



# Weltwirtschaften

*Ein Gespräch mit Univ.-Doz. Dr. Hans Krawarik, Siedlungshistoriker und Dozent an der Universität Wien über die Wettbewerbsfähigkeit von Wirtschaftsräumen.*

Autorin: Lisa Seidl  
Freie Journalistin

**O**b nun Länder, Regionen oder supranationale Integrationsräume wie EU, NAFTA oder ASEAN als Wirtschaftsraum verstanden werden, der Versuch die Wirtschaftlichkeit und den Einfluss dieser auf das reale wirtschaftliche Leben zu messen, kann bei genauerem Hinsehen einige Schwierigkeiten bereiten. Denn ob nun einer den anderen „überholt“, ist immer kritisch zu hinterfragen.

## Das Maß aller Dinge?

Zunächst wird das Bruttoinlandsprodukt verglichen. Doch die Summe aller in einem Land erwirtschafteten Güter und Dienstleistungen lässt kaum Schlüsse auf eine subjektive Wahrnehmung des Lebens und Arbeitens in einem Wirtschaftsraum zu. Sogar Wechselkursentwicklung, Kaufkraft, Inflation und Lohnstückkosten lassen zwar auf die allgemeine „Wettbewerbsfähigkeit“ schließen, jedoch ist es schwer vorzustellen, dass diese Maße geeignete Kennzahlen zur Messung des Erfolgs eines Landes oder einer Region darstellen. Dass durch Chinas Stahlproduktion, bei höherem Output als in der EU, die Gesamtheit der Bevölkerung keinen Aufschwung gleichermaßen zu spüren bekommt, ist abzusehen.

Die Beziehung zur demografischen Entwicklung und die Berechnung auf der Grundlage sozioökonomischer Strukturzahlen, wie die Forschungs- oder Bildungsquote, könnten mehr Auf-

schluss geben, meint Dr. Krawarik, um die Lebensqualität in Wirtschaftsräumen zu ermitteln.

Ähnlich wie der vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) ermittelte Human-Development-Index (HDI), der die Möglichkeit eines Indikators über Entwicklungsstand und Lebensstandard gibt, liefert er dem Better-Life-Index der OECD einen guten Ansatz. Die Kennzahl der Lebensqualität der Menschen, in den 34 Mitgliedsstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, betrachtet menschlichen und differenzierten Fortschritt und Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft. Faktoren wie Arbeitsplätze, Sicherheit, Wohnsituation, Einkommen, Umwelt, Bildung, Gesundheit und Lebenszufriedenheit sind ausschlaggebend für die Bewertung eines Landes.

Noch vor wenigen Jahrzehnten war die Weltwirtschaft in auf Nationalstaaten geprägte Subwirtschaftsräume unterteilt. Durch die globale Vernetzung werden immer weniger oft Länder für die Bezeichnung Wirtschaftsraum in Frage kommen. In Zukunft werden Integrationsräume und nicht mehr einzelne Staaten um die Vorherrschaft im Welthandel ringen. Obwohl es auch hier unterschiedlich stark ausgeprägte Stufen der Integration gibt. So ist der lateinamerikanische Mercosur als wachsender Wirtschaftsraum zu verstehen, wobei die nordamerikanische NAFTA noch nicht als so einheitlich wahrzunehmen ist, dass man von einer generellen Schwächung der Nationalstaaten spre-

## BUCHTIPP

Rolf Walter

### Geschichte der Weltwirtschaft

Eine Einführung  
UTB/Böhlau Köln,  
2006, 273 Seiten, € 17,40,  
ISBN 978-3-8252-2724-1



Sebastian Conrad

### Globalgeschichte Band 1

Theorien, Ansätze, Themen  
Campus Verlag, 2007, 347 Seiten,  
€ 25,60,  
ISBN 978-3-5933-8333-0

### Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

chen könnte. Die durch die Triade (NAFTA, EWR, SO-ASIEN) geprägten Börsenspekulationen und Rankingagenturen beeinflussen maßgeblich die Weltwirtschaft, die in „World Cities“ zentral kontrolliert wird.

## Trend westwärts

Wenn man die Geschichte und die langfristige Entwicklung von Wirtschaftszentren seit dem Altertum betrachtet, kann einem eine deutliche Westwärts-Bewegung ins Auge stechen. Von den ersten Handelszentren im Nahen Osten, über den Mittelmeerraum und Westeuropa zog der Zug der Weltwirtschaft bis zur neuen Welt und weiter nach Asien. Gerne würde Europa diese Entwicklung

**Der Versuch die Wirtschaftlichkeit und den Einfluss dieser auf das reale wirtschaftliche Leben zu messen, kann bei genauerem Hinsehen einige Schwierigkeiten bereiten. Denn ob nun einer den anderen „überholt“, ist immer kritisch zu hinterfragen.**

Richtung Westen weiterziehen sehen, doch der sprunghafte Anstieg der Produktivität einer Region hängt wesentlich von anderen Dingen ab. Obwohl es kein Zufall ist, dass die Metropolen der Wirtschaft in nördlichen Regionen zu finden waren, was sich auf regionale Disparitäten, wie die Ausgangsvoraussetzung des Klimas der Region, zurückführen lässt. So lassen viele Wirtschaftsräume ein wirtschaftliches Nord-Süd-Gefälle erkennen. Amerikas Südstaaten konnten erst nach der Erfindung der Klimaanlage den Standortnachteil aufholen und die Ansiedelung von Unternehmen attraktiv machen. Auch Afrika kann damit einen Teil seines Rückstandes erklären, dass durch die Lage der Energiewirtschaft kaum eine flächendeckende Einführung von Klimaanlagen möglich sein wird, so Krawarik.

### Der Westen und sein Vorsprung

Aber nicht nur Klimafaktoren sind in diesem Zusammenhang von großer Bedeutung. Der Technologievorsprung war schon immer ausschlaggebend. Aber wie bedeutend wird der „Westen“ in Zukunft sein? Verwöhnt von dem Gedanken, die Spitze der Wissensgesellschaft zu bilden, hatten die Industriestaaten auch einen langfristigen Vorteil in der Weltwirtschaft. Doch die Aufwärtsspirale des Lebensstandards muss vorangetrieben werden, damit sich die westliche Gesellschaft als „entwickelter“ rühmen kann. Es wird im Laufe der Zeit jedoch schwieriger werden, diesen Vorsprung gegenüber den „erwachenden“ Schwellenländern aufrecht zu erhalten.

Wie wird sich die Weltwirtschaft aber entwickeln? Naheliegend ist die Frage, ob durch die Globalisierung und die verstärkte internationale Arbeitsteilung, im Extremszenario, nur noch China produziert und der Westen dienstleistet? Wohl kaum, der Historiker weist darauf hin, dass der finanzielle Effizienzgewinn durch die gut ausgespielten komparativen Vorteile im Vordergrund steht, der in diesem Extremszenario durch den Import aller Dienstleistungen und der Abhängigkeit Chinas entfallen würde. Obwohl im Moment die Tendenz zur steigenden internationalen Arbeitsteilung zu sehen ist, wenn Service-Hotline-Dienste oder sogar die gesamte Buchhaltung von Unternehmen in Ausland ausgelagert werden.

Über die Zukunft der Wirtschaftsräume ist man sich in Fachkreisen jedoch nicht einig. Einerseits wird die Fiktion von Raumlosigkeit der Informationsgesellschaft kritisiert. Obwohl die Erfahrung der geschichtlichen Entwicklung zeigt, dass bei neuen Technologieeinführungen der Telekommunikation die räumliche Konzentration und Zentralisation von Arbeitsplätzen zunimmt, die kulturellen Unterschiede bei stärkerer globaler Interaktion aber eher zu Abschottung führen, gibt es auch Ansätze anderer Art. Demzufolge soll die Welt zu einem „Global Village“ zusammenwachsen und durch die Vernetzung die Angleichung von Lebensstilen und die Homogenisierung der Kultur, eine „Weltkultur“, vorantreiben. Dr. Krawarik: „Schon in der Epoche der Aufklärung gab es diese Hoffnung des Men-

schen auf das Menschsein.“ Nur wenn die sozialen und kulturellen Aspekte außer Acht gelassen werden, ist die Vorstellung von der globalen Anpassung möglich. Denn auch die Erfindung des Telefons oder des Internets zeigte, dass es trotzdem noch nötig ist, morgens ins Büro zu fahren, obwohl die nationalstaatlichen Grenzen verwischen und sich wirtschaftliche Handlungsspielräume verändern.

### Keine Vereinheitlichung der Welt

Wirtschaftswissenschaftler tappen in die Falle, irrtümlich die technischen Möglichkeiten ohne die sozialen Kommunikationsstrukturen zu beachten, und durch die steigende Homogenisierung des Konsumverhaltens auf eine die Vereinheitlichung der Welt zu schließen, was wohl eher eine ideologische Wunschvorstellung als eine auf Erfahrung basierte Einsicht ist. Die Geschichte hat gezeigt, dass meist nach einer Hochphase grenzüberschreitende Austauschprozesse nicht zu Homogenisierung, sondern eher zu Isolation und Herausbildung von Differenzen geführt haben. So bestärkt die Globalisierung kulturelle Besonderheiten.

Internet:

Univ.-Doz. Dr. Hans Krawarik:  
[tinyurl.com/6bj5nuw](http://tinyurl.com/6bj5nuw)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[h0701971@wu.ac.at](mailto:h0701971@wu.ac.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Energie mit Zukunft?

*AKW-Super-GAU in Japan, Klimawandel, CO<sub>2</sub>-Problematik und steigender Strombedarf lassen Wellen der Energiedebatte hochgehen. Geht uns die Energie aus?*

**Autor: Wilfried Leisch**

*Freier Journalist und Publizist in Wien*

**V**orweg: Nein, uns geht nicht die Energie aus. Es ist genug Energie vorhanden, es kommt nur darauf an, wie sie erzeugt, verteilt und verbraucht bzw. eingesetzt wird. Und wenn AKW abgeschaltet werden? Z. B. Deutschland: Eine „Stromlücke“, die von der Atomlobby für den Fall des Ausstiegs angeführt wird, gibt es nicht. Seit 2002 gab es jährlich Strom-Export-Überschüsse mit Werten um 20 Mrd. Kilowattstunden (kWh) – das entspricht der Leistung von ca. 17 AKW. Zu verdanken ist diese Entwicklung dem Ausbau der erneuerbaren Energien.<sup>1</sup> Doch Konzerne haben bestenfalls nur ein begrenztes Interesse, aus der derzeitigen Verschwendung sowohl bei der Erzeugung als auch beim Verbraucherverhalten auszusteigen.

## Lügen, Lügen, Lügen

Erst Ende Mai bestätigte der japanische AKW-Betreiber Tepco, dass die Kernschmelze in drei der sechs Reaktoren bereits kurz nach dem Tsunami vom 11. März stattgefunden hat, im angeblich bebensicheren Reaktor 1 bereits nach fünf Stunden (also schon allein durch das Beben, nicht durch die Flutwelle). Offizieller Grund für das Verschweigen: Angst vor Panik. Der Effekt ist, dass die Menschen in der Umgebung und bis hin in den Großraum von Tokio mit 35 Mio. BewohnerInnen radioaktiver Strahlung ausgesetzt waren und weiterhin sind. Jetzt werden ExpertInnen damit zitiert, dass

das Ausmaß der Strahlenbelastung erst in zwei Jahren endgültig zu bewerten ist.<sup>2</sup> Inzwischen werden die Menschen als lebendige Versuchskaninchen der Atomindustrie missbraucht – mit unabsehbaren Folgen. Erst nach 25 Jahren wurden im Zuge des Fukushima-GAU öffentlich die Opferzahlen von 35.000 bis 200.000 Toten als Folge des Super-GAU von Tschernobyl, die von Global 2000 und Greenpeace ermittelt wurden, in den Medien einem breiteren Publikum zugänglich gemacht.

„Atomkraft war und ist mehr denn je ein weltumspannendes Geschäft, mit dem einige wenige Staaten und Konzerne Jahr für Jahr Milliarden einnehmen. Ein Geschäft, das zugleich der Durchsetzung geopolitischer Interessen dient und tief in den militärischen Komplex hineinreicht“, so die Schlussfolgerung von „Profil“, das das AKW-Geschäft so beziffert: „Allein in Europa dürften ... jährlich 200 Mrd. Euro mit der Erzeugung und dem Verkauf von Kernenergie, der Aufbereitung und Deponierung von Atommüll umgesetzt werden.“ Geschäft und tödliche Gefahr hängen eng zusammen: Nach max. 30 Jahren Laufzeit sind AKW in der Regel abgeschrieben und werfen, z. B. ein deutsches AKW mit 1.000 Megawatt Leistung, einen Nettogewinn von ein bis zu zwei Mio. Euro ab – am Tag!<sup>3</sup> Je älter und damit gefährlicher die AKW, desto profitabler für die Betreiber! Für die älteren – und in den nächsten Jahren zur Stilllegung anstehenden – AKW allein in Deutschland ergeben sich „Zusatzträge“ von ca. 200 bis 300 Mio. Euro jährlich, für die neueren Anlagen summieren

sich die jährlichen Zusatzprofite auf 300 bis 400 Mio. Euro. Über alle (aktuell betriebenen) AKW und alle Betreiber summieren sich diese Profite für jeweils ein Jahr Laufzeitverlängerung auf ein Gesamtvolumen von 4,6 bis 6,2 Milliarden Euro, so die deutsche Heinrich-Böll-Stiftung.<sup>4</sup> Nach wie vor gilt die offizielle **Diktion**, dass der Atomunfall von Fukushima eine „Naturkatastrophe“ war, um zu verschleiern, dass AKW nicht sicher betrieben werden können. Die Menschen sollen Atomunfälle als Naturgewalt hinnehmen. Die Atombetreiber verbreiten Unwahrheiten, um ihre Macht möglichst lange behalten zu können.

## „Billiger“ Atomstrom?

Abgesehen von menschlichen und wirtschaftlichen Opfern des aktuellen Atom-GAU in Japan – WirtschaftsforscherInnen rechnen mit zumindest 134 Mrd. Euro, möglicherweise deutlich mehr, als Folge der Katastrophe<sup>5</sup> – ist Atomstrom schon ohne Unfälle alles andere als billig. 5.500 Mrd. Euro ist der geschätzte wirtschaftliche Schaden, den eine Kernschmelze in Deutschland anrichten würde. Zum Vergleich: Das deutsche Bruttoinlandsprodukt liegt bei etwa 2.500 Mrd. Euro. Das sagen nicht AtomgegnerInnen, sondern das ist das Ergebnis einer bereits 1992 im Auftrag des FDP-Wirtschaftsministeriums durchgeführten Studie der

<sup>1</sup> [tinyurl.com/3jscxd3](http://tinyurl.com/3jscxd3)

<sup>2</sup> Presse, 25. 5. 11

<sup>3</sup> profil Nr. 17/11

<sup>4</sup> [www.boell.de](http://www.boell.de)

<sup>5</sup> Presse online 24. 5. 11



Prognos AG. Um dagegen versichert zu sein, müsste jede kWh Atomstrom heute mit zusätzlich 2,7 Euro belastet werden, fast dem 77-fachen des Preises, den die Atomkonzerne angeben. Eine kWh Strom für Private kostet hingegen im Schnitt 0,023 Euro. Doch die Konzerne müssen ihre Atomunfälle nur bis 2,5 Mrd. Euro versichern. Also bleibt der Atomstrom „billig“ – 0,035 Euro kostet eine kWh in der Produktion – und die Kosten und das Risiko für die Allgemeinheit hoch!<sup>6</sup> Das Schweizer Bundesamt für Zivilschutz zieht ähnliche Schlüsse. Müssten AKW-Betreiber die gesamten Versicherungskosten tragen, wäre kein AKW mehr in Betrieb.<sup>7</sup> Auch „neuer“ Atomstrom wird in Zukunft noch teurer: Der Europäische Druckwasserreaktor, der in Olkiluoto (Finnland) gebaut wird, kostet schon sechs statt den geplanten 2,5 Mrd. Euro.<sup>8</sup>

## Stresstests

Wie schon nach Tschernobyl dient das Sicherheitsgerede als Deckmantel für das tödliche Atomgeschäft. Neuester tödlicher Schmah: „AKW-Stresstest“, der dann so ausgeht wie bei den Banken: Die Gewinne sprudeln weiter und die Bevölkerung zahlt Mrd. für die Folgen.

Auch beim jüngst verkündeten Atomausstieg der Schweiz ab 2019 bis 2034 beschleichen einen Zweifel. Die Politik ist unglaublich. Sie hat Gesetze beschlossen, die der Atomindustrie genehm sind. PolitikerInnen sitzen in den Direktionsetagen von Atom- und Stromfirmen sowie in AKW-Baukonzernen, wie z. B. auch der österreichische Ex-VP-Kanzler Schüssel im deutschen Atomkonzern RWE mit einem Jahreslöhler von 117.000 Euro, Ex-SP-Kanzler Gusenbauer im Baukonzern STRABAG, der auch bei AKW mitbaut. Politiker sind mit der Atomlobby oft eng verfilzt – wie immer wieder auffliegende Bestechungs- und Schmiergeldzahlungen beweisen.<sup>9</sup> Österreich könnte spätestens nach Fukushima mit seiner 92-Prozent-

<sup>6</sup> taz, 7. 11. 10

<sup>7</sup> Tages-Anzeiger, 24. 2. 2007

<sup>8</sup> Vortrag von Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Reinhard Haas, TU Wien, am 3. 11. 2010 im Afro-Asiatischen Institut, Wien

<sup>9</sup> Profil, Nr. 17/11

<sup>10</sup> IHS-Studie Markus Bliem et al: Energieszenario Österreich 2050 Energie [R]evolution Österreich 2050 [tinyurl.com/3oc9o5y](http://tinyurl.com/3oc9o5y)

<sup>11</sup> [www.wirtschaftundumwelt.at/4311/4312/4316](http://www.wirtschaftundumwelt.at/4311/4312/4316)



© DBB-Verein/Paul Sturm

**Gibt es einen Strommangel, wenn AKW abgeschaltet werden? Nein! Beispiel Deutschland: Eine „Stromlücke“, die von der Atomlobby für den Fall des Ausstiegs angeführt wird, gibt es nicht. Seit 2002 gab es jährlich Strom-Export-Überschüsse mit Werten um 20 Mrd. Kilowattstunden – das entspricht der Leistung von ca. 17 AKW.**

Ablehnung der Atomenergie in der Bevölkerung und ohne AKW im Land ein Zeichen setzen: Austritt aus EURATOM und IAEA, deren erklärtes Ziel Atomnutzung ist und in die auch Österreich jährlich mindestens 20 (so Minister Berlakovich) und bis zu 40 und mehr Mio. Euro laut NGOs einzahlt.

## Prioritätenwandel?

Ein Wandel in der Energiepolitik ist möglich. Das beweisen unzählige Studien, die bereits erstellt – und wieder schubladisiert wurden. Eine jüngst von u. a. der Gewerkschaft „vida“ beim Institut für Höhere Studien (IHS) in Auftrag gegebene Studie „Energie [R]evolution Österreich 2050“ zeigt, was möglich wäre: Bis 2050 seien in Österreich die Halbierung des Energieverbrauchs, ein 85-prozentiger Anteil erneuerbarer Energieträger sowie eine Einsparung von mehr als 90 Prozent an CO<sub>2</sub>-Emissionen möglich. Vor allem im Wohnbau und Verkehrssektor ließe sich der gesamte Energieverbrauch bis 2050 auf 540 Petajoule beinahe halbieren. Dazu braucht es einen starken Ausbau des öffentlichen Verkehrs, eine Ökologisierung des Steuersystems, die Festlegung verbindlicher Ziele für die Reduktion der Treibhausgase sowie die Ausschüttung der Sanierungsmilliarden für den Wohnbau.<sup>10</sup> Beim bis 2014 laufenden Förderprogramm des Bundes zur thermischen Sanierung im Umfang von 400 Mio. Euro sieht die AK eine massive soziale Schieflage und kritisiert die Klientelpolitik für Unternehmen und Ein- oder ZweifamilienhausbesitzerInnen. Das Programm bleibt ökologisch und ökonomisch weit hinter den Möglichkeiten zurück.<sup>11</sup> Das war noch vor dem GAU von Fukushima. Wir werden sehen, ob die nächsten politischen Entscheidungen auf EU-Ebene und in Österreich die Notwendigkeiten berücksichtigen, oder ob die Entscheidungsträger wieder vor Lobbyinteressen à la „Wutbanker“ in die Knie gehen werden.

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[w.leisch@aon.at](mailto:w.leisch@aon.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Konstante Mobilität

*Weder ändert sich die Zahl der Wege noch die Zeit, um sie zurückzulegen.  
Mit jedem Auto sinkt das Mobilitätspotenzial anderer Verkehrsteilnehmenden.*

Autorin: Gabriele Müller  
Freie Journalistin

**D**ie vielfach vorgetragene Rede von einer „Mobilität im Wandel“ beruht auf zahlreichen Fehlschlüssen, glaubt man den Thesen von Österreichs führendem Verkehrsexperten Hermann Knoflacher. Im steten „Wandel“, allerdings in negativer Richtung, sind vorrangig Landschaft, Umwelt und Lebensqualität, solange die Bezugsgröße von Verkehrs- und Raumplanung – selbst für nachhaltige Mobilität – das Auto bleibt.

## Mythos Mobilitätswandel

Als völlig falsch bezeichnet Knoflacher, ständiger Fußgehervertreter bei den Vereinten Nationen, die Kernthesen der praktizierten Verkehrsplanung. Denn die Idee des Mobilitätswachstums, das heute in der Praxis propagiert wird, beruhe auf einer unvollständigen Betrachtung des gesamten Systems. Sie geht davon aus, dass mit zunehmender Motorisierung auch die Mobilität steigt. Mittlerweile hat sich jedoch in der modernen Verkehrs- und Mobilitätsforschung die Erkenntnis durchgesetzt, dass zwar die Anzahl der Autofahrten steigt, die Summe der getätigten Wege aber konstant bleibt, da dadurch die Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln und die Fußwege abnehmen. Die zweite falsche Annahme ist jene der Zeitersparnis durch Geschwindigkeitserhöhung, die als Grundlage vieler Wirtschaftlichkeitsberechnungen in der Verkehrsplanung erhalten muss. Die Zeitersparnis jedoch ist null, es steigen nur die

Entfernungen bei gleicher Wegzeit. Die drei grundlegenden Gesetzmäßigkeiten für das individuelle und kollektive „Verkehrshandeln“, nämlich konstantes Wegbudget, konstantes Wegezeitbudget und konstantes Mobilitätskostenbudget leuchten ein. Womit aber soll ein/e PendlerIn fahren, wenn kein Zug vorhanden ist?

Das Thema nachhaltiger Mobilität wurde auf politischer Ebene übergreifend erstmals in der OECD-Konferenz in Vancouver 1997 behandelt. Die soziale Gerechtigkeit und Verantwortung, die freie Verkehrsmittelwahl und die ausreichende Grundversorgung standen – neben der Umweltverträglichkeit – dabei im Vordergrund. Mit dem rasanten Klimawandel begann für die Verkehrsforschung, die nunmehr zu einem Teil der Mobilitätsforschung wurde, Anfang der 1990er-Jahre eine neue Phase. Mit der UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 wurde die bisherige Verkehrspolitik – theoretisch – den Prämissen einer nachhaltigen Mobilität untergeordnet. WissenschaftlerInnen unterschiedlicher Disziplinen suchen seither verstärkt nach ökologisch verträglichen Verkehrs- und Siedlungsmodellen. Zahlreiche neue Fragestellungen haben hier Aufnahme gefunden: Inwiefern können, wie es gesetzlich vorgeschrieben ist, alle gleichberechtigt am Verkehrssystem teilhaben? Besonders die Gender-Aspekte, soziale Ausgrenzung und Barrierefreiheit haben an Aufmerksamkeit gewonnen. Vor allem in der internationalen Entwicklung ist zu bezweifeln, ob unser westliches Mobilitätsmuster mit seiner Dominanz des Autos das „natürliche“ weltweite Leitbild sein kann. Welche Folgen hat der Welt-

## BUCHTIPP

Hermann Knoflacher

### Virus Auto

Die Geschichte einer Zerstörung  
Ueberreuter, 2009,  
221 Seiten, € 19,95,  
ISBN 978-3-8000-7438-9



### Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

handel auf globale Verkehrsströme? Ist eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Verkehr in Sicht? Die Frage nach der Finanzierbarkeit und Kostenwahrheit ist erst in der jüngsten Zeit in das Zentrum der Nachhaltigkeitsdiskussion gerückt. Besonders im globalen Maßstab ist man von einer Trendwende zur nachhaltigen Mobilität jedoch weit entfernt.

## Wandel in der Werbung

Ein Bewusstseinswandel wurde im Marketing signalisiert. Man erinnert sich: 2000 warb Michail Gorbatschow in den TV-Spots „Perestroika“ und „Glasnost“ für die österreichischen Bundesbahnen. Eine Kampagne, die bei vielen NutzerInnen Unverständnis auslöste. Zeitgleich mit der Imagekampagne wurden kleinere Haltestellen aufgelöst und die Zugfrequenz gesenkt. Zahlreiche PendlerInnen, die früher etwa die Franz-Josefs-Bahn genutzt hatten, mussten damals auf den Pkw umsteigen. Mehr Taktgefühl hätte zum Beispiel die Lösung durch sogenannte „Bedarfshalt-





**Nahversorger wurden fast überall durch periphere Shoppingcenter und „Gewerbeparks“ ersetzt, die per Rad nur unter erheblichen Gefahren erreichbar sind.**

Druckknöpfe“ bewiesen. Schon damals bezeichnete die AK die 1998 eingeleitete Privatisierung als falschen Weg. Sicherheitsrisiken, vermehrte Unfälle, Einstellung von Nebenbahnen, teurere Fahrpreise und Mehrkosten für die Steuerzahlenden wurden als drohende Folgen angeführt. Die Probleme mit dem Verkehr, nach herkömmlicher Auffassung identisch mit dem Autoverkehr, nehmen seither ständig zu. „Kein Produkt hat bis zur zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Gesellschaft und Wirtschaft derart verändert wie das Auto“, schreibt Knoflacher in seinem jüngsten Buch „Virus Auto“. Der komplexe Zerstörungsprozess, der mit der allgemeinen Motorisierung eingesetzt hat, konnte trotz aller Versuche, wie Ausbau der Fahrbahnen oder Mautsysteme, nicht eingedämmt werden. Allen technischen Verbesserungen in der Autoindustrie und Versuchen zum Trotz, die Abhängigkeit von fossilen Energien zu senken, steigen die CO<sub>2</sub>-Emissionen. Konstant bleibt die direkte und indirekte Förderung des Autoverkehrs.

### **Verkehrsproblem Shoppingcenter**

Nahversorger wurden fast überall durch periphere Shoppingcenter und „Gewerbeparks“ ersetzt, die per Rad nur unter erheblichen Gefahren erreichbar sind. Sie illustrieren den wissenschaftlich fundierten Grundsatz, dass die Mobilität einer Gesellschaft nicht mit den Distanzen wächst. Die Einkaufenden legen nun größere Entfernungen zurück, um dieselben Bedürfnisse zu erfüllen wie zuvor. „Das Verkehrsproblem ist unter anderem Produkt solcher Shoppingcenter“, meint Knoflacher. Die riesigen Parkplätze müssen

so hoch besteuert werden, dass Parken so viel kostet wie im Stadtzentrum. Die Zunahme des Autoverkehrs spiegelt sich in der Entwicklung des Straßennetzes. Im Vergleich zu 1970 stieg allein das Autobahnnetz bis 2007 um 1.200 km. Das Bahnnetz hingegen schrumpfte von 6.506 km (1970) bis 2003 um rund 300 km. Nicht nur eingestellte Züge, auch die Pendlerpauschale fördert den motorisierten Individualverkehr, da mit zunehmender Distanz die Vergütung steigt. Österreichweit fahren rund 74 Prozent der PendlerInnen mit dem Auto zur Arbeit.

Auch an der Grenze vom Waldviertler Frates zum südböhmischen Slavonice ist der in der Bevölkerung schon seit langem spürbare Bewusstseinswandel zur nachhaltigen Mobilität auf der Strecke geblieben. Auf den Geleisen der eingestellten Thayatal-Bahn wächst Gras. Geht es nach den Plänen der NÖ-Landesregierung soll der Gleiskörper endgültig entfernt und in einen Radweg umgewandelt werden. Nichts gegen Radwege, meint Egon Schmidt, Obmann des Vereins „Neue Thayatalbahn“, der seit 20 Jahren für die Reaktivierung der wichtigen Verbindungsstrecke der Franz-Josefs-Bahn zur tschechischen Hauptlinie bis Brünn und Prag kämpft. Aber wäre er nicht neben der Bahn sinnvoller? Der steigende Schwerverkehr auf den Thayatalstraßen zehrt an den Nerven der Bevölkerung und an der Bausubstanz der Dörfer und Städte. Dabei gäbe es sinnvolle Alternativen: So hat ein Wiener Verkehrsplanungsbüro errechnet, dass die Kosten für die Revitalisierung der Bahnstrecke durch Benützungsgebühren aus dem Güterverkehr gedeckt werden

könnten. Auch die Ausgaben für den Ersatz-Busbetrieb sind mittelfristig bei weitem höher als es die Wiederherstellung der Bahnstrecke wäre.

### **Trend zur Reurbanisierung**

Seit 2007 wohnen mehr als die Hälfte aller Menschen Zentraleuropas in Städten. Prognostiziert wird, dass der demografische Wandel die Menschen weiter zurück in die urbanen Zentren führt. Die ersten großen Trendverschiebungen in Richtung zukunftsfähiger Mobilität zeigen sich in Ballungsräumen zuerst. In Wien sinkt der Straßenverkehr in den inneren Bezirken erstmals. Viele StadtbewohnerInnen haben längst „umgedacht“. „Die Politik ist gut beraten, jetzt die Weichen der Investitionspolitik so zu stellen, damit die Bevölkerung die Infrastruktur vorfindet, die Städte mit Zukunft auszeichnen“, meint Willi Novak, Geschäftsführer des Verkehrsclubs Österreichs (VCO) in der Publikation „Ballungsräume – Potenziale für eine nachhaltige Mobilität“. Würden die Verkehrskosten dann auch noch von den Verursachern bezahlt, stiege die Qualität der Städte auch als effizienter Wirtschaftsstandort.

---

Internet:

Zur Initiative für die Reaktivierung der Thayatalbahn:  
[www.thayatalbahn.at](http://www.thayatalbahn.at)

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin  
[gabriele.mueller@utanet.at](mailto:gabriele.mueller@utanet.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



# Infoflut oder Infomüll?

*Die Unterdrückung der JournalistInnen, die GewinnerInnen der Globalisierung, der Kapitalismus und das Internet.*

Autor: Thomas Varkonyi  
Freier Journalist

Es gibt ungefähr schon seit Mitte der 1990er-Jahre die Debatte, wozu man überhaupt noch professionellen Journalismus braucht, wenn eh jede/r im Internet veröffentlichen kann, was er oder sie will und wenn jede/r sich raussuchen kann, was er/sie gern lesen möchte. Das Internet verändert aber zusätzlich auch kontinuierlich die konkrete Arbeitssituation von JournalistInnen. In den klassischen Medien gab es immer einen Mangel an Seiten und Frequenzen und die Profi-Journalisten waren **Gatekeeper**, deren Aufgabe es war sorgfältig abzuwägen und auszuwählen. Im Internet kehrt sich diese Situation um: Da gibt es eine wahre Informationsflut und beinahe zwangsläufig mangels Kontrolle viel Infomüll.

## Weltbild in Buchstaben

„Blogs und Handytelefone reichen da nicht als Konkurrenz zu Journalisten, da ist eine viel zu große Meinungs- und Meldungsanarchie im Netz“, sagt Franz C. Bauer, Präsident der JournalistInnengewerkschaft. „Eine Zeitung ist erst in zweiter Linie Information, in erster Linie ist sie ein in Buchstaben gegossenes Weltbild, eine Bestätigung unserer Vorurteile über die Welt, angereichert mit Informationsschnipseln. Je näher eine Zeitung an den gängigen Stereotypen ist, desto höhere Verkaufszahlen wird sie haben.“ Im Unterschied zum Informationsrausch des Internets geht es im klassischen Journalismus aber auch um bestimmte Qualitätsstan-

dards. Beim klassischen Journalismus sorgt dafür zunächst die Berufsausbildung, später redaktionelle Kontrollmechanismen. Man sollte zwar nicht **a priori** ausschließen, dass auch im Bereich der NutzerInnenbeteiligung im Internet journalistische Leistungen erbracht werden können, es fehlen aber weithin Mechanismen der Qualitätssicherung. Im Internet wird erst publiziert und dann geprüft.

Allerdings stellt sich dann unausweichlich die nächste Frage: Warum Geld für Profis zahlen, wenn die NutzerInnen die Inhalte teilweise gratis produzieren? Da ist man natürlich hin und her gerissen. Es existiert der hehre Anspruch auf mehr Partizipation, dann wird immer, zu Recht, auf Brecht und **Enzensberger** verwiesen. Aber die Situation bei den Tageszeitungen ist bekannt. Redaktionen werden tendenziell verkleinert. Werkverträge und Honorarnoten feiern fröhliche Urständ. Im Rahmen der Sparpolitik der Verlage ist das scheinbar eine Möglichkeit, auf FotografInnen zu verzichten oder in den Redaktionen Stellen einzusparen.

„Es gibt für Zeitungen keine Konkurrenz durch Blogs“, sagt Bauer, „der klassische Printjournalismus hat weiterhin die Themen- und Meinungsführerschaft inne und Blogger ziehen daraus ihre Themen. Print treibt die Blogs, nicht umgekehrt.“

Julia Pühringer, eine erfahrene Journalistin, sieht jedenfalls eher eine Bereicherung denn eine Konkurrenz. „Der beste ‚Leser-Reporter‘ wird nicht die notwendigen Kontakte und Informationen haben, um eine Hintergrundstory liefern zu können, allenfalls ein Foto und das,

## BUCHTIPP

Markus Behmer, Bernd Blöbaum, Armin Scholl, Rudolf Stöber (Hrsg.)  
**Journalismus und Wandel**  
Analysedimensionen, Konzepte, Fallstudien  
Vs Verlag, 2005,  
270 Seiten, € 19,90,  
ISBN 978-3-531-14637-9



### Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,  
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132  
[fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

was er gesehen hat. Blogs würde ich nicht in denselben Topf werfen, das ist ein völlig anderes Genre. Das wird aber von Print-JournalistInnen oft missverstanden, die dann denken, eine online gestellte Kolumne ist bereits ein Blog. Blogs dienen allerdings durchaus der Zusatzinformation, das kennt jeder von uns, der gern Blogs aus seinem Interessengebiet liest. Ich kann mir aber keine Tageszeitung oder kein Magazin vorstellen, das nur in der doch sehr persönlich formulierten Blogform existiert.“

## Kommerz regiert im Internet

Der Präsident der JournalistInnengewerkschaft ist vom Internet etwas enttäuscht, er hat sich mehr erwartet. „Vor 15 Jahren haben alle gehofft, dass durch das Internet eine weitere Demokratisierung eintritt, dass es ein Gegengewicht zu den etablierten Medien wird, aber leider muss man sagen, dass heute die multinationalen Fir-



„Der beste ‚Leser-Reporter‘ wird nicht die notwendigen Kontakte und Informationen haben, um eine Hintergrundstory liefern zu können, allenfalls ein Foto und das, was er gesehen hat.“

men und der Kommerz das Internet dominieren. Aber das Internet ist natürlich auch eine Bereicherung, es ermöglicht zum Beispiel die Interaktion zwischen JournalistInnen und KonsumentInnen.“ Die klassischen JournalistInnen jedenfalls können durch das Internet gesellschaftliche Trends beobachten, aber auch eine Resonanz auf die eigene Arbeit erhalten. „Das Internet demokratisiert schon, nur eher qualitativ, nicht quantitativ“, sagt Hans Christian Voigt. „Gut wird das durch den Gegensatz zwischen bild.de und bildblog.de illustriert: eine Seite ist die der mächtigen Bild Zeitung, die andere widmet sich deren kritischer Beobachtung.“ Teilweise geht es auch um eine bewusste Abgrenzung gegenüber dem professionellen Journalismus oder den klassischen Medien.

## Mehr Information

„Was das Internet und die ganzen neuen Medien bringen, ist unter anderem, dass es schwieriger ist, Sachen unter den Teppich zu kehren, sie nicht zu bringen“, sagt Voigt. „Das war übrigens schon vor WikiLeaks so. Es geht da oft darum, den Konsens des Verschweigens zu brechen, dann können die etablierten Medien nicht anders und bringen es auch.“ Das empfindet auch Julia Pühringer als besonders erwähnenswert, auch im Vergleich zu den Privat-Paparazzis mit Handykameras. „Ich sehe da gar keinen so großen Unterschied zwischen Klatschgeschichten einst und jetzt, es hat sich allenfalls das Medium geändert. Anders sieht die Situation aus, wenn das Internet dazu beiträgt, dass Informationen aus Ländern zu uns dringen, deren Regierungen das aktiv verhindern wollen. Es

wird aber auch da nicht reichen, ein paar Twitter- oder Blogeinträge abzuschreiben.“

Allerdings gibt es eine Hierarchie zwischen Print und Online, auf die Julia Pühringer aufmerksam macht: „Bei seriösen Online-Medien müssen Storys allerdings noch ganz andere Dinge können als „offline“ – sie müssen schneller geschrieben werden, öfter mutiert, Zusatzquellen müssen recherchiert, Hintergrundberichte angelegt, Bilder ausgesucht werden – Online-Journalisten sind quasi die eierlegenden Wollmilchsäue ihrer Berufsgruppe. Sie recherchieren und schreiben die Geschichte, oft produzieren sie gleichzeitig noch die Fotostrecken und zwei Videos selbst. Dafür werden sie allerdings wesentlich schlechter bezahlt.“

Dieses Problem brennt auch Franz C. Bauer unter den Nägeln: „Die sozialen Verhältnisse, speziell für junge Menschen, die am Anfang ihrer Karriere stehen und noch in einer schwachen Position sind, haben sich verschlechtert. Obwohl sie genau die gleichen Leistungen wie ihre Print-KollegInnen erbringen, werden sie eklatant schlechter bezahlt. Dieses Unrecht zu bekämpfen wird in Zukunft ein Schwerpunkt gewerkschaftlicher Arbeit sein.“ Leider ist das nicht so einfach, denn es gibt so manchen Trick, der zur Anwendung gelangt. „Die Lösung gegen Verletzungen des Kollektivvertrags wären branchenübergreifende Verträge“, so Bauer.

„Die Schnelligkeit des Internets bringt natürlich schon einen Optimierungsdruck, es ist ein ähnlicher Prozess, wie bei den Finanzmärkten, die in einem Tempo agieren, das es früher nicht gegeben hat, mit den bekannten Resultaten“,

sagt Voigt. „Dieser Druck wird auch im Medienbereich auf dem Rücken der ArbeitnehmerInnen ausgetragen.“ Und er ergänzt: „Das System ist zu komplex, man kann und sollte die Probleme nicht auf das Internet schieben. Viel schlimmer ist, dass es keine echten öffentlich-rechtlichen Medien mehr gibt, keine Parteizeitungen, keine etwaigen unterschiedlichen Standpunkte, wenig journalistische Breite, also kaum etwas, was aus der bestehenden Strukturlogik ausbricht, wo alles Marktprozessen unterworfen ist.“

## Strukturwandel im Gange

Voigt urgiert bei Gewerkschaften, und zwar nicht nur im journalistischen Bereich, dass sie „den Kapitalismus im Mediensystem von sich aus ansprechen sollten, das wird zu oft unter den Teppich gekehrt, und sie sollten aktiver sein, nicht nur verteidigend“. Schließlich ist er sich sicher, dass „ein Strukturwandel im Gange ist, an dessen Anfang wir stehen und von dem man noch nicht sagen kann, wie lange er dauern wird, und wie er genau aussehen wird. Nur eines kann man schon sagen: Immer mehr Menschen haben vom Bestehenden die Nase voll.“

Internet:

JournalistInnengewerkschaft  
[tinyurl.com/64dktyl](http://tinyurl.com/64dktyl)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
 an den Autor  
[dinomail@gmx.at](mailto:dinomail@gmx.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Politisch verlorene Jugend ...?

*Was sind die Gründe dafür, dass das politische Desinteresse der Jugendlichen so erschreckend hoch ist, und das seit Jahren.*

**Autor: Karl Kollmann**

*Stv. Leiter der Abteilung Konsumentenpolitik der AK Wien*

**S**eit Jahren zeigt sich in den Sozialforschungsdaten ein düsteres Bild. Die Erwachsenen sind in Österreich wenig an Politik interessiert. Nur rund zehn Prozent, also jeder Zehnte unter uns, sind ausgeprägt an politischen Fragen interessiert, so die Daten aus dem Jahr 2010. Die Zahlen schwanken über die Jahre kaum. Bei der Jugend fällt das politische Interesse jedoch nahezu gegen null: Nur vier Prozent der 14- bis 29-Jährigen interessieren sich für politische Fragen nachdrücklich, der Rest, also praktisch alle, ist argwöhnisch, skeptisch und desinteressiert.

Kein Interesse an der heute gebotenen Politik, „weil meistens kommt eh nichts raus“ oder „sie machen eh, was sie wollen. Oder sie sagen sie machen was, und machen's eh nicht“, sagen junge Leute (Institut für Jugendkulturforschung: Passive DemokratInnen, Wien 2011).

## Was hat sich da ereignet?

Am besten zeigt sich vielleicht die Veränderung, die in den letzten zwanzig, dreißig Jahren eingetreten ist, an der Einstellung zur Werbung. Waren in den Siebzigerjahren noch rund 70 Prozent der Jugend skeptisch der Werbung gegenüber eingestellt (Stichwort: „die wollen mir nur was verkaufen“), so sind es in den vergangenen Jahren rund 70 Prozent, die Werbung prinzipiell gut und sympathisch finden. Das ist die Jugend – und wie sind die Erwachsenen?

Die Menschen sind, ohne es zu merken, in eine Konsumgesellschaft hineingeraten, die ihr Muster in den USA hatte. Selbstverwirklichung und Individualisierung verlagert sich dabei aus der Sphäre der Erwerbsarbeit und der Familie in den Konsumbereich. Was zählt ist das neue Auto, der neue Fernseher, das neue Smartphone, und das eigene Leben soll möglichst mühelos, abwechslungsreich und ereignishaft sein. Abenteuer, Spaß, Erlebnisse sind wichtig. Sieht man etwas, das gefällt, dann möchte man es auch gleich haben: jetzt. Aufschub, Sparen, verzögerte Belohnung ist völlig unattraktiv. Es ist das Ideal der amerikanischen Konsumgesellschaft, auf das die Menschen seit Jahrzehnten von der Werbung und den Medien eingeschworen werden – auch die wirtschaftlich Schwachen, die sich naturgemäß schwer tun hier mitzuhalten. Und: Die jungen Menschen kennen gar keine andere Wirklichkeit.

Eine ganz wichtige Sache für den Menschen heute ist soziale Anerkennung. Anerkennung bekommen, das heißt, man „gehört dazu“ (SozialforscherInnen bezeichnen das als „Inklusion“). Kinder im Kindergarten oder in der Schule finden Aufmerksamkeit und Anerkennung durch interessante Sachen, die sie besitzen, Freizeitbeschäftigung und Urlaube. Soziale Anerkennung (in der persönlichen Umwelt, im eigenen Milieu) ist ganz wesentlich für persönliche Identität: Man zeigt den anderen und damit auch sich selbst, dass man dazugehört.

Durch Werbung bekannter Dinge, vor allem mit einprägsamen Marken,

verschaffen sich vor allem Jugendliche Anerkennung. Kinder und Jugendliche wiederholen dabei das Verhalten der Erwachsenen, die ihnen eine starke Konsumbezogenheit vorleben. Und mehr noch, Eltern unterstützen es oft auch, da ein weitverbreitetes Motiv von Eltern ist, dass es ihr Kind besser haben soll und auch nicht allzu sehr unter wirtschaftlicher Enge leiden soll. Dazu kommt demonstrativer und erlebnisorientierter Konsum.

Der zieht sich durch alle Schichten und Einkommensverhältnisse. „Selbst junge Menschen, denen es materiell noch schlechter geht als (...) und die sich bereits in jungem Alter darauf eingestellt haben, ein Leben in Langzeitarmut zu führen, lassen sich die Koketterie mit den schillernd-bunten Konsumwelten nicht verbieten.“ (Beate Großegger, 2010)

## Virtuelle Wirklichkeiten

Erlebnis, Abwechslung und Thrill gibt es heute neben dem Fernsehen und dem Internet auch in den sogenannten sozialen Netzwerken wie facebook. „Ich muss alle paar Minuten facebooken, weil sonst is zu fad“, so eine 13-jährige Schülerin zu ihrer Lehrerin kürzlich im Zug auf einem Schulausflug, mit dem iPhone in der Hand. In der typischen (auch nicht-migrantischen) Schülersprache heute: „Gemma Billa?“

Der Betrachter fragt sich natürlich, braucht ein Kind tatsächlich ein iPhone, um während der Schulzeit seiner Facebook-Sucht nachgehen zu können? Sieht man sich traditionelle Jugendstu-





Die Zahlen schwanken über die Jahre kaum. Bei der Jugend fällt das politische Interesse jedoch nahezu gegen null: Nur vier Prozent der 14- bis 29-Jährigen interessieren sich für politische Fragen nachdrücklich, der Rest, also praktisch alle, ist argwöhnisch, skeptisch und desinteressiert.

dien an, die nicht in die Tiefe gehen, etwa den aktuellen „Jugendmonitor“ des BMWFJ, so zeigen sich paradoxe Einstellungswelten. 70 Prozent sagen, bei Problemen gehen sie zu ihren Eltern, zugleich sagen aber 69 Prozent, sie besprechen Probleme mit ihren Freunden, statt mit den Eltern. 67 Prozent sagen, die Erwachsenen verstehen Jugendliche nicht, und ebenso 67 Prozent, meine Eltern verstehen sehr gut, wie ich fühle und denke.

Auf diese paradoxe, ja nahezu schizoide Haltung haben die Medien nicht hingewiesen, als die Studie kürzlich präsentiert wurde, die waren bloß erschreckt davon, dass 55 Prozent der Mädchen Hausfrau und Mutter sein möchten, wenn der Partner genug verdient.

## Desorientierung

„Die heutige Jugend lebt in einer seltsamen Gleichzeitigkeit von Mangel und Überfluss: einem Mangel an Sicherheit und Orientierung und einem Überfluss im Sinne einer unübersichtlichen Vielfalt an Möglichkeiten.“ (Institut für Jugendkulturforschung: Jugend zwischen Mangel und Überfluss, Wien 2009) Schlechte Arbeitsplatzaussichten, dann die Bedrohung durch die elterliche Tretmühle, die Krise des Wohlfahrtsstaates, das Leben in einer Migrationsgesellschaft, Konsumüberfluss bis zum Terror. Leben mit mehr sexueller Freizügigkeit als früher, aber vielen anderen Tabus, das sind die Eckpunkte für eine teils angepasste, teils überbrave, vor allem aber unkritische, nicht gut artikulationsfähige und poli-

tisch abwesende Jugend. Dass man sich in so einer Situation zurückzieht und als passiver Konsument alles aus Distanz im Fernsehen ansieht oder im Internet über Belanglosigkeiten chattet, ist irgendwo verständlich.

## Empathie-Verlust

Noch dazu, da in den vergangenen Jahren den jungen Leuten Empathie abhanden gekommen ist, wie aktuelle Forschungsarbeiten in Nordamerika zeigen. Empathie, das ist nicht nur die Fähigkeit, die Gefühle und die Denkweise von anderen Menschen zu verstehen, sondern sich selbst auch mit den Augen des Gegenübers zu sehen.

Wo diese Fähigkeit verloren geht, macht sich Egoismus, Narzissmus und eine Art sozialer Verwahrlosung breit. Der Grund für diesen erschreckenden Empathie-Verlust, so die Studie, sind konsumtive Beziehungshaltungen bei den Jugendlichen, eine zunehmende virtuelle, nämlich Internetkommunikation, die völlig oberflächlich bleibt, viele oberflächliche Handytelefonate und ein Rückzug aus der Öffentlichkeit ins Private.

Gehen wir auf Facebook, sagen heute die Berater und Presseleute von PolitikerInnen. Dort sind die Jungen, und wenn wir dort sind, haben wir die auch wieder erwischt. Aber: „Nach Ansicht der ‚Generation Facebook‘ kommunizieren PolitikerInnen auf Facebook an der Zielgruppe Jugendliche vorbei.“ Denn die empfinden das als Anbiederung, als billigen Werbegag, der Dialog ist „gefakt“, „ich halte es eher für lächer-

lich“, sagen die Jugendlichen. (Institut für Jugendkulturforschung: Passive DemokratInnen, Wien 2011)

Und tatsächlich, wenn man sich hier das Gesülze ansieht, das Facebook-Befragte oft veranstalten, wird klar, dass zwar Geld in den Sand gesetzt, aber die Jugend kein bisschen zur Freude an der kritischen Gestaltung von Politik, also ihrer eigenen Zukunft, angeregt wird.

Internet:

Beate Großegger:

„Meine Lieblingsbeschäftigung ist fernsehen und ich schlafe ab und zu auch gern.“ Medien und Konsumwelten von Kindern und Jugendlichen in sozialen Randlagen. In: m&z (Medien und Zeit) 1/2010, S 28–38.

BMWFJ: Jugendmonitor, Mai 2011.

[tinyurl.com/6dfpym5](http://tinyurl.com/6dfpym5)

Karl Kollmann, Alexander Unger:

Kaufsucht in Österreich – 2010.

Bericht zur siebenten österreichischen Kaufsuchtgefährdungstudie. Materialien Konsumentenpolitik 1/2010, Wien 2010.

[www.arbeiterkammer.at](http://www.arbeiterkammer.at)

Die Studien des Instituts für Jugendkulturforschung sind auf [www.jugendkultur.at](http://www.jugendkultur.at) einsehbar.

Phys.org: Empathy: College students don't have as much as they used to, May 27, 2010.

[www.physorg.com/news194201935.html](http://www.physorg.com/news194201935.html)

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor

[karl.kollmann@akwien.at](mailto:karl.kollmann@akwien.at)

oder die Redaktion

[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Wenn Frauen sich ändern, ändert sich alles!

*Dieser Ausspruch von Naomi Wolf trifft auf die arabische Welt besonders zu.*

Autorin: Dagmar Gordon  
Freie Journalistin

**A**m Tahrir-Platz in Ägyptens Hauptstadt hat etwas stattgefunden, was vorher im öffentlichen Raum schier undenkbar gewesen ist: Junge Männer und Frauen verbrachten Nächte gemeinsam, wachten, schliefen, lebten und arbeiteten Seite an Seite. Gleichberechtigt und auf Augenhöhe. Auf Twitter und Facebook sind sie aktiv wie nie zuvor, und sie sind nicht auf den rollenden Zug der Revolution aufgesprungen, sondern sie waren es, die die Treffen der Jungen organisierten, twiterten und bloggten und den Unzufriedenen so ein mächtiges Sprachrohr verschafften.

## Die treibende Kraft der Revolution

Sie waren – allen voran in Ägypten – die treibende Kraft hinter der kulturellen Revolution. Das kam nicht von ungefähr: Vor zwei Generationen noch waren die Frauen in Ägypten in überwiegender Zahl schlecht oder gar nicht ausgebildet. Kaum eine genoss eine universitäre Bildung. Das hat sich still und leise geändert: Heute sind mehr als die Hälfte, der in Ägypten studierenden, Frauen. Naomi Wolf: „Sie werden ausgebildet, um Macht in einer Art und Weise auszuüben, von der ihre Großmütter nur träumen konnten: Sie fungieren als Zeitungsherausgeberinnen, initiieren Kampagnen um die Führung in der Studierendenbewegung, organisieren Spendenaktionen und halten Konferenzen ab.“

Besonders die sozialen Medien haben es Frauen ermöglicht, ihre Führungsrolle wahrzunehmen: Scheuen sie im realen Leben (noch) vor der Rolle der Sprecherin, der Anführerin zurück, so können sie im WWW zu starken Führungspersönlichkeiten werden.

## Kampf gegen das Patriarchat

Die Bloggerinnen bestimmen so auch das Bild mit, das sich der Westen von der arabischen Revolution macht: Für Fatma Emam ist der Kampf gegen die Diktatur auch ein Kampf der Ägypterinnen gegen das Patriarchat. Auf ihrem Blog „Brownie“ beschreibt sie den Konflikt in ihrer eigenen Familie, die sie daran hindern wollte an den Protesten am Tahrir-Platz teilzunehmen. Doch nicht einmal die Drohung, sie von ihrem Heim zu verstoßen, konnte sie aufhalten. Sie war nicht die einzige Frau die es so empfand, wie sie es stellvertretend für viele auf ihrem Blog schrieb: „Die Revolution findet nicht nur auf dem Tahrir-Platz statt, sondern in jedem ägyptischen Haus.“

Doch die Revolution in Ägypten – und mittlerweile auch in anderen arabischen Ländern – ist nicht ausschließlich eine der ganz Jungen. Salwa Bakr, eine renommierte ägyptische Autorin beschreibt die Stimmung bei den Demonstrationen so: „Der Platz war von unzähligen Sicherheitskräften umzingelt. Irgendwo hier musste auch mein achtzehnjähriger Sohn sein. Trotz des Gedränges erkannte ich Dutzende aus meiner Generation. Wir, die an den Studentenprotesten von 1972 teilnahmen, die die Befreiung des Sinai von der isra-

elischen Besatzung und bessere Lebensbedingungen für die arme Bevölkerung forderten. Verblüfft stand ich da und konnte es kaum fassen, dass sich Ägypten noch einmal erhebt, nach Freiheit und Brot verlangt und sich dem schlimmsten Regime seiner neuen Geschichte zu entledigen sucht.“ Salwa Bakr findet auch einen Grund für die starke Beteiligung der Frauen in der ägyptischen Revolution: Viele Tausend Frauen gingen auf die Straße. Frauen, die in dieser Revolution unbedingt vertreten sein wollten, nicht zuletzt, weil sie unter dem alten Regime herbe Rückschläge bei bereits Anfang des 20. Jahrhunderts erzielten Errungenschaften erleiden mussten. Wie etwa das Recht auf Bildung und das Recht auf Arbeit.“

## Internetradio aus Jordanien

Auch in den neuen Internetradios spielen junge, gut ausgebildete Frauen eine entscheidende Rolle: Seit Beginn der 1990-Jahre boomen Onlinemedien im Nahen und Mittleren Osten. Die meisten von ihnen sind vor allem am Geldverdienen interessiert und senden daher Werbejingles und fetzige Musik. Doch einzelne Sender berichten auch kritisch über die Vorgänge in den Heimatländern und nehmen so eine wichtige Rolle in der Information der Demokratiebewegungen ein: Denn die staatlichen Sender sind in allen arabischen Ländern mehr oder weniger der Zensur unterworfen. Pionierarbeit leistet der Sender „Al-Balad-AmmanNet“ aus der jordanischen Hauptstadt Amman. Er wurde bereits im Jahr 2000 als Internetradio von dem palästi-

**Vor zwei Generationen noch waren die Frauen in Ägypten in überwiegender Zahl schlecht oder gar nicht ausgebildet. Kaum eine genoss eine universitäre Ausbildung. Das hat sich still und leise geändert: Heute sind mehr als die Hälfte der in Ägypten Studierenden Frauen.**



nensischen Journalisten Daoud Kuttab gegründet und ist seit 2005 auch auf einer UKW-Frequenz zu hören. Anders als andere Sender muss „Al-Balad-Amman-Net“ nicht über Werbungen Geld und Gewinne einspielen: Das Geld für den Radiobetrieb kommt von verschiedenen internationalen Organisationen, etwa der **George-Soros-Stiftung**, der Europäischen Union, der SPD-nahen **Friedrich-Ebert-Stiftung** und anderen Organisationen. Der erfolgreiche Sender nutzte eine Gesetzeslücke, um via Internet on Air zu gehen. Und er sendete, anders als andere Medien, vor allem Nachrichten über Ereignisse, die die Menschen in ihrem täglichen Leben persönlich betreffen.

### Wie kann sie nur mit Männern reden?

Das journalistische Kerngeschäft bei Radio „Al Balad“ besorgen professionelle ReporterInnen. Sie werden in Eigenregie ausgebildet. So wie die ehemalige Arzthelferin Asma Rajaa. Die 26-Jährige verantwortet heute zusammen mit einer Kollegin eine wöchentliche Sendung mit Reportagen aus dem Jordantal. Asma Rajaa: „Wenn ich Interviews gemacht habe, hieß es immer: Was für eine Schande! Wie kann sie nur mit Männern reden? Zum Glück hat meine Familie zu mir gehalten. Aber unter dem Gerede haben sie ziemlich gelitten. Ich war halt die erste Journalistin im Dorf.“ Asa Rajaa und ihre Kollegin Munira Shattia berichten über alles was wichtig ist: schlechte Schulen, fehlende öffentliche Verkehrsmittel, Kindstötungen und Menschenhandel. Durch ihre Recherche wurde vor kurzem ein korrupter Bürgermeister ihrer Region

überführt und tatsächlich entlassen. Anders als in Ägypten und anderen arabischen Ländern, spielten selbstbewusste Frauen in Tunesien schon lange eine wichtige Rolle: Dort ist die Gleichberechtigung weit fortgeschritten, Frauen stellen ein Drittel der Anwälte im Land, Abtreibungen wurden früher als in den USA legalisiert. Die Beteiligung zahlreicher Frauen an den Protesten war daher selbstverständlich.

Eine der wichtigsten Quellen zu den Protesten in Tunesien ist die Bloggerin Lina Ben Mhenni (atunisiangirl.blogspot.com). Sie reiste durch das Land, fotografierte die Toten und die Zerstörung und schrieb darüber auf Arabisch und Französisch, einige Beiträge sind sogar auf Englisch und Deutsch erschienen. Außerdem setzt auch sie sich speziell für Frauen ein, berichtet darüber, dass die Frauenrechte zwar gesetzlich garantiert, im politischen Leben aber nicht verwirklicht sind, und stellt andere Feministinnen vor. Tunesische Feministinnen blicken allerdings besorgt in die Zukunft ihres Landes. Sie befürchten eine Einschränkung der Frauenrechte, sollten sich nach den Wahlen im Juli islamische Kräfte durchsetzen. Anne Emmanuèle Hassairi von der feministischen NGO Association Tunisienne des Femmes Démocrates ist besorgt, was die Zukunft für tunesische Frauen bringen wird. Sie nennt als Beispiel das Recht auf Schwangerschaftsabbruch, über das die Frauen in Tunesien seit 1973 verfügen, das aber derzeit untergraben werde. „Einige Kliniken haben den medikamentösen Schwangerschaftsabbruch eingestellt, der im Jahr

2009 noch 55 Prozent aller registrierten Schwangerschaftsabbrüche ausmachte“, sagt Hassairi. Auch in einem Land, das bislang keine nennenswerte Demokratiebewegung hervorbrachte tut sich etwas: In Saudi-Arabien demonstrierte Manal al-Scharif am 26. Mai durch Fahren mit dem Auto ihren Wunsch nach Veränderung und Entwicklung und landete dafür prompt im Gefängnis.

### Chefredakteurin im Jemen

Der jüngste Hotspot in Sachen Demokratisierung dürfte der Jemen sein. Auf den Videos aus Sanaa sind zwar noch sehr selten Frauen zu sehen, und wenn dann streng verschleiert, die junge Chefredakteurin der „Yemen Times“, Nadia Al-Sakkaf berichtet aber bereits seit 2005 kritisch über die Vorgänge in ihrem Land und ist auch ein Sprachrohr in der Welt für ein Land, das gerade „ein Erdbeben“ erlebt.

Frauen spielen in diesen Bewegungen eine maßgebliche Rolle, und es bleibt zu hoffen, dass sie auch in nachrevolutionären Zeiten sichtbar bleiben.

Internet:

Mehr Infos in folgenden Blogs:

[www.leilzahra.net](http://www.leilzahra.net)

[atunisiangirl.blogspot.com](http://atunisiangirl.blogspot.com)

[egyptianchronicles.blogspot.com](http://egyptianchronicles.blogspot.com)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin

[d.gordon@ideenmanufactur.at](mailto:d.gordon@ideenmanufactur.at)

oder die Redaktion

[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



# Hilflosigkeit im Überfluss

*Die Hilfsindustrie boome, meldet der deutsche „Stern“. Helfen sei ein Geschäft – und was für eins.*

Autorin: Gabriele Müller  
Freie Journalistin

**U**nter dem Titel „Die Hilfsindustrie – das lukrative Geschäft mit der Hilfe“ rechnet der Autor Walter Willenweber vor, dass die deutsche Wohlfahrtsbranche zwei Millionen Menschen beschäftige, siebenmal so schnell wie die restliche Volkswirtschaft wachse und jeden sechsten Steuereuro verbräuche. Nicht erklärbar sei, woher die steigende Nachfrage käme, da sich unter anderem Medizin und Gesundheit der Menschen verbessert hätten. Ständig sei die Branche auf der Suche nach neuen Hilfebedarfsfeldern, beklagt das Magazin. Fraglich wäre, ob die Hilfebedürftigkeit mit dem rasanten Wachstum der Hilfen mithalten könne. ... Hilfe!, kann man da nur sagen: Gehen uns jetzt auch die Hilfsbedürftigen aus?

## Boomender Sozialbereich

Tatsächlich ist auch in Österreich der Sozialbereich, gemessen an der Zahl der Beschäftigten, der wichtigste Teilbereich des sogenannten Non-Profit-Sektors. Die nicht-gewinnorientierten Vereine und Organisationen leisten Arbeit für Kinder und Jugendliche, Behinderte, MigrantInnen, Pflegebedürftige, Hilfe zur Selbsthilfe, Flüchtlinge, Obdachlose, Gewaltopfer, Spielsüchtige und viele andere mehr.

Sie leisten Entwicklungshilfe oder sind bei Katastrophen und anderen Notfällen zur Stelle. Primäres Ziel ist die Verwirklichung von definierten Sachzielen im jeweiligen Bereich. Per se geht es also um die Steigerung des Gemein-

wohls, nicht um den Zuwachs privater Gewinne. Die Abzweigung von Spendengeldern für die eigene Tasche oder fragwürdige Projekte liegen nicht von vornherein in der Natur der Sache.

Auch die Steigerung des persönlichen Mehrwerts im sogenannten Charity-Betrieb ist ein anderes Kapitel. „Bei Charity blitzt manchmal eine grausame Dummheit auf“, schreibt der Philosoph **Franz Schuh** in seinem Buch „Hilfe! Ein Versuch zur Güte“. „Ein Zynismus, der in den Spielen der Bessergestellten zum Ausdruck kommt. Charity als gesellschaftliche Veranstaltung bietet einen Einblick in die Charaktere von Menschen, die, wenn sie wollen, spenden können.“ Ob sie sich etwas Charitymäßiges vorstellen könne, wurde Fiona gefragt, zitiert Franz Schuh einen Society-Magazin-Bericht über die Gattin eines Ex-Ministers. „Ja! Für Tiere und kleine Kinder.“

Selbst die Beiträge von Superreichen, meinte der Armutsexperte Martin Schenk zum Thema „Geben und Nehmen“, könne nur einen kleinen Teil zu mehr Verteilungsgerechtigkeit beitragen. Wichtiger wäre ein Beitrag zum Sozialsystem über Steuern der obersten zehn Prozent einer Gesellschaft. Hier habe Österreich den Weg eingeschlagen, die Reichen zu schonen. Nicht ausreichend gewürdigt werde auch, so Schenk, dass Sozial- und Hilfsorganisationen ein wichtiger volkswirtschaftlicher Faktor sind. So beschäftigt allein die Caritas Österreich 10.835 hauptberufliche MitarbeiterInnen und über 27.000 ehrenamtlich Engagierte. Insgesamt zahlt die Caritas jährlich rund 2,5 Millionen

Euro Soforthilfe an bedürftige Menschen aus.

Wozu Caritas, wenn es den Sozialstaat gibt? – lautet eine der Frequently Asked Questions. „Wir spüren, dass dem Sozialstaat finanzielle Grenzen gesetzt sind. Ohne freiwillige Initiativen, ohne private oder kirchliche Hilfe gäbe es längst keinen finanzierbaren Wohlfahrtsstaat mehr“, heißt die Antwort. ([www.caritas.at](http://www.caritas.at))

Im April des Jahres rief die Berufsvereinigung von Arbeitgebern für Gesundheits- und Sozialberufe (BAGS) via facebook zur „sozialen Landesverteidigung“ auf. „Wenn heuer 12,5 Millionen Euro allein für den Grenzeinsatz des Bundesheeres ausgegeben werden, müsse auch die Frage erlaubt sein, wie viel Österreich eine soziale Landesverteidigung wert ist“, argumentierte Wolfgang Gruber, Vorstandsvorsitzender der BAGS, die 272 Sozialunternehmen mit rund 80.000 ArbeitnehmerInnen vereinigt.

## Arme Sozialbranche

Die Sozialbranche stehe heute mit dem Rücken zur Wand, klagen die VertreterInnen von BAGS. Sie könne die betreuten Menschen nicht mehr vor den immer massiver werdenden Einsparungen abschirmen. „Im Verteilungskampf um immer knapper werdende Budgets haben Pflegebedürftige, Behinderte und sozial Benachteiligte die schwächste Position“, meinte BAGS-Chef Gruber angesichts der Folgen der Budgetkürzung um 2,6 Prozent für den Bereich Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie. Massive Probleme in den Bundesländern zeigten be-

reits konkrete Auswirkungen. So fehlen dem Sozialreferenten in Oberösterreich 24 Millionen Euro zur Finanzierung des bisherigen Leistungsumfanges. Der Verein zur Betreuung psychisch Kranker „pro mente“ musste aufgrund von Budgetkürzungen 34 MitarbeiterInnen kündigen. Neben der hohen beruflichen Belastung sehen die Trägerorganisationen auch den Spardruck bei den MitarbeiterInnen. „Sie, die eigentlich ihren KlientInnen Stütze und Sicherheit geben sollten, sind selber immer öfter ausgebrannt“, schildert Erich Fenninger, Geschäftsführer der Volkshilfe Österreich. Die Kündigungen seien ein niederschmetterndes Signal. Dabei gilt doch die Sozialwirtschaft als Wachstumsbranche der Zukunft und Arbeitsplatzmotor. Investitionen in den sozialen Sektor hätten höhere Wertschöpfungseffekte als das Bauwesen und fast dieselben wie der Tourismus, berichten Fachleute.

### Geschäft mit der Hilfe

„Für die Privatwirtschaft ist die Sozialwirtschaft ein noch zu erschließender Wirtschaftszweig mit enormem Beschäftigungs- und Wachstumspotenzial“, schreibt Kathrin Anderson, Absolventin der deutschen Fundraising-Akademie 2007 in ihrem Bericht „Wer zahlt bestimmt. Oder: Die Privatisierung der Wohlfahrt“. Fundraising-Aktivitäten setzen dort ein, wo sich der Staat zurückzieht. Betroffen sind weite Teile des Wohlfahrtssektors, Hochschulen, Kultureinrichtungen, Weiterbildungsträger, Entwicklungsdienste und viele andere. „Das Terrain der Hilfeleistungen wird zu einem ideologisch verminten Gebiet. Schließlich wird über die Definition von ‚Armut‘ und ‚Reichtum‘ auch über die sozioökonomische Struktur und die Machtverteilung einer Gesellschaft verhandelt“, meinte Armutsforscher **Christoph Butterwegge** beim Europaforum der Caritas im Mai 2010.

Die Erbringung sozialer Dienste, etwa die Pflege, ist eine bereits in Kennziffern erfasste Ware, die – ginge es nach den Verfechtern des freien Marktes im Sozialwesen – ebenso gut oder effizienter von gewinnorientierten Unternehmen statt von Caritas oder anderen professionellen Hilfsorganisationen er-

bracht werden kann. Bei diesem „Outsourcing“ zur Disposition gestellt wird das traditionelle **Subsidiaritätsprinzip**. Dieses sieht bei der Erbringung gemeinnütziger Dienstleistungen (bei weitgehend staatlicher Förderung der Träger) den Ausschluss von gewinnorientierten Unternehmen vor.

Die sozialen Sicherungssysteme, beklagt Armutsforscher Butterwegge, würden zunehmend marktbetriebswirtschaftlichen Leistungs- und Konkurrenzdenken unterworfen. Wie Unternehmen sollen sie nach größtmöglicher kaufmännischer Effizienz streben. Ihr eigentlicher Zweck, Menschen in schwierigen Lebenslagen zu helfen, tritt zurück. Der Zerfall des Gemeinwesens in einen Wohlfahrtsmarkt und Wohltätigkeitsstaat ist die Perspektive, fürchtet der Experte.

„Ginge es nach den neoliberalen Kräften innerhalb der EU, würden die Bildungs-, Wissenschafts-, Kultur-, Umweltschutz- und Wohlfahrtseinrichtungen noch stärker als bisher vom Kommerz beherrscht bzw. von der Spendierfreude privater Unternehmen, Mäzene und Sponsoren abhängig gemacht. An die Stelle des Sozialstaates träte quasi ein Staat der Stifter, privaten Spender und Sponsoren.“

Laut Stimmungsbarometer 2009 der Non-Profit-Akademie wird die Finanzierungssituation im NPO-Sektor allgemein negativ eingestuft. Es bestünde die Gefahr der Instrumentalisierung seitens der GeldgeberInnen durch die Schaffung von Abhängigkeiten.

SarkastikerInnen der Branche erkennen durchaus politischen Hintersinn darin, dass dem Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung (2010) das Europäische Jahr der Freiwilligenarbeit folgt.

Internet:

Europäisches Jahr der Freiwilligenarbeit 2011:  
[www.freiwilligenweb.at](http://www.freiwilligenweb.at)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[gabriele.mueller@utanet.at](mailto:gabriele.mueller@utanet.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



„Bei Charity blitzt manchmal eine grausame Dummheit auf“, schreibt der Philosoph Franz Schuh in seinem Buch „Hilfe! Ein Versuch zur Güte“. „Ein Zynismus, der in den Spielen der Bessergestellten zum Ausdruck kommt. Charity als gesellschaftliche Veranstaltung bietet einen Einblick in die Charaktere von Menschen, die, wenn sie wollen, spenden können.“

# Betriebsrat in Europa

*Über 15.000 BetriebsrätInnen sind in EBRs tätig. Sie stellen sich stetig neuen Anforderungen im interkulturellen Dialog oder im Umgang mit neuen Technologien.*

**Autor: Mario Becksteiner**

*Betriebsrat des wissenschaftlichen Personals  
der UNI Wien*

**1** 994, nach Jahrzehnten politischer Auseinandersetzungen beschloss am 22. September der Ministerrat der EU die Richtlinie 94/45/EG, was die rechtliche Basis zur Einsetzung eines Europäischen Betriebsrates (EBR) darstellte. Sukzessive wurde die europäische Richtlinie in nationales Recht der Mitgliedsstaaten implementiert. 1996 erfolgte der erste große Schub der Implementierung, bei dem auch Österreich dabei war. Großbritannien folgte mit Verspätung erst im Jahr 2000 und obwohl kein Mitgliedsland der EU verabschiedete auch Norwegen diverse Begleitgesetze, die die Einrichtung eines Europäischen Betriebsrates erlauben. Mit der Osterweiterung der EU fanden die gesetzlichen Bestimmungen zum EBR auch Einzug in den Rechtsbestand der Erweiterungsländer.

## Dynamische Entwicklung

Seither war die Entwicklung der EBR dynamisch. Sowohl auf Ebene der Weiterentwicklung der rechtlichen Standards als auch in Fragen der Neugründung von EBRs können erfreuliche Prozesse beobachtet werden. 2007 existierten in 840 Unternehmen ein EBR, das ist ein Drittel aller in Frage kommenden Betriebe in Europa. Über 15.000 BetriebsrätInnen sind europaweit in EBRs tätig. 2009 wurde eine Revision der EBR-Richtlinie durch den Ministerrat beschlossen. Dem ging ein zähes Ringen mit den Vertretern

der Industrie- und ArbeitgeberInnenverbände (BusinessEurope) voraus. Kernanliegen des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) waren die Steigerung der Rechtssicherheit, der Wirksamkeit von Informations- und Konsultationsrechten sowie die Anwendbarkeit und Kohärenz des Rechtsbestandes. Zwar wurden nicht alle Forderungen des EGB umgesetzt, trotzdem stellte die Revision einen wichtigen Schritt in Sachen Effizienzsteigerung der EBRs dar.<sup>1</sup>

Doch die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Aneignung der Rechtsbestände sind nur eine Seite der Medaille. Die rechtlich abgesicherte Möglichkeit der Gründung eines EBRs garantiert noch lange nicht das Funktionieren eines solchen Gremiums.

Wird betriebsrätliche Vertretungsarbeit, gerade in Zeiten verschärften Standortwettbewerbs, der Dominanz neoliberaler Ideen und krisenbedingter Verunsicherung schon auf betrieblicher Ebene schwieriger, so stellen sich in einem transnationalen Vertretungsgremium noch einmal ganz neue Herausforderungen und Widersprüche, mit denen EBRs umgehen und entlang derer sie neue Fähigkeiten aufbauen müssen.

## Kulturelle Vielfalt

Betrachtet man Europa, so besteht der Kontinent aus unterschiedlichsten Kulturen. Nicht anders ist das mit den Gewerkschaften. Sozialpartnerschaftlich geprägte Kulturen existieren im europäischen Raum Seite an Seite mit arbeitskampforientierten Gewerkschaftskultu-

ren. In EBRs treffen all diese Kulturen aufeinander, was nicht immer konfliktfrei bleibt. In der Praxis müssen EBRs deshalb Wege der Zusammenarbeit finden, um mit Differenzen umgehen zu können, ohne dabei eine Gruppe zu benachteiligen. Bis zu einem gewissen Grad müssen EBRs hier neue Skills erlernen und gruppendynamisch auf Widersprüche reagieren.

## Standort versus Transnationalität

Doch die Widerspruchslinien konstituieren sich bei weitem nicht nur entlang kultureller Unterschiede. Durch die transnationalen Unternehmensstrukturen müssen EBRs den Balanceakt zwischen Standortinteressen und dem Fakt der transnationalen Zusammensetzung ihrer Belegschaften schaffen. Dies bedeutet ein aktives Arbeiten an einem Verständnis von transnationaler Solidarität nicht nur im EBR-Gremium, sondern auch an den nationalen Standorten, wo alle Mitglieder des EBRs auch den Interessen ihrer Standortbelegschaften verpflichtet sind.

Dieser Grundgedanke, den transnational operierenden Unternehmen eine ebenso transnationale Vertretungsstruktur der abhängig Beschäftigten entgegenzustellen, ist treibendes Motiv für viele BetriebsrätInnen, sich in EBRs zu engagieren. EBRs werden damit auch zu wichtigen Vernetzungsstellen nationaler (Teil-)Gewerkschaften. Die Einbeziehung betriebsbetreuender Gewerk-

<sup>1</sup> Vgl. dazu Greif Wolfgang (2009): Der Europäische Betriebsrat. Inklusive Ausführungen zur neu gefassten EBR-Richtlinie, Wien



## Sozialpartnerschaftlich geprägte Kulturen existieren im europäischen Raum Seite an Seite mit arbeitskampforientierten Gewerkschaftskulturen.

schaftssekretärInnen in die Arbeit von EBRs ist deshalb auch wichtiger Bestandteil.

Kurzum, EBRs müssen eine Virtuosität im Umgang mit ihren unterschiedlichsten Tätigkeitsebenen entwickeln.

### Neue Managementkulturen

Wie dringend notwendig die Organisation von transnational handlungsfähigen EBRs ist, zeigt die alltägliche Praxis dieser transnationalen Konzerne. In Permanenz werden neue Fusionen und Auslagerungen sowie Restrukturierungen in den Konzernzentralen beschlossen. Diese strategischen Entscheidungen passieren zumeist fernab der standortbezogenen Vertretungsstrukturen der ArbeitnehmerInnen. Damit entsteht eine nicht unbedeutende Vertretungslücke.

Diese permanenten Umbau- und Restrukturierungsprozesse von transnational operierenden Konzernen hängen ursächlich mit der Struktur der heutigen Ökonomie zusammen. Immer weniger zählt die kontinuierliche Entwicklung von Unternehmen als Orientierung für das Management, sondern die „marktgerechte Performance“, die angetrieben wird von der Logik der Finanzmärkte und des Share Holder Values. McKinsey & Company, eine der weltweit führenden Unternehmensberatungsfirmen, fasst dieses Leitbild einer neuen Management- und Unterneh-

menskultur in seinem Strategiebuch so zusammen: „Sie werden Meister der schöpferischen Zerstörung sein müssen – ausgelegt auf Diskontinuität und erneuerbar wie der Markt selbst.“<sup>2</sup>

Stefanie Hürtgen<sup>3</sup> zeigt in einer Studie zu EBRs, dass es dieser Trend der diskontinuierlichen Managementkulturen ist, der Kopfzerbrechen bereitet. Nicht nur führt dies zu einer massiven Verunsicherung der Belegschaften, sondern er stellt aus Sicht der Beschäftigten und der BetriebsrätInnen auch die größte Herausforderung dar. Durch den im Rahmen des EBRs rechtlich abgesicherten Zugangs zu Kennzahlen und Informationen aus den Konzernzentralen, können im Sinne eines Co-Managements durch die EBRs alternative Vorschläge erarbeitet werden, die vielleicht den Druck auf die Belegschaften etwas mildern können. Obwohl bisher keine Umkehrung des Trends geschafft wurde, können mithilfe von EBRs bessere Defensivstrategien erarbeitet werden.

### Vernetzung wird immer wichtiger

Dieser über alle Grenzen hinweg wahrgenommene Druck stellt die Basis her, durch die die vorhandenen Differenzen überwunden werden können.

Betrachtet man die aktuelle Entwicklung in Europa und die Debatte um EU-2020, dem Nachfolgeprojekt der Lissabon-Strategie, sowie die politisch anvisierte Verschärfung von Standort- und Wettbewerbskonkurrenz, wird es ersichtlich, warum europaweite Vernetzung und Solidarität auf Konzernebene immer wichtiger wird.

Diesem Gedanken folgend, entwickelte zum Beispiel die GPA-djp gemeinsam mit europäischen Partnern das Projekt „Empowerment & Networking of EWC-professionals“. Interkulturelle Kompetenzentwicklung und transnationale Kommunikations- und Netzwerkfähigkeit spielen in diesem Projekt eine herausragende Rolle.

### EBRs als Teil der Zivilgesellschaft

Mit dem Netzwerkgedanken wird auch eine weitere Dimension der EBRs stark gemacht. EBRs sind Teil einer entstehenden europäischen Zivilgesellschaft, die nicht nur auf betrieblicher Ebene wirkt, sondern über die Vernetzung mit europäischen EntscheidungsträgerInnen, zum Beispiel im Europäischen Parlament, wichtige Schnittstellen zwischen der politischen Macht und den Lebensrealitäten der Lohnabhängigen in Europa darstellen.

Internet:

EWC-Projekt der GPA-djp  
[blog.gpa-djp.at/ewcempowerment/project-info](http://blog.gpa-djp.at/ewcempowerment/project-info)

European Trade Union Conference  
[www.etuc.org](http://www.etuc.org)

European Trade Union Institute  
[www.etui.org](http://www.etui.org)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an den Autor  
[mario.becksteiner@univie.ac.at](mailto:mario.becksteiner@univie.ac.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

<sup>2</sup> McKinsey & Company/Foster Richard/Kaplan Sarah (2002): Schöpfen und Zerstören. Wie Unternehmen langfristig überleben; Frankfurt/Wien

<sup>3</sup> Hürtgen Stefanie (2008): Transnationales Co-Management. Betriebliche Politik in der globalen Konkurrenz; Münster

# Weißer Weste gesucht

*Sind Transparenz, Nachhaltigkeit und Bio kurzlebige Trends in der Mode, oder können kritische KonsumentInnen auf bleibende positive Veränderungen hoffen?*

Autorin: Astrid Fadler  
Freie Journalistin

**V**orher: Übermüdete, unterbezahlte TextilarbeiterInnen, die sechs Tage pro Woche jeweils bis zu 16 Stunden an den Nähmaschinen in stickigen, heißen Hallen sitzen; zum Teil verlassen sie ihren Arbeitsplatz nicht einmal zum Schlafen, sondern legen sich dort einfach auf den Boden. Sozialleistungen gibt es kaum, Gewerkschaften kennt man nur vom Hörensagen. Nachher: Der Wettbewerb um die kritischen KonsumentInnen ist voll im Gange, die Branche betont gekonnt kleine Verbesserungen Richtung Nachhaltigkeit oder soziale Verantwortung. Shirts aus Bio-Baumwolle finden sich mittlerweile sogar im Sortiment großer Textilketten.

## Todscheck

Im Herbst 2010 begann die Clean Clothes Kampagne (CCK) mit einer großen internationalen Kampagne gegen sogenannte Killer-Jeans: Beim Sandstrahlen, das Jeans den angesagten Used-Look verpasst, entsteht gesundheitsgefährdender feinsten Staub, der zur gefürchteten Lungenkrankheit Silikose führen kann. Die ersten in der Türkei bekannt gewordenen Silikosefälle waren zwei Jugendliche, die im Alter von 13 und 14 Jahren als Sandstrahler begonnen hatten und fünf Jahre danach an Silikose starben. Allein in der Türkei sind über 1.200 Erkrankungs- und 46 Todesfälle bekannt. Mittlerweile haben mehr als 20 Firmen die Sandstrahltechnik für ihre Produkte verboten. „Zwar ist es ein erster

## INFO & NEWS

### Made in Austria

Im Laufe der vergangenen Jahrzehnte hat die österreichische Textilindustrie viel an Substanz eingebüßt, Traditionsbetriebe mussten zusperren oder wurden von ausländischen Unternehmen übernommen. Allein in Vorarlberg sind seit 1960 mehr als 13.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Die Zahl der Textilbetriebe ist fast auf die Hälfte geschrumpft. Viele setzen heute vor allem auf technische Textilien, wie etwa Schläuche oder Gurte für die Auto- und Flugzeugindustrie, aber auch Medizintextilien. Als besonders zukunfts-trächtig gelten Smart Textiles wie lebensrettende Sensorbekleidung oder Wohntextilien, die die Farbe verändern können.

Im vergangenen April plädierte Gerald Kreuzer, zuständiger PRO-GE-Sekretär und Vizepräsident des Europäischen Gewerkschaftsverbandes Textil, Bekleidung, Leder (ETUC:TCL) für eine verpflichtende „Made in“-Kennzeichnung bei Textilien, nicht zuletzt um dem Trend zu fairen und regionalen Produkten gerecht zu werden: „Die KonsumentInnen sollen auch bei Bekleidungs- und Textilprodukten, mit denen man fast 24 Stunden am Tag in Berührung ist, nachvollziehen können, woher diese kommen.“ In den USA gibt es diese Kennzeichnungspflicht, beim ETUC:TCL (64 Gewerkschaftsverbände aus 32 Ländern) steht die entsprechende Forderung auf der Prioritätenliste.

[www.cleanclothes.at](http://www.cleanclothes.at), Firmen-Check für die Geldtasche (in Zusammenarbeit mit der AK Wien) gratis zu bestellen unter: [bestellung@cleanclothes.at](mailto:bestellung@cleanclothes.at)

Teilerfolg, dass viele Unternehmen ein öffentliches Sandstrahlverbot erlassen haben“, so Philip Doyle von Clean Clothes Campaign, „doch darf das Engagement nicht dort aufhören. Firmen müssen jetzt mit geeigneten Maßnahmen das Verbot lückenlos durchsetzen. Und sie müssen Verantwortung für bereits erkrankte ArbeiterInnen übernehmen. So weit geht bis jetzt noch kein Unternehmen.“ Alternativen zur gefährlichen Sandstrahltechnik gibt es: der Used- oder Vintage-Look kann auch mit Hilfe von Laserstrahlen erzielt werden, und die Universität Innsbruck hat kürzlich eine Paste entwickelt, mit der Jeans entsprechend gestylt werden können. Ein spezielles Label, damit Konsu-

mentInnen jene Jeans, die ohne Sandstrahltechnik produziert wurden, leicht erkennen können, gibt es allerdings nicht. Eine Firmenliste ist unter auf der Website von CCK abrufbar.

## Theorie und Praxis

Nicht immer können sich bewusste KonsumentInnen auf die Aussagen der Unternehmen verlassen: Der Discounter Lidl warb damit, Mitglied bei der **Business Social Compliance Initiative (BSCI)** zu sein, durch die bestimmte Sozialstandards bei den Lieferanten gesichert werden sollten. Eine 2010 veröffentlichte Studie der Clean Clothes Kampagne zeigte aber kla-



re Verstöße gegen die **ILO-Konventionen**, gegen den Verhaltenskodex von BSCI sowie gegen Lidl's eigenen Verhaltenskodex in vier Zulieferbetrieben in Bangladesch. Die befragten NäherInnen berichteten von überlangen Arbeitszeiten, Lohnabzügen als Strafmaßnahmen, mangelnden und intransparenten Vergütungen von Überstunden, Verhinderung von Gewerkschaftsarbeit sowie Diskriminierung von weiblichen Beschäftigten. Firmeneigene, nicht von unabhängigen Organisationen erarbeitete und überprüfte Verhaltenscodes sind zum Teil Flickwerk, weil wichtige Punkte wie etwa das Recht auf Gewerkschaften oft fehlen. Nicht selten werden diese Druckwerke dann weder in die jeweilige Landessprache übersetzt noch für die ArbeiterInnen sichtbar ausgehängt. Ob Versprechen gehalten werden, ist mitunter sehr schwer nachvollziehbar. Die Zulieferer der großen Firmen stehen unter großem Druck: Per Internet werden die Aufträge für ein Kleidungsstück manchmal innerhalb einer Stunde an den Billigstbieter vergeben.

In „Das neue Schwarzbuch Markenfirmen“ kritisieren die Autoren erneut, dass theoretisch positive Veränderungen sich auf die ArbeiterInnen unter Umständen negativ auswirken. Die Markenfirmen schmücken sich mit Verbesserungen, der (finanzielle) Druck, der dadurch entsteht, wird in der Regel an die kleinen Zulieferfirmen weitergegeben. Wer draufzahlt, ist dann das schwächste Glied der Textilkette, die ArbeiterInnen. Ähnlich verhält es sich im Übrigen bei Boykottmaßnahmen.

## 57 Unternehmen im Check

CCK bietet auf seiner Website einen Firmencheck, für den europaweit 57 Markenfirmen (Fashion & Outdoor) befragt wurden, was sie gegen Ausbeutung ihrer ArbeiterInnen unternehmen. Nur drei Unternehmen wurden als „fortgeschritten“ eingestuft. Der große Knackpunkt, wo so gut wie alle Unternehmen Zusagen verweigern, ist die Bezahlung. Natürlich ist es schon ein Fortschritt, wenn Firmen zusichern, ihren ArbeiterInnen den gesetzlichen Mindestlohn zu bezahlen. Allerdings liegt dieser in vielen Ländern deutlich unter dem Existenzminimum! Für Asien kämpft die Asia Floor Wage

Alliance (AFW) seit 2009 für existenzsichernde Löhne in der Textilbranche. In letzter Zeit hat sich die Situation für die – zu 80 Prozent weiblichen – ArbeiterInnen durch das starke Ansteigen der Lebensmittelpreise noch verschärft. Manche geben die Hälfte ihres Monatslohns für Essen aus. Die AFW hat berechnet, dass etwa in Bangladesch das existenzsichernde Einkommen um 85 Prozent über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen müsste. Derzeit liegt der Lohnkostenanteil in den traditionellen Billiglohnländern derzeit ca. bei 0,5 bis drei Prozent, in Deutschland bei 40 Prozent.

## Aufsteiger China

Allerdings: Sobald in einem Land die Löhne steigen, wird es zwar als Absatzmarkt interessanter, verliert aber seine Attraktivität als Produktionsstätte. Nachdem etwa in China auch in ländlichen Gegenden die Löhne im vergangenen Jahr zum Teil um mehr als zehn Prozent gestiegen sind, schließen immer mehr Unternehmen ihre Fabriken. Sie wandern weiter nach Indien, Vietnam oder auf die Philippinen – ein paar Hundert Nähmaschinen zu transportieren ist schließlich auch kein allzu großer Aufwand.

Last but not least: Eine eher ungewöhnliche Kampagne zum Thema nachhaltig produzierte Textilien startete Ende vorigen Jahres Attac: Da wurde bekannt, dass das 1976 gegründete Öko-Versandhaus hessnatur von der US-amerikanischen Carlyle Group übernommen werden soll, die zu den weltweit größten **Private Equity Gesellschaften** zählt und unter anderem in der Rüstungsindustrie aktiv ist. Nach einer Protestaktion wurde schließlich ein genossenschaftliches Alternativkonzept für hessnatur entwickelt.

Internet:

Homepage der Südwind-Agentur:  
[www.suedwind-agentur.at](http://www.suedwind-agentur.at)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[afadler@aon.at](mailto:afadler@aon.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)



Der Wettbewerb um die kritischen KonsumentInnen ist voll im Gange, die Branche betont gekonnt kleine Verbesserungen Richtung Nachhaltigkeit oder soziale Verantwortung. Shirts aus Bio-Baumwolle finden sich mittlerweile sogar im Sortiment großer Textilketten.



# Billig mit Folgen

*Längst ist das Plastikzeitalter angebrochen, doch das Wundermaterial von einst erweist sich immer öfter als Bedrohung für Gesundheit und Umwelt.*

Autorin: Dagmar Gordon  
Freie Journalistin

**E**s gab eine Zeit, da fuhr man mit dem Auto in die Werkstätte und ein Mensch im Blaumann schraubte etwas auf, tauschte etwas Winziges aus (manchmal wurde es auch nur gereinigt, geschüttelt und beklopft) und schraubte es wieder zu. Das Auto war wieder repariert. Es gab eine Zeit, da konnte fast jeder einen Mixer, einen Haarföhn oder auch einen Wecker reparieren. Weggeschmissen wurde nur selten. Ersatzteil war etwas Kleines und Billiges, das sofort aus kleinen Laden gezogen wurde.

## Plastik allüberall

Es gab eine Zeit, da hob man Lebensmittel in hygienischen Glasbehältern auf und kleine Kinder bekamen ihre Milch entweder von Mamas Busen oder aus einem Glasfläscherl. Es gab eine Zeit, da wurden Einkäufe in Körben und Kisten verstaut und Obst, Gemüse aber auch Fleisch und Wurst war in Papier eingepackt. Brot entweder gar nicht oder auch in Papier. Und Fisch sowieso. In manchen Ländern sogar dann, wenn er warm aus dem Fritter kam. Das hieß dann Fish and Chips und die Verpackung war gleichzeitig Teller und Lesestoff und bestand aus der Tageszeitung von gestern.

Heute ist alles anders: Versuchen Sie einmal drei Schrauben zu kaufen und nicht auch noch zwei Deka Plastikmüll dazu. Versuchen sie Obst im Supermarkt unter Vermeidung von Plastikfo-

lien oder Raschelsackerln nach Hause zu bekommen. Und Fleisch tritt ohnehin so gut wie immer in seiner plastifizierten Form auf. Und wenn alkoholfreie Getränke nicht in Aludosen daherkommen, dann treten sie so gut wie immer in Plastikflaschen auf. Und sind sicherheitshalber auch gegen Entlaufen mit einer steifen Plastikfolie gefesselt.

## Schädliche Weichmacher

Wir leben also in einer Plastikwelt und der Verpackungswahnsinn ist nur ein Teil der ganzen Wahrheit. Denn Plastik, das selbst für kritische Geister als sauberer und ziemlich sicherer Werkstoff erscheint, schadet weit mehr als nur durch das ständig schnellere Anwachsen der Müllberge: Sie bestehen aus Plastik und Plastik frisst die letzten Ölreserven gemeinsam mit dem Verkehr. Unsere Kinder leiden unter den verschiedenen Hilfsstoffen im Plastik. So besteht Weich-PVC aus bis zu 60 Prozent Weichmachern. Und obwohl die EU für diese erwiesenermaßen schädlichen Stoffe ein Anwendungsverbot für Babyartikel und Kinderspielzeug erlassen hat, gibt es bis heute kein Importverbot für Kinderspielzeug, das diese krebserregenden und keim-schädigenden Weichmacher enthält.

Doch selbst bei Plastikgegenständen aus heimischer Produktion finden sich verbotene und bedenkliche Inhaltsstoffe, weil die Gegenstände oftmals nur in Europa gefertigt werden, das Ausgangsmaterial – Plastikgranulat – allerdings aus Fernost importiert wird und die Produzenten sich auf das Firmengeheimnis berufen, wenn es darum geht,

für Klarheit und Konsumenteninformation zu sorgen.

Allein wie viel Plastik verwendet wird, um ein durchschnittliches österreichisches Frühstück zu verpacken: Da ist einmal das Plastik rund ums Brot oder Semmel, das Plastik, in das die Wurst immer häufiger eingeschweißt wird – und der Käse; wer Saft aufischt, hat auch immer öfter eine Plastikflasche im Einkaufswagerl, Joghurt, Frischkäse und andere Milchprodukte sind ebenso in Plastik gewickelt, wie auch das Müsli nicht ohne Plastiksackerl auskommt. Obst und Gemüse werden immer öfter ausbruchssicher in Plastikhäute eingeschweißt, und dass man die Einkäufe im Plastiksackerl nach Hause trägt, ist leider auch noch gang und gäbe, obwohl sich erste Länder, wie zum Beispiel Italien, zu einem Plastiksackerlverbot durchringen.

## Lange Historie

Doch Plastik hat eine lange Geschichte: Bakelit war der erste industriell hergestellte Kunststoff, der vom 1863 in Gent geborenen Chemiker Leo Hendrik Baekeland erfunden wurde. Baekeland verkaufte sein erstes Patent (für ein empfindliches Fotopapier) um eine Million Dollar an George Eastmann von Kodak in den USA und hatte von da an genügend Geld, um weiter an der Entwicklung von Kunststoffen zu arbeiten.

Die Elektroindustrie, die sich in diesen Jahren entwickelte, brauchte einen leistbaren Ersatz für den immer teurer und rarer werdenden Schellack, der von fleißigen Läusen produziert wurde. Ba-

**Die Deponien gehen mittlerweile weltweit über von Plastikmüll, und weil sie das tun, findet sich Plastik mittlerweile tatsächlich überall: im Boden, im Wasser, in der Nahrungskette von Tieren, die daran zugrunde gehen, und in unserem Blut.**



kelit wurde 1907 zum Patent angemeldet und löste einen wahren Entwicklungsschub bei Gebrauchsgütern ebenso wie bei technischem Gerät aus. Härte, Unempfindlichkeit und Formbarkeit machten den ersten industriell hergestellten Kunststoff zu einem idealen Werkstoff für Haushalts- und Elektrogeräte. Im 2. Weltkrieg spielten Kunststoffe im Flugzeugbau eine erste wichtige Rolle, und nach dem Krieg boomte der Werkstoff unaufhaltsam. Nur kurz wurde der Höhenflug des Plastiks vom 1. Ölschock unterbrochen: Der Ruf „Jute statt Plastik“ verhallte schnell.

### Kunststoff löst Stahl ab

1935 ließ du Pont unter dem Namen „Polyamid 6,6“ eine Faser patentieren, die später unter dem Handelsnamen Nylon für Furore sorgen sollte. Ab nun war der Kunststoff kein Rohstoff für technische Geräte allein, sondern er begann die gesamte Produktwelt zu erobern. Und das tut er bis heute. 1984 überflügelte die weltweite Kunststoffproduktion erstmals die von Stahl. Lag die Weltjahresproduktion 1949 erst bei einer Mio. Tonnen, wurden 1990 bereits 86 Mio. Tonnen verbraucht. Der jährliche Zuwachs liegt heute bei rund fünf Prozent und geht vor allem auf das Konto der asiatischen Boomländer China und Indien.

Und das Wachstum geht nicht nur bei den allgegenwärtigen Verpackungsmaterialien munter weiter: Waren 1975 rund sechs Prozent an einem Auto aus Plastik, so sind es heute rund 14 Prozent. Stahl ist als Werkstoff also weiter auf dem Rückmarsch.

Nur, dass sich zur Begeisterung mittlerweile auch ernste Bedenken mischen. Denn was auf der einen Seite ein echter Produktvorteil sein kann: die Langlebigkeit; das ist auf der anderen Seite – nämlich am Ende des Produktzyklus – ein echtes Problem: die Entsorgung.

Die Deponien gehen mittlerweile weltweit über von Plastikmüll, und weil sie das tun, findet sich Plastik mittlerweile tatsächlich überall: im Boden, im Wasser, in der Nahrungskette von Tieren, die daran zugrunde gehen, und in unserem Blut.

Wir haben es offensichtlich mit dem Plastik so sehr übertrieben, wie mit keinem anderen Werkstoff seit der Mensch Dinge produziert. Da als erstes sichtbar wurde, dass Plastik für viele Jahre unverrottbar auf den Mülldeponien herumlag, bauten findige Chemiker Sollbruchstellen in die **Makromoleküle** der Kunststoffe ein. So kommt es, dass sich Plastik mittlerweile unsichtbar über die gesamte Welt verbreitet hat. Dass ein immenser Strudel aus kleingeschreddertem Plastikmüll in den Weltmeeren ganze Tierpopulationen bedroht, führt nun nach und nach zu einem Umdenken beim Gebrauch des Wunderstoffes.

In **Polycarbonat** bereitet Bisphenol-A gesundheitliche Bedenken, weil es laut neuester Studien Schuld an der Zunahme einer ganzen Reihe von Krankheiten sein könnte. Im menschlichen Blut werden mittlerweile eklatant erhöhte Mengen an Bisphenol-A nachgewiesen.

Die Tierwelt im Meer leidet zunehmend nicht nur an Überfischung, sondern an dem folgenschweren Irrtum, dem viele Meeresbewohner aufsitzen:

Sie halten das durch die Kräfte des Meeres kleingehackte Plastik für Beute und schlagen sich die Bäuche voll. Und verhungern elendiglich mit vollem Magen.

### Auf der Suche nach Alternativen

Langsam setzt ein Umdenken ein. Zum einen wegen der zunehmenden Verpestung durch nicht verrottendes Plastik, zum anderen durch die berechtigte Sorge, dass der Rohstoff für das Plastik zur Neige gehen und sich mittelfristig der Werkstoff Kunststoff rasant verteuern könnte.

Dem versuchen ChemikerInnen durch „Tuning“ des Stoffes beizukommen – also mit weniger Rohstoff gleiche Wirkung erzielen, zum anderen Umweltbewegte und PolitikerInnen – indem sie Maßnahmen für einen vernünftigeren Einsatz von Plastik forcieren. Also Plastik nur noch dort, wo kein anderer Stoff vergleichbare Vorteile bietet, und Alternativen (zum Teil bereits aus nachwachsenden Rohstoffen) für die vielfältigen Einsatzgebiete in denen Plastik durch andere Stoffe ersetzt werden kann.

Internet:

Plastic Planet:  
[www.plastic-planet.at](http://www.plastic-planet.at)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[d.gordon@ideenmanufactur.at](mailto:d.gordon@ideenmanufactur.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Fürchtet euch nicht . . .

*Eine Konferenzreihe zur Arbeitsmarktöffnung machte deutlich: Nicht Angst bestimmt die BetriebsrätInnen, sondern Interesse und Informationsbedarf.*

**Autorin: Nani Kauer**

*Pressesprecherin des ÖGB-Präsidenten  
Erich Foglar und Leiterin des Referats für  
Öffentlichkeitsarbeit im ÖGB*

**D**as Geschrei der Rechten, mit der Arbeitsmarktöffnung werde der heimische Arbeitsmarkt überschwemmt, ist bei BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen nicht auf fruchtbaren Boden gefallen. Eine vierteilige Konferenzreihe, veranstaltet von der Europapartnerschaft in Kooperation mit ÖGB und Arbeiterkammer, an der insgesamt knapp unter 1.000 BelegschaftsvertreterInnen aus ganz Österreich teilgenommen haben, zeigte im Gegenteil, dass sie sich äußerst seriös mit dem 1. Mai 2011 befasst haben und weiterhin befassen werden. Die BelegschaftsvertreterInnen selbst haben das Programm dieser Konferenzen bestimmt. Im Vorfeld konnten sie online Fragen stellen – über 100 kamen zusammen. Aus diesen Fragen ergaben sich die ExpertInnen-Vorträge der Konferenzen und die Themen der jeweils drei Workshops: die Anerkennung von Ausbildungen, Arbeitskräfteüberlassung und Kontrolle und Anlaufstellen.

## Information und Kommunikation

Eine wesentliche Erkenntnis aus der Konferenzreihe ist: Mehr Information und Kommunikation, und zwar in mehrere Richtungen. BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen wollen einerseits informiert sein und mit den für das Lohn- und Sozialdumping-Gesetz

zuständigen Stellen kommunizieren. Andererseits haben sie auch hohes Interesse daran, dass ArbeitnehmerInnen aus Nachbarstaaten möglichst umfassend über ihre Rechte in Österreich informiert sind. Damit nämlich eines nicht aufgeht: die Taktik der Unternehmen, die ArbeitnehmerInnen zu spalten. „Viele wissen gar nicht, dass sie zum Beispiel einen Anspruch auf 14 Monatsgehälter haben“, sagte Ines Obex-Mischitz von der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse (BUAK).

Die BetriebsrätInnen orteten besonderen Kontrollbedarf in Unternehmen mit großem Anteil an Leiharbeitskräften. Die Belegschaftsvertreter aus der Bauwirtschaft fordern einen Ausbau der Generalunternehmer- bzw. Auftraggeberhaftung.

## Vernetzung gelungen

Die Konferenzreihe erfüllte ihren Zweck in mehrerer Hinsicht: Der Informations- und Diskussionsbedarf der BelegschaftsvertreterInnen konnte befriedigt werden; die involvierten Player konnten sich untereinander vernetzen. „Es ist uns mit diesen Konferenzen gelungen, die Expertinnen und Experten von Arbeitsmarktservice, Sozialministerium, BUAK, von Finanzpolizei, Krankenkassen, von Arbeiterkammern und Gewerkschaften zu vernetzen“, betonte ÖGB-Präsident Erich Foglar bei der Abschlussveranstaltung der Konferenzreihe am 20. Juni 2011 in Wien. Und: Es kam auch sehr deutlich heraus, wo man noch nachbessern muss, damit

## INFO & NEWS

Die Veranstaltungen der Konferenzreihe „Arbeitsmarktöffnung 2011 – Chancen und Risiken“ waren Informations- und Diskussionsveranstaltungen der Europapartnerschaft in Zusammenarbeit mit ÖGB, Gewerkschaften und Arbeiterkammern. BetriebsrätInnenkonferenzen fanden in Wien, Linz, Graz und Salzburg statt. Insgesamt kamen mehr als 900 TeilnehmerInnen zu den Konferenzen. Im Zentrum des Interesses stand die Einhaltung des Gesetzes gegen Lohn- und Sozialdumping und die Tätigkeit der kontrollierenden Organe.

Nachschau der Konferenzreihe:  
[www.arbeitsmarktoeffnung.at](http://www.arbeitsmarktoeffnung.at)

Lohn- und Sozialdumping wirklich effektiv bekämpft und verhindert werden kann, damit die Kontrollen funktionieren und damit auch diejenigen bestraft werden, die sich nicht an das Gesetz halten.

Dass die ArbeitnehmerInnen sich nicht auseinanderdividieren lassen dürfen, weder in einem Betrieb, noch über die Grenzen, war ein Faden, der sich durch die Konferenzen durchzog. Bela Balogh von der ungarischen Gewerkschaft VASAS appellierte bei der Abschlusskonferenz in Wien, keine Angst vor den ungarischen Arbeitskräften zu haben, „denn ungarische Arbeitnehmer sind bei weitem nicht so mobil wie andere EU-Bürger.“ Langfristig sollten die ArbeitnehmerInnen in Ungarn besser bezahlt werden: „Es ist vielleicht demagogisch, das zu sagen: Wenn jeder in Ungarn



## INFO & NEWS

Seit 1. Mai arbeiten übrigens laut Sozialministerium zusätzlich rund 8.700 ArbeitnehmerInnen aus den 2004 beigetretenen EU-Staaten in Österreich, davon 3.000 aus Ungarn, 2.500 aus Polen, 1.500 aus der Slowakei, 650 aus Slowenien und 800 aus Tschechien.

angemessene Löhne erhält, wird niemand mehr im Ausland arbeiten wollen.“

ÖGB-Präsident Foglar sieht in der Leiharbeit ein großes Betätigungsfeld, gerade im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktöffnung: „Es gibt einen tollen Kollektivvertrag für Arbeitskräfteüberlassung, aber mit der Arbeitsmarktöffnung gibt es auch neue Risiken.“ Es braucht daher auch zusätzliche Maßnahmen und Reformen bei der Entsenderichtlinie. „Es darf nicht so weit kommen, dass Menschen nur mehr in Österreich beschäftigt werden, wenn sie bereit sind, sich bei Firmen im Ausland anstellen zu lassen, um dann nach Österreich entsendet zu werden.“ Die BetriebsrätInnen hatten auch bei diesem Thema sehr konkrete Vorstellungen, allen voran, Betriebsvereinbarungen abzuschließen. Die Vereinbarung soll Mitwirkungs- und Kontrollrechte beinhalten, weiters einen Zeitraum, nach dem die ZeitarbeiterInnen übernommen werden, und einen Höchstanteil von zehn Prozent ZeitarbeiterInnen im Verhältnis zur Stammelegschaft.

### Ausbildung ist Leistung

Europaweit einheitliche Anerkennungskriterien für Bildungsabschlüsse sind ein weiterer wichtiger Punkt, den die BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen eingemahnt haben. Die Verfahren zur Anerkennung von Bildungsabschlüssen aus anderen Ländern müssen einheitlich gestaltet werden und viel rascher abgewickelt werden. Auch die Anerkennung beruflicher Qualifikationen muss vereinfacht werden, damit kann Lohndumping unterbunden werden. Eine Qualifikation, die jemand erworben hat, ist harte Ar-

beit, diese Leistung muss auch anerkannt werden. Das wäre außerdem eine wichtige Voraussetzung, um Integration zu fördern.

Viele Unternehmen sind sehr kreativ wenn es darum geht, die Anerkennung von Ausbildungen und Qualifikationen zu umgehen. Die Antwort der BetriebsrätInnen darauf ist klar: Mit den neuen KollegInnen rasch das Gespräch suchen und sie über ihre Rechte aufklären; genaue Kontrollen bei der Einstufung in Lohngruppen; und auch verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Gewerkschaften.

### Kontrolle und Strafen

Ein viel diskutiertes Thema war die Kontrolle der Einhaltung des Gesetzes gegen Lohn- und Sozialdumping und die zu verhängenden Strafen. Wer kann Verdacht auf Unterentlohnung wem melden, wer muss dann tätig werden, werden die kontrollierenden Behörden von selbst tätig? Das waren die Hauptfragen der BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen. ArbeitnehmerInnen informieren, sie darin bestärken ihre Rechte einzufordern, Unterentlohnung nicht tolerieren – und konkrete, belegbare Informationen den Behörden zukommen lassen, das sind hier die Rezepte der BelegschaftsvertreterInnen.

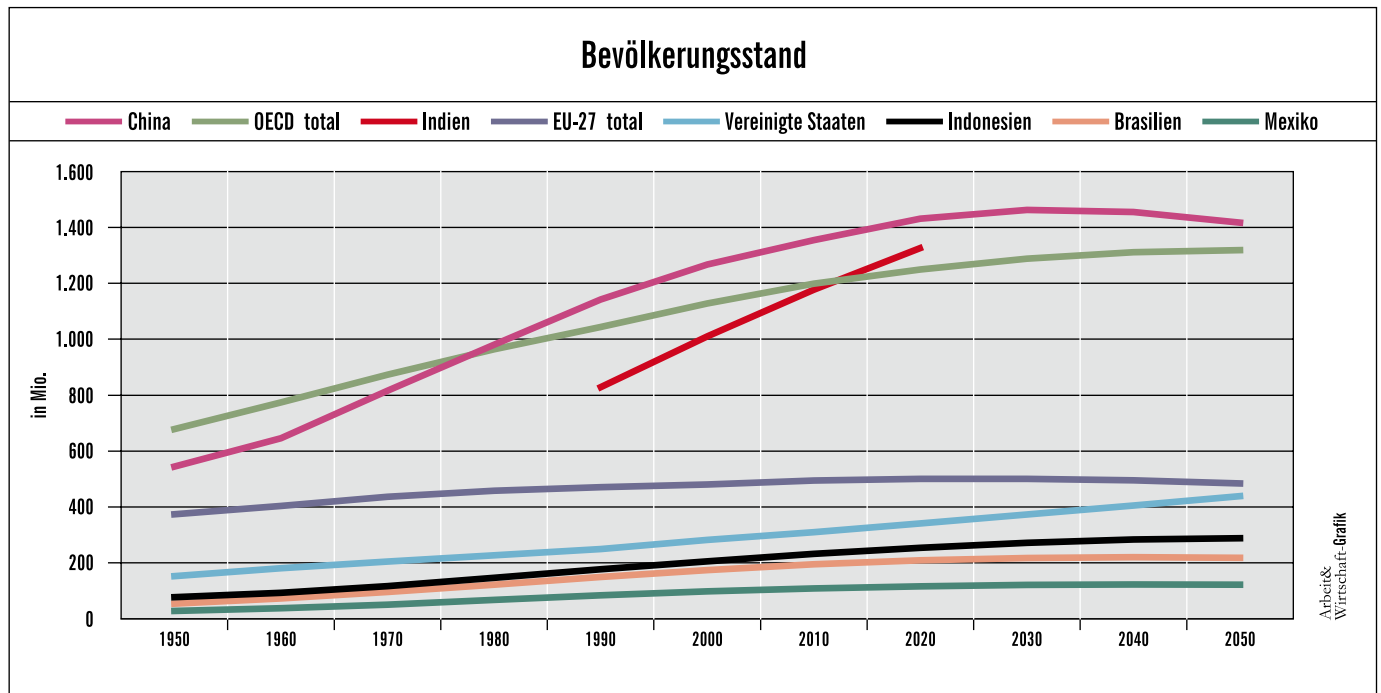
Vor der Beschlussfassung des Gesetzes im Nationalrat war die Frage, was genau kontrolliert wird und welche Entgeltsbestandteile sich auf die Unterentlohnung beziehen, viel diskutiert – so auch bei den Konferenzen. Laut Gesetz wird derzeit der Grundlohn kontrolliert, Zulagen und Zuschläge sind darin nicht enthalten. Die Wirtschaftskammer hat das strikt abgelehnt. Die BelegschaftsvertreterInnen sehen hier Reformbedarf – und es wäre ja nicht das erste Gesetz, das novelliert würde.

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die Autorin  
[nani.kauer@oegb.at](mailto:nani.kauer@oegb.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

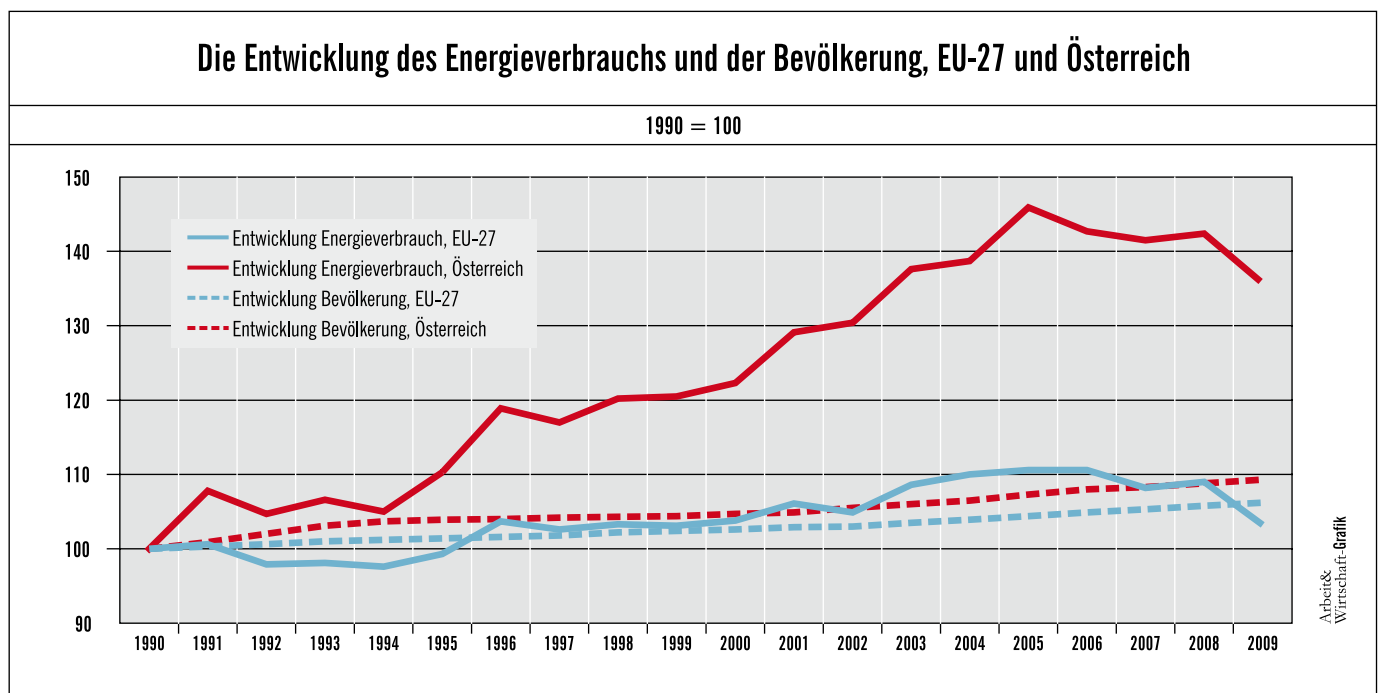


Es kam auch deutlich heraus, wo man noch nachbessern muss, damit Lohn- und Sozialdumping wirklich effektiv bekämpft und verhindert werden kann, damit Kontrollen funktionieren und damit auch diejenigen bestraft werden, die sich nicht an das Gesetz halten.

# Zahlen, Daten, Fakten



Quelle: OECD



Quelle: Eurostat

<b>Bevölkerungsstand in Tausend</b>											
<b>Jahr/Land</b>	<b>1950</b>	<b>1960</b>	<b>1970</b>	<b>1980</b>	<b>1990</b>	<b>2000</b>	<b>2010</b>	<b>2020</b>	<b>2030</b>	<b>2040</b>	<b>2050</b>
Australia	8.179	10.275	12.507	14.695	17.065	19.153	21.472	23.663	25.603	27.052	28.081
Austria	6.935	7.048	7.467	7.549	7.678	8.012	8.397	8.651	8.838	8.950	8.986
Belgium	8.639	9.153	9.656	9.859	9.967	10.251	10.566	10.801	10.991	11.026	10.897
Canada	14.019	18.256	21.747	24.516	27.698	30.689	33.639	36.344	38.812	40.644	41.896
Czech Republic	8.925	9.660	9.805	10.327	10.363	10.273	10.279	10.287	10.115	9.812	9.457
Denmark	4.268	4.580	4.929	5.123	5.141	5.337	5.485	5.582	5.676	5.686	5.621
Finland	4.009	4.430	4.606	4.780	4.986	5.176	5.347	5.538	5.678	5.730	5.747
France	41.829	45.684	50.772	53.880	56.709	59.049	62.452	65.102	67.310	69.083	69.993
Germany	68.376	72.815	78.169	78.289	79.433	82.212	82.834	82.635	81.028	78.285	74.422
Greece	7.554	8.327	8.793	9.643	10.161	10.917	11.284	11.426	11.307	11.045	10.605
Hungary	9.338	9.984	10.338	10.711	10.374	10.211	10.007	9.856	9.576	9.165	8.718
Iceland	143	176	204	228	255	281	306	327	343	351	355
Ireland	2.969	2.832	2.950	3.401	3.506	3.790	4.347	4.774	5.079	5.327	5.482
Italy	47.104	50.200	53.822	56.434	56.719	56.937	59.004	59.001	58.243	57.226	55.710
Japan	84.109	94.302	104.665	117.060	123.611	126.926	127.176	122.735	115.224	105.695	95.152
Korea	18.859	25.012	32.241	38.124	42.869	47.008	48.875	49.326	48.635	46.343	42.343
Luxembourg	296	314	339	364	382	436	479	523	569	610	644
Mexico	27.741	37.877	50.785	67.384	83.971	98.439	108.396	115.762	120.928	122.936	121.856
Netherlands	10.114	11.487	13.039	14.150	14.952	15.926	16.448	16.762	16.982	16.956	16.789
New Zealand	1.910	2.382	2.828	3.170	3.390	3.858	4.258	4.565	4.826	4.991	5.046
Norway	3.265	3.581	3.876	4.086	4.241	4.491	4.762	5.061	5.382	5.635	5.854
Poland	24.824	29.406	32.642	35.578	38.031	38.258	37.798	37.038	36.501	35.295	33.576
Portugal	8.439	8.858	8.680	9.766	9.983	10.226	10.626	10.501	10.222	9.854	9.332
Slovak Republic	3.463	3.994	4.528	4.984	5.298	5.401	5.401	5.417	5.340	5.139	4.880
Spain	28.009	30.455	33.753	37.527	38.851	40.264	44.683	45.568	45.355	44.586	42.703
Sweden	7.016	7.485	8.043	8.310	8.559	8.872	9.237	9.658	10.034	10.256	10.490
Switzerland	4.693	5.328	6.181	6.319	6.712	7.184	7.671	7.993	8.139	8.153	8.067
Turkey	21.484	27.438	35.294	44.522	56.104	67.393	76.505	84.301	90.806	95.060	96.498
United Kingdom	50.373	52.373	55.632	56.330	57.237	58.886	62.309	66.754	70.750	73.998	76.959
United States	152.271	180.671	205.052	227.225	249.623	282.158	310.233	341.387	373.504	405.655	439.010
EU-27 total	373.940	404.018	436.283	458.331	471.112	480.808	495.122	500.487	500.738	495.646	484.603
OECD total	679.153	774.457	873.422	964.318	1,043.869	1,128.050	1,198.517	1,249.678	1,288.187	1,311.308	1,318.459
Brazil	53.975	72.744	95.991	121.618	149.571	174.175	195.423	209.051	217.146	220.141	218.512
Chile	6.082	7.647	9.574	11.181	13.191	15.419	17.135	18.639	19.779	20.436	20.657
China	544.951	645.927	815.951	980.929	1,142.090	1,266.954	1,354.147	1,431.155	1,462.468	1,455.055	1,417.045
Estonia	1.101	1.216	1.365	1.473	1.567	1.370	1.339	1.333	1.301	1.259	1.233
India 1	..	..	..	..	829.046	1,009.914	1,176.742	1,326.155	..	..	..
Indonesia	77.152	93.058	116.921	146.582	177.385	205.280	232.517	254.218	271.485	283.503	288.110
Israel 2	1.258	2.114	2.898	3.764	4.514	6.084	7.285	8.307	9.219	10.034	10.649
Russian Federation	102.703	119.906	130.392	138.655	148.065	146.670	140.367	135.406	128.864	122.148	116.097
Slovenia	1.473	1.580	1.670	1.832	1.927	1.985	2.025	2.053	2.037	1.997	1.954
South Africa	13.683	17.396	22.502	29.075	36.745	44.872	50.492	52.671	54.726	56.041	56.802
World	2,535.093	3,031.931	3,698.676	4,451.470	5,294.879	6,124.124	6,906.558	7,667.090	8,317.708	8,823.546	9,191.287



# Gleichstellung light

*In Stellenausschreibungen muss seit März das Gehalt angegeben werden.  
Aber: Wie wirkungsvoll ist diese Maßnahme?*

**AutorInnen:**

**Daniela Almer, Volker Frey, Andrea Ludwig**

*Team des Klagsverbands zur Durchsetzung  
der Rechte von Diskriminierungsopfern*

**G**leich viel zu verdienen wie die Männer ist kein Privileg. Es ist unser Recht!“ Als die Näherin Rita O’Grady diesen Satz sagt, ist ihr noch nicht bewusst, dass sie damit etwas auslösen wird, was Jahre später als „Equal pay“ in ganz Europa zum Kürzel für die Lohngleichheit von Frauen und Männern werden sollte. Der zitierte Satz ist aus dem Film „Made in Dagenham“ (deutscher Verleihtitel „We want Sex“) und es gibt keine Garantie, dass er so jemals gesagt wurde. Tatsache ist jedoch, dass die Einführung des Equal-Pay-Acts oder Lohngleichstellungsgesetzes in Großbritannien unmittelbare Konsequenz des Streiks der Näherinnen in der Ford-Fabrik von Dagenham war. Und das bereits 1970.

## Verdienstgefälle 25,5 Prozent

Was vor mehr als 40 Jahren in Großbritannien erstmals beschlossen wurde, ist jedoch bis heute nicht selbstverständlich. Nämlich gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit. Lohnunterschiede von bis zu 30 Prozent sind auch 2011 an der Tagesordnung. Österreich gehört dabei zu den negativen Spitzenreitern: Laut EU-Strukturindikator „Gender Pay Gap“ beträgt das Verdienstgefälle hierzulande 25,5 Prozent. Gemessen werden dabei die relativen Unterschiede zwischen den durchschnittlichen Bruttoverdienststunden von weib-

lichen und männlichen ArbeitnehmerInnen in der Privatwirtschaft. Werden Unterschiede in der Ausbildung oder Berufserfahrung berücksichtigt, verdienen Österreicherinnen trotzdem noch durchschnittlich 18,1 Prozent weniger als Österreicher. Noch größer als in Österreich sind die Unterschiede nur noch in der Tschechischen Republik und in Estland. Im EU-Durchschnitt liegt der Gender Pay Gap bei 17,5 Prozent.

Mit Einkommensberichten in Unternehmen und der Verpflichtung, bei Stellenausschreibungen das Brutto-Entgelt anzugeben, will die österreichische Regierung nun mehr Transparenz schaffen. Der Klagsverband zur Durchsetzung der Rechte von Diskriminierungsopfern hat die Stellenanzeigen in österreichischen Tageszeitungen in den vergangenen Wochen genau unter die Lupe genommen. Das ernüchternde Ergebnis: Nur eine Minderheit der Unternehmen hält sich an die neuen gesetzlichen Vorgaben. Es stellt sich daher die Frage, ob es sich hier wirklich um ein wirkungsvolles Instrument zur Gleichstellung handelt, und wie Stellenausschreibungen formuliert sein müssten, um mehr Chancengleichheit zu garantieren.

Seit 1. März 2011 sind ArbeitgeberInnen gesetzlich verpflichtet, bei Stellenausschreibungen das Brutto-Mindestgehalt sowie die Bereitschaft zur Überbezahlung für die zu besetzende Stelle anzugeben. Diese Verpflichtung betrifft alle Stellenausschreibungen von privaten ArbeitgeberInnen sowie ArbeitsvermittlerInnen. Als Stelleninserate gelten dabei ganz klar externe Veröffentlichungen in Printmedien, Internet etc.

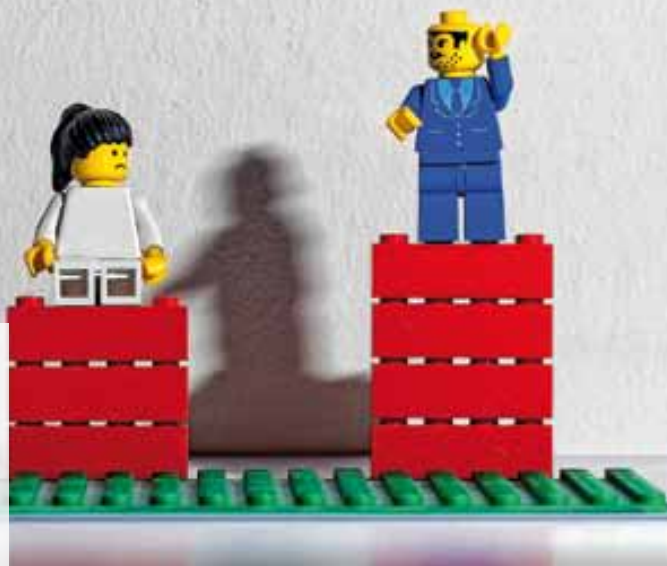
Aber auch betriebsinterne Ausschreibungen im Intranet des Unternehmens oder an Informationstafeln, dem sogenannten „Schwarzen Brett“, sind Stelleninserate im Sinne des Gleichbehandlungsgesetzes, wenn eine Person für einen konkreten Arbeitsplatz gesucht wird.

## Mehr Einkommenstransparenz

Um den im Gesetz normierten Anforderungen gerecht zu werden, muss die Angabe über das geltende kollektivvertragliche oder das durch Gesetz oder andere Normen der kollektiven Rechtsgestaltung geltende Mindestentgelt betragsmäßig, günstigerweise unter Angabe der Zeiteinheit (Stunde/Woche/Monat) und unter Einrechnung personenbezogener Zulagen erfolgen. Der alleinige Hinweis auf den anzuwendenden Kollektivvertrag ist keinesfalls ausreichend. Die Bereitschaft zur Überzahlung, die in vielen Fällen bestehen wird, ist im Stelleninserat zwingend anzugeben.

Das Ziel nach mehr Einkommensstransparenz soll zudem durch die Erstellung von Einkommensberichten erreicht werden. Unternehmen einer bestimmten Größe sind verpflichtet, jährlich eine Einkommensanalyse zu erstellen, wobei das Gleichbehandlungsgesetz einen zeitlichen Stufenplan hinsichtlich der erfassten Unternehmen, abhängig von der Anzahl der Arbeitnehmerinnen, vorsieht. In großen Unternehmen, die zumeist über eine Belegschaftsvertretung verfügen, hat der Betriebsrat bereits jetzt rechtlich die Möglichkeit, Einsicht in die Bezüge und die zur Berechnung erforderlichen Unterlagen zu nehmen, und die

**Laut EU-Strukturindikator „Gender Pay Gap“ beträgt das Verdienstgefälle hierzulande 25,5 Prozent. Gemessen werden dabei die relativen Unterschiede zwischen den durchschnittlichen Bruttoverdienststunden von weiblichen und männlichen ArbeitnehmerInnen in der Privatwirtschaft.**



Pflicht, hinsichtlich der Einhaltung der die ArbeitnehmerInnen betreffenden Rechtsvorschriften zu intervenieren und auch gerichtliche Maßnahmen zu ergreifen. Ob Einkommenstransparenz erreicht oder zumindest gefördert wird, hängt nicht zuletzt von der Aussagekraft der Berichte ab. Besteht nämlich weder ein betriebliches Entlohnungsschema noch ein anwendbarer Kollektivvertrag, sind die Berichte anhand von Funktionsgruppen zu erstellen. Die Einkommen sind in der jeweiligen Kategorie zusammenzufassen und stellen somit Durchschnitts- oder **Medianeinkommen** und nicht die Entgelte einzelner Personen dar. Fraglich ist, ob das ausreicht, um eine Diskriminierung im Rahmen einer Klage glaubhaft machen zu können.

### Was bleibt für die Zukunft zu tun?

Die Einhaltung der neuen Regeln für mehr Gehaltstransparenz in Ausschreibungen muss sowohl von Einzelpersonen als auch von den Verwaltungspersonen eingefordert werden. Nach der bisherigen Erfahrung werden sich die meisten Unternehmen und Personalberatungen erst gesetzeskonform verhalten, wenn ab 1. Jänner 2012 Verwaltungsstrafen drohen. Diese sind relativ gering (maximal 360 Euro) und werden nur auf Antrag verhängt. Da nur BewerberInnen und die Gleichbehandlungsanwaltschaft Anzeige erstatten dürfen, wird die Wirksamkeit vor allem davon abhängen, ob diese von ihrem Recht Gebrauch machen.

Die Wirkung der Einkommensberichte wird man erst im Jahr 2014 abschätzen können – erste Tendenzen wer-

den aber schon im Sommer 2011 erkennbar sein. Doch der Großteil der österreichischen Unternehmen mit weniger als 150 MitarbeiterInnen ist sowieso nicht zur Erstellung eines Berichts verpflichtet. Fazit: Es ist zu befürchten, dass die neuen gesetzlichen Bestimmungen für mehr Gehaltstransparenz nur einen geringen Beitrag zur Beseitigung unterschiedlicher Gehälter von Frauen und Männern leisten werden.

Es gibt viele Möglichkeiten, das Ziel gleicher Gehälter für gleichwertige Arbeit zu erreichen. Unternehmen können freiwillige Maßnahmen setzen, die über den gesetzlichen Mindeststandard hinausgehen. Denkbar wären etwa Gehaltsbandbreiten in Ausschreibungen, wie sie z. B. in England üblich sind (Jahresbrutto: 35.000 bis 38.000). Außerdem müssen Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie systematisches Karenzmanagement als Thema gesehen werden. Kurzfristig unterstützt das vor allem Mütter, motiviert aber auch Männer in Karenz zu gehen. BetriebsrätInnen können ebenfalls einen wichtigen Beitrag zu mehr Einkommensgerechtigkeit leisten. Sie haben schon aufgrund des Arbeitsverfassungsgesetzes die Möglichkeit, alle Gehälter im Unternehmen einzusehen und können daher nicht gerechtfertigte Einkommensunterschiede aufdecken. Beschäftigte sollten die BetriebsrätInnen auch mehr in die Pflicht nehmen, um dieses Thema innerbetrieblich anzusprechen.

Die traditionelle Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen in Partnerschaften und Familien verhindert ebenfalls die Angleichung der Einkommen.

So lange weniger als fünf Prozent der Väter in Karenz sind, ergibt sich eine Schiefelage zulasten der Frauen. Es bleibt abzuwarten, ob die seit 2010 geltenden fünf Modelle des Kinderbetreuungsgelds Männer motivieren, häufiger in Karenz zugehen.

### Die Politik ist gefragt

Nach den bisherigen Erfahrungen steht zu befürchten, dass nur sanfter Druck tatsächliche Änderungen bewirken wird. Dazu zählt etwa die weitere Flexibilisierung der Karenz. So sollten Eltern auch länger als einen Monat parallel Kinderbetreuungsgeld beziehen dürfen. Auch die verpflichtende Väterkarenz sollte zumindest als befristete Maßnahme diskutiert werden. Schon ein relativ kurzer Zeitraum von z. B. drei Monaten würde für Erfahrungen, die den meisten Männern bisher verwehrt blieben, ausreichen.

Ohne flankierende politische Maßnahmen, die wirklich zur Gleichstellung der Geschlechter in Beruf und Partnerschaft beitragen, werden die neuen gesetzlichen Vorgaben gut gemeinte Versuche ohne Wirkung bleiben.

Internet:

Klagsverband zur Durchsetzung der Rechte von Diskriminierungsoffern:  
[www.klagsverband.at](http://www.klagsverband.at)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
an die AutorInnen  
[daniela.almer@klagsverband.at](mailto:daniela.almer@klagsverband.at)  
oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

# Tansania: Demokratie und Armut

*„Ich glaube, die Philosophie der Industrienationen ist: Was wir besitzen, teilen wir nicht, was die Entwicklungsländer besitzen teilen wir mit ihnen.“*

*Benjamin Mkapa, Präsident Tansanias 1995 bis 2005*

**AutorInnen: Lucia Bauer**

*Büro des Vorsitzenden GPA-DJP*

**Martin Bolkovac**

*Grundlagenabteilung GPA-djp*

**T**rotz jahrzehntelanger Abstinenz von Stammesfehden und lokalen Kriegen und einer friedlichen Entwicklung hin zu einer Demokratie zählt der ostafrikanische Küstenstaat zu den ärmsten Ländern der Welt. Demokratie und Frieden allein können offenbar keinen Wohlstand zu den Menschen vor Ort bringen.

## Multiethnisch und multireligiös

Tansania ist in jeder Hinsicht eine multiethnische und multireligiöse Gesellschaft. Bei der bis jetzt letzten offiziellen Volkszählung im Jahr 1967 erklärten sich 32 Prozent dem Christentum, 30 Prozent dem Islam und 37 Prozent der Bevölkerung afrikanischen Religionen zugehörig. Aktuellere offizielle Zahlen dazu gibt es nicht. Schlafende Hunde lieber ruhen lassen, lautet hier offenbar die Devise der tansanischen Regierung, denn mittlerweile scheint sich eine klare moslemische Mehrheit herausgebildet zu haben. Die meisten, selbst die kleinsten Orte verfügen über eine Moschee genauso wie über eine Kirche. Von den Schuluniformen gibt es oft die christliche und die muslimische Variation mit dazu passendem Kopftuch nebeneinander. Zuerst den Ruf des Muezzins und gleich anschließend die Kirchenglocken zu hören, gehört in Tansania zum Alltag. Die religiösen Feiertage beider Konfessionen werden ein-

gehalten und Konversionen sind in beide Richtungen möglich und üblich. Doch der Schein trügt, die Ausgewogenheit zwischen den Religionen, die auch von den offiziellen veralteten Zahlen suggeriert wird, täuscht. In der Realität der tansanischen Gesellschaft sind die Muslime, obwohl vermutlich in der Mehrheit, klar im Nachteil. Obwohl Präsident Kikwete ein Muslim ist, dominieren die Christen – vor allem Katholiken – klar im Staatsdienst und im Bildungswesen.

Maximal ein Fünftel der Studierenden sind Muslime. Seit 2005 gibt es in Morogoro zwar eine muslimische Universität, doch diese hat massive personelle Probleme. Weil zu wenige muslimische Professoren zur Verfügung stehen sind 90 Prozent der Lehrenden dort Christen. In einem Land, in dem alle Ressourcen knapp und die meisten arm sind, schmerzt jede Ungerechtigkeit besonders stark. Spannungen zwischen Christen und Muslimen sind an der Tagesordnung. In beiden Gruppen profitieren davon die fundamentalistischen Strömungen, die in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen sind.

## 1.100 Jahre arabische Herrschaft

Vor den Achtzigerjahren des 19. Jahrhunderts hat es Tansania als zusammenhängendes staatliches Gebilde überhaupt nicht gegeben. 1.100 Jahre lang hatten Araber über das Territorium geherrscht und mit Sklavenhandel große Profite erzielt, bevor die deutsche Kolonialmacht das heutige Staatsgebiet Tansanias mit Ruanda und Burundi zur Kolonie Deutschostafrika vereinigte. Die Deut-

schen herrschten mit unbeschreiblicher Brutalität: Dörfer wurden niedergewalzt, Nahrungsmittel konfisziert, um durch Hungersnöte die einheimische Bevölkerung zu dezimieren.

Nach der Niederlage der Deutschen im Ersten Weltkrieg wurde Tansania Teil des britischen Imperiums. Doch die Briten waren eher an der Entwicklung des benachbarten Kenia interessiert und investierten kaum in ihr neues Territorium.

## Unabhängig seit 1964

Am 26. April 1964 erlangte Tansania als erstes ostafrikanisches Land schließlich seine Unabhängigkeit. Der 39-jährige Sozialist Julius Nyerere wurde erster Präsident und initiierte sogleich eine Reihe an Reformmaßnahmen. Racheaktionen und Übergriffe auf weiße Siedler, wie sie in manch anderen afrikanischen Staaten von Algerien bis zum Kongo während der Phase der Unabhängigkeit vorkamen, sah man in Tansania nicht.

Erfolgreich war Nyerere vor allem in den Bereichen Bildung und Gesundheit. Die Alphabetisierungsrate wurde innerhalb kürzester Zeit auf ein afrikanisches Rekordlevel von 91 Prozent angehoben, Gesundheitsdienste wurden bis in die entferntesten Regionen des Landes entsandt. Schulbildung und medizinische Versorgung wurden gratis angeboten, und Millionen von Menschen hatten zum ersten Mal in ihrem Leben Zugang zu Sozialleistungen.

Weniger gute Karten hatte Nyerere allerdings mit seiner sozialistischen Kollektivierungspolitik. Die afrikanischen





**Die Mütter- und Säuglingssterblichkeit steigt genauso wie die Zahl der HIV-Infizierten, die Lebenserwartung dagegen ist in den vergangenen Jahren stark gesunken.**

Bauern konnten mit kollektiver Agrarwirtschaft nichts anfangen, und die Produktionsergebnisse waren folglich mehr als dürftig. Die Armut hielt weiter an. Nyerere war jedoch einer der wenigen afrikanischen Staatschefs der ersten Generation, die ihr Amt freiwillig abgaben und einen Demokratisierungsprozess zuließen. Vielleicht gerade deswegen ist er in der tansanischen Bevölkerung bis heute hoch angesehen. Zahlreiche Nyerere-Portraits und Büsten, in Vorgärten, Restaurants und an öffentlichen Plätzen, zeugen vom Stolz der TansanierInnen auf ihren Staatsgründer.

### 1995: Erste freie Wahlen

1985 trat Nyerere als Staatspräsident zurück. 1992 endete das Einparteiensystem und 1995 fanden erstmals freie Wahlen statt, die aber in der Praxis wenig veränderten. Der Opposition fehlte es sowohl an Ressourcen als auch an politischer Einigkeit und neuen Themen. Die meisten Oppositionsparteien bestanden aus ehemaligen Mitgliedern der Einheitspartei, die weiterhin dieselben politischen Parolen und Slogans verwendeten. Für viele WählerInnen waren daher die Unterschiede nur schwer zu erkennen. Auch das tansanische Wahlsystem, das nach dem Motto „the winner takes it all“ der regierenden Partei überproportional viele Parlamentssitze ermöglicht, wirkt in dieselbe Richtung. Entsprechend einfach war es unter diesen Voraussetzungen für die ehemalige Partei Nyereres CCM (Chama Chama Mapinduzi) nicht nur die ersten, sondern auch alle weiteren Wahlen seither für sich zu entscheiden.

Tansania blieb daher bis heute ein Einparteiensystem mit Mehrparteiensystem.

Nachdem die Wirtschaftspolitik Nyereres nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt hatte, versuchte es sein Nachfolger Benjamin Mkapa, obwohl einst selbst Minister in der Regierung Julius Nyereres, mit der lange Zeit verweigerten Umsetzung der Empfehlungen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Staatliche Betriebe wurden großräumig privatisiert. Es traf die Telekommunikation ebenso wie die Energie- und Wasserversorgung. Kleine Erfolge konnten im Kampf gegen die Korruption erzielt werden.

Der große wirtschaftliche Aufschwung und die nachhaltige Reduktion der Armut lassen aber weiterhin auf sich warten. Im Gegenteil, obwohl das Wirtschaftswachstum seit der Jahrtausendwende über fünf Prozent liegt, kommt bei der Bevölkerung kaum etwas davon an. Tansania ist nach wie vor zu beinahe 100 Prozent von ausländischen Gebern abhängig. Auch die erfolgreiche Tourismusindustrie wird fast ausschließlich von ausländischen Geschäftsmännern und -frauen aus Europa geleitet, von italienischen Strandressorts auf der Insel Sansibar bis zu deutschen Junglecamps für Luxusreisende.

Für dringend notwendige Investitionen fehlen dem Staat die Steuereinnahmen. Steigende Gebühren für den Schulbesuch führen zu einem erneuten Ansteigen des Analphabetismus – beinahe 30 Prozent der Bevölkerung können heute in keiner Sprache lesen und schreiben. Die Mütter- und Säuglings-

sterblichkeit steigt genauso wie die Zahl der HIV-Infizierten, die Lebenserwartung dagegen ist in den vergangenen Jahren stark gesunken. Zugang zu Strom und Gas haben nur diejenigen, die dafür zahlen können und das sind am Land nur etwa zehn Prozent der Bevölkerung. Mehr als 50 Prozent der ländlichen Bevölkerung müssen auch ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser auskommen.

### Generationenwechsel lässt warten

Auch ein Generationenwechsel in der tansanischen Politik lässt auf sich warten. Die Mehrheit der Politiker ist mittlerweile zwischen 60 und 80 Jahre alt und gehört nach wie vor der ersten Generation nach der Unabhängigkeit an. Seit 2005 ist Jakaya Kikwete Staatspräsident, er wurde 2010 wiedergewählt, musste aber erstmals schmerzhafte Stimmenverluste hinnehmen. Seine Partei erreichte nur noch 60 Prozent der Stimmen, ein historisches Tief und womöglich ein Hinweis, dass der Generationenwechsel und der Übergang zu einer echten Mehrparteiendemokratie nicht mehr lange hinausgezögert werden kann.

Internet:

Mehr Info über Tansania:  
[de.wikipedia.org/wiki/Tansania](https://de.wikipedia.org/wiki/Tansania)

Schreiben Sie Ihre Meinung  
 an die AutorInnen  
[lucia.bauer@gpa-djp.at](mailto:lucia.bauer@gpa-djp.at)  
[martin.bolkovac@gpa-djp.at](mailto:martin.bolkovac@gpa-djp.at)  
 oder die Redaktion  
[aw@oegb.at](mailto:aw@oegb.at)

**a priori:** von vornherein (Seite 24)

**Business Social Compliance Initiative (BSCI):** 2003 entstandener europäischer Zusammenschluss von Einzelhandelsunternehmen, der die Einhaltung sozialer Standards in allen Zuliefererländern gewährleisten soll. Die BSCI ist von der EU-Kommission anerkannt und wird von dieser durch Fördergelder unterstützt. (Seite 34)

**Butterwegge, Christoph:** deutscher Politikwissenschaftler (geb. 1951), Arbeitsfelder: Rechtsextremismus, Rassismus, Globalisierung, Armut u. Ä. In seinen Schriften prägte er unter anderem den Begriff des Paternoster-Effekts, nach dem wie bei einem Paternoster ein Teil der Menschheit nach oben und ein Teil nach unten fährt. (Seite 31)

**Diktion:** Ausdrucksweise (Seite 20)

**Eingetragene Partnerschaft:** Seit 2010 für zwei Menschen gleichen Geschlechts als Lebensgemeinschaft auf Dauer möglich. Zeitgleich wurde lesbischen Paaren die künstliche Befruchtung verboten, dieses Gesetz wird derzeit vom Verfassungsgerichtshof geprüft. (Seite 14)

**Enzensberger, Hans Magnus:** deutscher Schriftsteller, Übersetzer, Redakteur und Herausgeber (geb. 1929); von der Hitlerjugend wegen Trotz und Querulantentums ausgeschlossen, hat Enzensberger immer wieder politisch Stellung bezogen. Oft gelang es ihm, wichtige Themen zu setzen und vorauszusagen. Wie Bertolt Brecht forderte auch Hans Magnus Enzensberger, aus den Massenmedien Werkzeuge zu formen, mit denen es möglich wäre, den Produzenten gleichzeitig zum Empfänger zu machen und so den wenigen Produzenten von Medieninhalten ihr Monopol streitig zu machen. (Seite 24)

**EURATOM:** europäische Atomgemeinschaft, gegründet 1957 als eigenständige internationale Organisation neben der EU, teilt mit dieser aber sämtliche Organe. Zu ihren Aufgaben zählt unter anderem die Friedenssicherung, indem ähnlich wie schon bei der Montanunion durch „Vergemeinschaftung“ der Nukleartechnik eine gegenseitige Kontrolle ermöglicht wird. (Seite 21)

**Eurobarometer:** in halbjährlichen Abständen seit 1973 von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene öffentliche, EU-weite Meinungsumfrage. Dabei werden sowohl immer dieselben als auch wechselnde Fragen zu unterschiedlichen Themen gestellt. In jedem Mitgliedsstaat werden je nach EinwohnerInnenzahl durchschnittlich 1.000 BürgerInnen befragt. Für den aktuellen, im Februar veröffentlichten und im Herbst 2010 durchgeführten, 74. Eurobarometer wurden auch die Kandidatenländer Kroatien, Türkei, Mazedonien und Island mit einbezogen. [tinyurl.com/3rvoves](http://tinyurl.com/3rvoves) (Seite 16)

**Freeter:** in Japan entstandene Bezeichnung (engl.: free, deutsch: Arbeiter) für Menschen zwischen 15 und 34 (mit Ausnahme von StudentInnen und Hausfrauen), die arbeitslos oder prekär beschäftigt sind bzw. nur einen Teilzeitjob haben. (Seite 17)

**Friedrich-Ebert-Stiftung:** Die FES wurde 1925 als politisches Vermächtnis des ersten demokratisch gewählten deutschen, sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert gegründet. 1933 wurde sie vom NS-Regime verboten, 1947 wiederbegründet und ist heute in über 100 Ländern aktiv. Ziele: politische Erneuerung der sozialen Demokratie, Stärkung der politischen Teilhabe und des gesellschaftlichen Zusammenhalts, Vertiefung des Dialogs zwischen Gewerkschaften und Politik etc. (Seite 29)

**Gatekeeper:** Einflussfaktor; hier: Personen, die darüber entscheiden, welche Nachrichten auch erscheinen. (Seite 24)

**George-Soros-Stiftung:** George Soros, geboren 1930, floh 1947 aus seiner Heimatstadt Budapest nach England, seit 1956 lebt er in den USA, wo er durch Spekulationen reich wurde. Soros machte seine Spekulationen immer wieder öffentlich und stellte diese in einen politischen Zusammenhang. So erklärte er etwa, dass die bestehenden Rahmenbedingungen für Spekulationsgeschäfte eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung in vielen unterentwickelten Ländern gefährden. Seit den 1970er-Jahren tritt er auch als Philanthrop in Erscheinung (Förderer und Vorsitzender des Open-Society-Institute und der Soros-Foundation) und setzt sich für eine offene Gesellschaft (mit größtmöglicher Freiheit für jede/n) ein. (Seite 29)

**Glasnost:** russisch für: Offenheit, Informations- bzw. Redefreiheit; eines der Mottos für die von Präsident Gorbatschow eingeleitete Politik der Offenheit und Transparenz. (Seite 22)

**Gorbatschow, Michail:** russischer Politiker, geb. 1931, 1985 bis 1991 Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), von März 1990 bis Dezember 1991 Präsident der Sowjetunion. Er leitete das Ende des Kalten Krieges ein und erhielt 1990 den Friedensnobelpreis (Seite 22)

**IAEA:** International Atomic Energy Agency (Internationale Atomenergie-Organisation), gegründet 1957, Hauptsitz in Wien, 151 Mitgliedsstaaten, mit der UNO durch ein spezielles Abkommen verbunden. Wegen ihres Zieles, die militärische Nutzung von Kernenergie zu verhindern, erhielt die IAEA 2005 gemeinsam mit ihrem damaligen Generaldirektor Mohammed el-Baradei den Friedensnobelpreis. (Seite 21)

**ILO-Konventionen:** Vier Grundprinzipien bestimmen Selbstverständnis und Handeln der ILO (International Labour Organization): Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen; Beseitigung der Zwangsarbeit; Abschaffung der Kinderarbeit; Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf. Diese Prinzipien wurden in acht rechtlich verbindlichen Übereinkommen (Konventionen), die auch als Kernarbeitsnormen bezeichnet werden, konkret ausgestaltet. (Seite 35)

**King, Martin Luther, jr.:** US-Baptistenpastor und Bürgerrechtler (1929–1968), propagierte zivilen

Ungehorsam als Protestmittel gegen die Rassentrennung, durch sein Engagement im Civil Rights Movement gelang schließlich die Aufhebung der Rassentrennung. King erhielt 1964 den Friedensnobelpreis, im April 1968 wurde er von dem mehrfach vorbestraften Rassisten James Earl Ray erschossen. (Seite 12)

**konsumtiv:** für den Verbrauch bestimmt, konsumorientiert (Seite 27)

**Makromoleküle:** große Moleküle, die aus zahlreichen, bis zu mehreren Hunderttausend gleichen oder unterschiedlichen Atomen oder Atomgruppen bestehen. (Seite 37)

**Medianeinkommen:** jener Wert, der von jeweils 50 Prozent der Erwerbstätigen unter- bzw. überschritten wird. Im Gegensatz zum Durchschnitt wird der Median nicht durch einzelne „Ausreißer“ nach oben oder unten verfälscht. (Seite 43)

**Perestroika:** russisch: Umgestaltung; der von Michail Gorbatschow ab Anfang 1986 eingeleitete Prozess zum Umbau und zur Modernisierung der Sowjetunion. (Seite 22)

**Pitahaya (Pitaya, Drachenfrucht):** Frucht von aus Mittelamerika stammenden Kakteengewächsen, die heute vor allem in Nicaragua, China, Vietnam und Israel angebaut werden. Das Fruchtfleisch enthält zahlreiche kleine, schwarze Samen. (Seite 12)

**Polyamide:** Gruppe von Polymeren (Verbindungen, deren Makromoleküle aus zahlreichen gleichen Einheiten bestehen), deren Wiederholungseinheiten eine Amidgruppe besitzen. Obwohl dazu auch in der Natur vorkommende Stoffe wie die Proteine zählen, versteht man im Allgemeinen unter Polyamiden die technisch verwendbaren thermoplastischen Kunststoffe. Die verschiedenen Polyamide werden durch das Kürzel PA plus Ziffern gekennzeichnet. Die beiden bekanntesten Nylon und Perlon waren die ersten wirklich brauchbaren Kunstfasern. (Seite 37)

**Polycarbonate:** Kunststoffe aus der Gruppe der synthetischen Polymere und der Familie der Polyester; 1953 wurde das erste industriell relevante Polycarbonat entwickelt. Polycarbonate sind transparent und farblos, können aber eingefärbt werden. Sie sind teuer und sehr widerstandsfähig; Verwendung: CDs und DVDs, optische Linsen, einbruchhemmendes Glas, medizinische Produkte etc. (Seite 37)

**Private Equity Gesellschaft:** auf Beteiligungskapital, das nicht an der Börse gehandelt wird, spezialisierte Kapitalbeteiligungsgesellschaften. Kapitalgeber können private Anleger oder Institutionen sein. (Seite 35)

**Schuh, Franz:** österreichischer Schriftsteller und Essayist, geb. 1947, seit 2009 schreibt er unter anderem die regelmäßige Kolumne „Verbrechen und Strafe“ im Magazin „Datum“. (Seite 30)

**Subsidiaritätsprinzip:** gesellschaftspolitisches Prinzip, nach dem übergeordnete Einheiten wie z. B. der Staat nur solche Aufgaben übernehmen sollen, zu denen kleinere Einheiten nicht fähig sind. (Seite 31)

Verlag des Österreichischen  
 Gewerkschaftsbundes GmbH  
 Kontaktadresse: Fachbuchhandlung  
 Rathausstraße 21 | 1010 Wien  
 Telefon: +43 1 405 49 98-132  
 Fax: +43 1 405 49 98-136  
 fachbuchhandlung@oegbverlag.at  
 www.oegbverlag.at

**OGB VERLAG**

garantiert gut informiert

## DER AUFSICHTSRAT

Die häufigsten Fragen. Praxistipps. Rechtliche Grundlagen. Betriebswirtschaftliche Aspekte.



Gagawczuk/Gahleitner/Leitsmüller/Preiss/Schneller

2. neu bearbeitete Auflage 2011 || 256 Seiten || Euro 34,80

Jetzt mit „e-Book inside“! Mit Code zum Download!

ISBN: 978-3-7035-1483-8

Seit der ersten Auflage sind mehr als sechs Jahre vergangen und dazwischen lagen wesentliche rechtliche Neuerungen im Gesellschaftsrecht und eine weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, deren Auswirkungen noch Jahre spürbar sein werden.

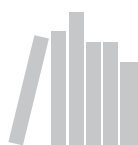
Die rechtlichen Neuerungen bestehen u. a. aus mehreren Gesetzesnovellen (Gesellschaftsrechtsänderungsgesetz 2005, Handelsrechts-Änderungsgesetz, Gesellschaftsrechts-Änderungsgesetz 2007, Unternehmensrechts-Änderungsgesetz 2008, Aktienrechts-Änderungsgesetz 2009), Neufassungen des Corporate Governance Kodex, einige bedeutende Judikate und die Herausgabe und Neuauflagen einschlägiger Literaturwerke.

**BESTELLUNG:**

im Web: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at) || per Mail: [bestellung@oegbverlag.at](mailto:bestellung@oegbverlag.at)

per Fax: +43 1 405 49 98-136 || in jeder Buchhandlung oder

direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags



**JA, ICH BESTELLE ...**

Anzahl der Exemplare

Name		Vorname	
Firma/Institution			
Telefon		E-Mail	
Anschrift		PLZ	Ort
Datum, Unterschrift			





# EINE GUTE IDEE ...

- Arbeitsplätze und Wohlstand für uns alle.
- Gute Einkommen, die unsere Gewerkschaften verhandeln.
- Sozialsysteme, die uns absichern, wenn wir sie brauchen.
- Gerechte Steuern, die uns entlasten, dafür die Vermögen in die Pflicht nehmen.

**Das ist UNSERE IDEE von Europa.**

**Die EU-Kommission will eine „Wirtschaftsregierung“:**

- Druck auf unsere Löhne, Gehälter und Pensionen.
- Einschnitte in Sozialsysteme, öffentliche Dienstleistungen.
- Schwächung der Gewerkschaften, Entmachtung bei Lohnverhandlungen.

**Das ist EINE SCHLECHTE IDEE für Europa.**



**JETZT SIND WIR DRAN!**  
**Her mit dem schönen Europa.**

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:  
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie  
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder  
richtige Anschrift mit

\_\_\_\_\_  
Straße/Gasse

\_\_\_\_\_  
Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

\_\_\_\_\_  
Postleitzahl

\_\_\_\_\_  
Ort

Besten Dank

AW